Kulturpflege

der

Gewerblichen Wirtschaft.

SOENNECKEN
BONNA ES DIN A4

109

Villa Hügel

1 *Buchwald*, FR 1961 S. 258; vgl. dazu aus letzter Zeit: *Buchwald*, StW 1960 Sp. 465; *Felix*, BB 1960 S. 1285 und das in BB 1960 S. 1285 unter Fußnote 1 angeführte Schrifttum.
2 Vgl. unter II.
3 RWP-Blattei 14 D Allg. Einzelfragen 8/58.
4 *Felix*, BB 1960 S. 1285; vgl. auch *Vangerow*, StW 1955 Sp. 805.
5 *Buchwald*, FR 1961 S. 258 (260); in gewissen Fällen ist auch heute noch der Unterscheid zwischen „Schuld" und „Haftung" von Bedeutung; vgl. „*Enneccerus/Lehmann*, Recht der Schuldverhältnisse. 14. Aufl., S. 9 ff. (insbesondere S. 11).
6 Vgl. § 113 AO: Wo Gesellschaften usw „als solche" der Besteuerung unterliegen . . .
7 Das ergibt sich einmal aus § 161 Abs. 1 HGB, wo von Gesellschaftsgläubigern und nicht von Gesellschaftergläubigern gesprochen wird, sowie aus §§ 161 Abs. 2, 128, 129 HGB, wo der Ausdruck „Verbindlichkeiten der Gesellschaft" gebraucht wird; vgl. auch § 733 BGB: „gemeinschaftliche Schulden".
8 Das gleiche gilt für die OHG.
9 Das heißt die Fähigkeit besitzt, Träger steuerlicher Rechte und Pflichten zu sein, vgl. *Hübschmann/Hepp/Spitaler*, AO, § 97 AO Anm. 15; *Kühn*, AO, § 97 AO Anm. 1.
10 Popitz, Reichsabgabenordnung, 4. Aufl., S. 30 und 31; *Becker*, RAO,

Prof. Max Pechstein

„Stürmische - See"

unseren Selgin - Freunden

Bienendorf Hamburg

LACALUT

medizinisches Mundwasser

Bitte kommen Sie zur nächsten Behandlung

am .....

dem .....

um ..... Uhr wieder.

Bitte diesen Termin einhalten.

- Bitte rechtzeitig absagen, wenn Sie verhindert sind.
- Bitte denken Sie an Ihren Krankenschein, wenn Sie Kassenpatient sind.
- LACALUT medizinisches Mundwasser schützt die Zähne, festigt das Zahnfleisch und verhütet Mundgeruch.

2. 11. 1962

Brücke zwischen Industrie und Kunst

2.11.62

Kaufmann-Preis für Muster industrieller Schönheit

Ein Industrieunternehmen ist, wohl zum ersten Mal seit Beginn des technischen Zeitalters, als Gesamtkunstwerk betrachtet und ausgezeichnet worden: die italienische Büromaschinenfirma Olivetti hat in New York den internationalen Kaufmann-Preis für Design erhalten. Gleichzeitig bekam das Volkswagenwerk eine lobende Anerkennung. Der „Kaufmann International Design Award", mit zwanzigtausend Dollar der höchstdotierte Preis auf seinem Gebiet, wird seit dem Jahre 1960 an Einzelpersonen oder Gruppen „für eine beständige Leistung von internationaler Bedeutung auf dem Gebiet des Design" vergeben. „Design" — ohnehin kaum ins Deutsche übersetzbar — ist hier so weit wie möglich gefaßt und umschreibt nicht nur architektonische oder gestalterische Leistungen von der Formgebung bis zum Städtebau, sondern schließt pädagogisches und soziales Wirken ein. Bisher wurde der Preis verliehen an Charles und Ray Eames (1960) als Entwerfer und an Walter Gropius (1961) als Erzieher.

In diesem Jahre wollte das „Institute for International Education" (Institut für internationale Erziehung), dem die Preisvergabe obliegt, einen — oder ein Werk — der Industrie auszeichnen, dem es gelingt, durch Vollkommenheit entwerferischer Leistung seine soziale Umwelt zu beeinflussen oder zu verändern. Einen Mann oder eine Gruppe von Leuten, die der künstlerischen Phantasie die Chance zur Weltveränderung geben, weil sie einsehen, daß (nach den Worten eines Jury-Mitglieds) „die günstige Kassen-Bilanz nicht das einzige Ziel industriellen Wirkens sein kann". Die Preisvergeber suchten einen Punkt, wo die Brücke zwischen Kunst und Leben mit den industriellen Mitteln der Massengesellschaft geschlagen worden ist.

Die Suche ist offenbar nicht schwergefallen; Olivetti bot sich den Juroren, einer fünfköpfigen Gruppe internationaler Design-Experten, als klarer Favorit an. Die italienische Firma, die am bekanntesten ist durch ihre schöngeformten Schreibmaschinen, erhielt den Kaufmann-Preis für die Rolle, die die funktionelle Gestaltung in sämtlichen Wirkungsformen dieses großen Industrieunternehmens spielt. Die Begründung der Preisgabe verdient festgehalten zu werden, denn sie bezeichnet eine geradezu revolutionäre Wendemarke in der Betrachtung industrieller Vorgänge nach ästhetischen Prinzipien. Olivettis Handhabung von Design, heißt es, zeigt sich nicht nur in den Produkten, Firmenzeichen, Briefköpfen, Drucksachen und der Reklame der Firma, sondern auch in zahlreichen Bauten in verschiedenen Kontinenten — Läden, Fabriken, Arbeitsquartieren, Kommunaleinrichtungen, Ferienkolonien, Schulen —, die alle für Wohlbefinden und für angenehme Arbeitsbedingungen von Kunden, Besuchern und Mitarbeitern entworfen worden sind . . . Dies alles ist das Ergebnis langfristiger Planung . . . Olivetti hat stets die besten Architekten, Innenarchitekten, Graphiker und Künstler gesucht und beschäftigt. Diese Firma hat eine einzigartige Einheit von wirtschaftlicher Verantwortlichkeit und sozialer Verpflichtung zuwege gebracht, die vor allem in ihrer Formgebung zum Ausdruck kommt und die eine kulturelle und erzieherische Verantwortlichkeit erkennen läßt.

Die Auszeichnung gilt nicht nur, wie die Begründung ausweist, der funktionellen Schönheit von Olivettis Produkten und Bauten — die Glasfronten der Hauptfabrik in Ivrea gelten als Muster moderner Industriearchitektur —, sondern auch dem Kommunalsinn, für den Olivetti berühmt ist und der in der Arbeiterwohnstadt der Firma mit ihren kulturellen Einrichtungen ebenso zum Ausdruck kommt wie in ihren Produktionszentren in Barcelona, Glasgow, Buenos Aires und Johannesburg. Giuseppe Pero, Präsident der Gesellschaft, der den Preis in New York entgegennahm, wies in seiner Dankadresse auf die fünfzigjährigen Bemühungen seiner Firma um den „Olivetti-Stil" hin, mit dem das geschaffen worden sei, was die Amerikaner ein „Corporate image" nennen, ein Firmen-Bild, das Schönheit und Funktion miteinander verschmelze und das Produkt in den Dienst des Menschen stelle, nicht umgekehrt.

Zum erstenmal seit Bestehen des internationalen Kaufmann-Preises für Design ist in diesem Jahre eine lobende Anerkennung vergeben worden: an das Volkswagenwerk für „den besten allseitigen Ausdruck einer neuen Ordnung für die ästhetischen Beziehungen zwischen Mensch und Maschine". Der Wagen, von dem noch eine Woche zuvor, nur wenige Häuserblocks entfernt, einer seiner Werbemanager vor der internationalen Presse in zärtlicher Selbstironie gesagt hatte, er habe „ein Gesicht, das nur eine Mutter lieben kann", wurde hier ausgezeichnet als das Endresultat eines glücklichen Zusammenspiels von Ingenieurs-Entwurf, Herstellungsprozeß und weltweitem Dienstleistungsnetz. Diese drei Elemente seien ineinandergeplant mit dem Effekt, „die dreifache Beziehung von Hersteller, Produkt und Verbraucher so befriedigend wie möglich zu machen". Alle entwerferischen Leistungen des Volkswagenwerkes, fährt die Jury fort, von der Form des Wagens, seinem inneren und äußeren Entwurf, bis zur spezifischen Art seiner Reklame, teilten diese zentrale Idee mit. In seiner Laudatio auf den Volkswagen führte das Jury-Mitglied Richard Latham aus, daß die Volkswagen-Leute geholfen hätten, neue Gesichtspunkte für industrielle Schönheit aufzustellen. Mit Mut, Kraft und Ehrlichkeit hätten sie die volkstümlichen Vorstellungen von dem, was an Maschinen schön und üblich sei, angebohrt und aller Welt vor Augen geführt, daß es zwischen Mensch und Maschine Beziehungen gebe, für die vielerlei Schönheitsmaße gelten. Es sei den Volkswagen-Designern hoch anzurechnen, daß sie ihr Produkt stets ehrlich und ohne Übertreibung für das ausgegeben hätten, was es sei, nicht mehr, nicht weniger. Keine Schnörkel, keine falschen Attribute. „Wenn wir in Zukunft unsere Vorstellungen von schön und häßlich ändern werden, wenn wir Echtheit und Stil neu definieren müssen, dann, so empfand die Jury, wird uns der Volkswagen bei der Entwicklung neuer Ideen von dem, was schön ist, bedeutend geholfen haben."

SABINA LIETZMANN

Zeitungen und Zeitschriften der Industrie

Dr. Gerhart Wolf

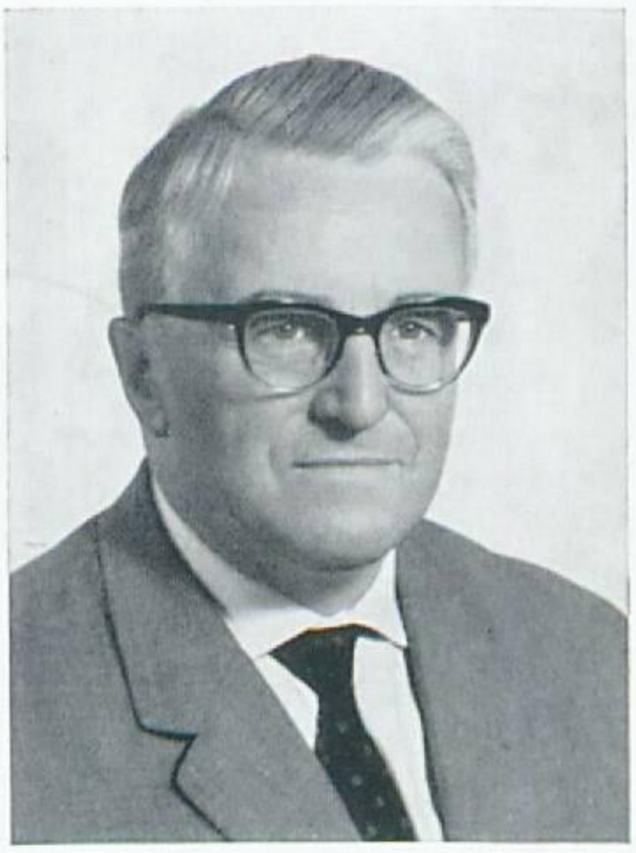
Die Gesamtauflage der sogenannten Werkzeitungen (ohne Hauszeitschriften) wird in Deutschland zur Zeit auf rd. 4 000 000 im Monat geschätzt. Die Zahl der Leser beträgt somit mindestens 10 Millionen. Auf jeden Propagandisten und Demagogen müssen solche Zahlen geradezu begeisternd wirken, lassen sie doch für ihn ungeahnte Möglichkeiten vermuten. Vernimmt ein Zeitungsfachmann solche Zahlen und erfährt er außerdem, daß diese Riesenauflage ohne Zahlung eines Abonnements durch den Leser oder durch Inserate zustande kommt, dann wird auch er diesen Vorgang zumindest als sehr merkwürdig empfinden. Der Zeitungsmann wie der Propagandist werden fragen: Was für Gründe bewegen die Geldgeber dies zu tun?

Die Antwort auf diese Frage wird ihnen aber, wie sie bald feststellen müssen, durchaus nicht leicht fallen. Nur eine eingehende Betrachtung der sozialen und kulturellen Entwicklung der industriellen Gesellschaft kann uns den Schlüssel zum Verständnis liefern.

Bereits die Entstehung der ersten Werkzeitungen um die Jahrhundertwende läßt sich nur erklären aus der sozialpolitischen und kulturellen Situation in der Industrie jener Zeit. Die Industrie war in eine stürmische Entwicklung geraten. In einer unfaßbar kurzen Zeit entstanden Industrielandschaften. Die menschliche Gesellschaft wurde durch ihre eigenen Erfindungen geradezu überrannt. Es entstanden dadurch in der werdenden industriellen Gesellschaft immer mehr Spannungen, die bis zum ersten Weltkrieg nicht überwunden und erst danach jedem offenbar wurden.

Die Geschichte der Werkzeitungen ist mit der Geschichte der Auseinandersetzung „Arbeitnehmer — Arbeitgeber" aufs engste verknüpft. So, wie vor dem ersten Weltkrieg der Einfluß der Gewerkschaften wuchs, nahmen auch die „Abwehrmaßnahmen" der Unternehmer zu. Eine der wichtigsten war die Gründung der Arbeitervereine, die als Gegengewicht zur Gewerkschaft gedacht waren. Der Unternehmer folgte damals der — wie wir heute wissen — irrigen Auffassung, daß er den „anständigen und braven" Arbeiter vom „verhetzten Radikalinski" trennen könne. Für die Tatsache, daß in die Gewerkschaften im allgemeinen die geistig regeren und auch tüchtigeren Fachkräfte eintraten, war das damalige Unternehmertum noch blind. Umgekehrt hatte aber diese Gesinnung der Unternehmer bei den Gewerkschaftsmitgliedern zu einer solchen Versteifung ihrer Auffassung geführt, daß sie in nahezu allen Unternehmern nur „Ausbeuter" sahen und überzeugt waren, die Sozialaufwendungen sollten nur Sand in die Augen streuen, um damit die Reichen vor den Armen zu schützen. Die Arbeitervereine wurden vom Gewerkschaftsanhänger als „gelbe Vereine" bezeichnet und ihre Mitglieder, die „Gelben", als Verräter angesehen.

So, wie viele Vereine schon bald nach ihrer Gründung eine Zeitung zulegen, geschah dies auch oft bei den „gelben Vereinen". Im Grunde genommen haben wir in diesen Vereinsblättern die ersten Werkzeitungen zu sehen, waren doch die Vereine bewußt auf die einzelnen Unternehmer zugeschnitten und damit auch ihre Zeitungen. Alle späteren Werkzeitungen hatten somit für die Masse der Arbeiter noch lange einen „gelben" oder „verräterischen" Beigeschmack. Es entstand folgende politische Merkwürdigkeit: Der Gewerkschaft, einer ausgesprochenen „Kampforganisation", trat man mit einer völlig „unkämpferischen" Organisation und einer ihr entsprechenden Zeitung entgegen. Bei näherer Betrachtung dieser Vorgänge wird man es mitunter als tragisch empfinden, daß oft bestes Wollen vom überzeugten Gewerkschaftsmitglied nicht verstanden werden konnte, war doch in der damaligen Situation folgendes möglich: Ein Unternehmer wollte aus lauteren Motiven heraus in seiner Werkzeitung den Arbeiter beispielsweise an allgemeinen Bil-



Professor Dr. Curt Sandig zum Rektor wiedergewählt

Der Senat der Wirtschaftshochschule Mannheim hat am 18. Juli 1962 Herrn Professor Dr. oec. Curt Sandig, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, zum Rektor für das Studienjahr vom 1. Oktober 1962 bis 30. September 1963 wiedergewählt. Er steht im 62. Lebensjahr. Fünfzehnjährig trat Sandig von der Schulbank weg in den kaufmännischen Beruf und war zunächst neun Jahre lang in Betrieben des Handels und der Industrie tätig. Nebenher erwarb er die Berechtigung zum Studium, das er an den Handelshochschulen Mannheim, Leipzig und Berlin absolvierte. Als Schüler von Professor Nicklisch, Berlin, wurde Sandig dessen wissenschaftlicher Assistent. Sodann habilitierte er sich an der Handelshochschule Leipzig und folgte im Jahre 1938 einem Ruf auf ein planmäßiges Extraordinariat an der Universität Heidelberg. Mit Ausbruch des Krieges zum Wehrdienst einberufen, ergaben sich 1941 für ihn besondere Aufgaben im Rahmen der Preisbildung und Preisprüfung für Wehrmachtsbedarf. Aus der Kriegsgefangenschaft kehrte er Ende 1946 zurück. Nachdem die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg inzwischen aufgelöst und Professor Sandig entlassen worden war, wandte er sich zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, sodann selbständig dem Wirtschaftsprüferberuf zu und erwarb die entsprechende Qualifikation. Im Jahre 1949 erhielt Sandig ein planmäßiges Extraordinariat an der Wirtschaftshochschule Mannheim, das später in ein Ordinariat umgewandelt wurde. Professor Sandig hielt der Hochschule Mannheim die Treue, als er ehrenvolle Berufungen an die Universitäten Istanbul, Saarbrücken und Frankfurt am Main erhielt. In Mannheim war er von 1955 bis 1958 Vorsitzender des Prüfungsamtes und wiederholt Dekan der Abteilung für Betriebswirtschaft. Im Amtsjahr 1961/62 bekleidete Professor Sandig das Rektoramt.

Die wissenschaftlichen Interessen von Professor Sandig liegen auf dem Gebiete der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre, der Handels- und Absatzwirtschaft. An der Wirtschaftshochschule Mannheim leitet er das Institut für Absatzwirtschaft.

Von den Veröffentlichungen sei das Buch über „Betriebswirtschaftspolitik" (1953) genannt. Der Brücke zur Praxis dient seit 1950 die Zeitschrift „Neue Betriebswirtschaft".

dungsgütern teilnehmen lassen. Er ließ Lebensberichte bedeutender Männer, gute Gedichte, Erzählungen und ähnliches abdrucken. Oder er verfolgte das Ziel einer Art schriftlicher Volkshochschule. Ein anderer Unternehmer glaubte, seinen Arbeitnehmern zu helfen, indem er ihnen unterhaltsamen Lesestoff für den Feierabend gab.

Der Gewerkschaftler nahm aber von seinem politischen Standpunkt aus keine lauteren Motive bei seinem Gegner an. Wie konnte er auch: Derselbe Unternehmer hatte doch auch die Konkurrenzorganisation, den „gelben Verein" gefördert! Also mußte auch die von ihm gegründete Zeitung solchen Zielen dienen. Warum solche allgemeinen Artikel? Der Gewerkschaftsfunktionär sah darin nur ein Ablenkungsmanöver, und der Unternehmer erblickte in der Ablehnung seiner Zeitung bösen Willen.

Vor diesem politischen Hintergrund nahmen die ersten Werkzeitungen ihren Anfang. Bald jedoch verspürte man, vor allem nach 1918, einen sehr deutlichen Wandel. Die Schach- und Fotoecken, die Gedichte und sonstigen „Bildungsgüter" — oder gewerkschaftlich gesehen die „Ablenkungsmanöver" — werden weniger, nehmen aber immer noch einen großen Prozentsatz des gesamten Raumes ein. Die Zahl der Berichte über Fabrikationen oder das sonstige Werkgeschehen wächst, in demselben Maße verringert sich aber auch die Abneigung der Gewerkschaften. Soweit nämlich die Werkzeitungen objektiv über das Werkgeschehen berichteten, wurde diese Möglichkeit, sich zu unterrichten, von den Gewerkschaften stets begrüßt.

Ein anderer Kurs begann im Dritten Reich. Der Einfluß der DAF hatte zur Folge, daß die Berichterstattung über KdF-Veranstaltungen ständig zunahm, Berichte über die für das Werk wesentlichen Vorgänge wurden eingeschränkt. Zusätzlich wurde Raum benötigt für die vorgeschriebene Verherrlichung des neuen Regimes und damit die verbundene Wiedergabe vieler persönlicher Eitelkeiten.

Dieser kurze historische Bericht wird es dem Propagandisten und dem Zeitungsmann erleichtern, auf die eingangs gestellte Frage die richtige Antwort zu finden. Daraus wird verständlich, warum ursprünglich die Zeitungen völlig kostenlos ausgehändigt wurden. Der Propagandist kann dabei auch lernen, wie man es nicht machen soll. Dem Zeitungsfachmann wird aufs neue bestätigt, daß sich auf lange Sicht nur eine völlig neutrale Berichterstattung bewährt. Als guter Journalist weiß er aber auch, daß eine neutrale Berichterstattung nicht gleichzeitig farblos sein muß. Der Propagandist aber wird weiter fragen: Was hat es dann heute noch für einen Sinn, für Millionen von Industrieangehörigen unentgeltlich eine Zeitung herzustellen, nachdem doch die ursprünglich gewünschte Beeinflussung fragwürdig geworden ist. Darauf muß man in der gegenwärtigen Situation antworten: In einer industriellen Gesellschaft, die sich für ihre Art der Zusammenarbeit bereits ein eigenes Mitbestimmungsgesetz geschaffen hat, ist kein Raum mehr für irgendwelche politische Propaganda oder weltanschauliche Beeinflussung, deren Kosten von den Betrieben selbst getragen werden, es sei denn der Wunsch von allen! Eine Werkzeitung auf Kosten des Betriebes läßt sich heute nur rechtfertigen, wenn sie der sachlichen Berichterstattung aus der speziellen Arbeitssphäre dient. Sie hilft damit dem einzelnen Werksangehörigen bei der Suche nach dem Sinn seiner Arbeit. Eine solche Zeitung hebt die Arbeitsfreude und dient auch sehr oft einer dringend notwendigen Aufklärung. Damit werden die Kosten durch einen echten „Gewinn" gerechtfertigt. Eine Werkzeitung kann keine Zeitung sein, die irgend jemand beeinflussen will. Beeinflussen wollen immer Parteien, weltanschauliche Körperschaften und ähnliche Institutionen. Beeinflussung setzt somit ein „Parteiergreifen" voraus. Für wen soll ein Betrieb Partei ergreifen? Für die Werksleitung? Für den Betriebsrat? Die geschichtliche Entwicklung zeigt uns aber auch, daß es Dinge gibt, die als Ablenkungsmanöver mißverstanden wurden. Diese Tatsache kann uns für die Zukunft zeigen, welche Themen voraussichtlich in einem Werk ent-

zweiend wirken. Jeder Herausgeber muß sich bei der Thematik auf solche Berichte beschränken, die sich auf das betreffende Werk beziehen und vor allem niemanden verletzen oder auf den Leser gar aufreizend wirken. Diese Einschränkungen dürfen aber andererseits aus einer Werkzeitung kein trockenes „Werkschulungsheft" machen. Alle Mitarbeiter an den Zeitschriften der Industrie müssen sich darum bemühen, das Werkgeschehen in einer solchen Form vorzutragen, daß ihre Ausführungen von jedem mit Gewinn und Freude gelesen werden können. Andererseits aber darf der Inhalt durch Vereinfachung nicht leiden. Man muß heute vom Durchschnitt der in der Industrie Tätigen mindestens ebensoviel voraussetzen, wie es die Rundfunksender vielen Teilen ihres Programms zugrunde legen. Bei der Beantwortung der Frage, „wie schwer" können Aufsätze der Werkzeitung sein, ist auch folgendes zu bedenken: Wer mitbestimmen will, muß zuerst mitwissen wollen. Wenn heute Arbeitnehmer und Arbeitgeber z. T. in schwerem Ringen nach einem geeigneten Weg der Mitbestimmung suchen, dann darf die Erweiterung und Vertiefung des Wissens um die gemeinsame Arbeit als eine der Hauptaufgaben für Werkzeitschriften nicht zu leicht betrachtet werden. Blätter dieser Gattung sollten darum nicht eigentlich der Unterhaltung oder Zerstreuung dienen, denn man bedenke, daß kostenlos gebotene Unterhaltung im Grunde eine Art Lohnerhöhung bedeutet. Wollte man also in der Werkzeitung Romane, Kurzgeschichten, Reiseberichte, Buchbesprechungen, Rätsel, Gedichte drucken oder auch Berichte, die ganz allgemein das Wissen bereichern, aber mit dem betreffenden Werk und seinen Aufgaben gar nichts zu tun haben, dann würde man ein Geschenk verabreichen, das kommerziell gesehen sonstigen Zuwendungen willkürlicher Art völlig gleichkäme.

Dagegen kommt meist der Einwand, die Industrie habe auch kulturelle Aufgaben, sie müsse mithelfen, die gefährdete Kultur zu retten, die Werksangehörigen sollten an „kulturelle Dinge" herangeführt werden. Leider ist man sich bei diesem guten Willen oft nicht der Möglichkeiten und vor allem der Grenzen auf diesem Gebiet bewußt. Glaubt denn wirklich jemand, daß es möglich ist, mit Hilfe einer Werkzeitung Goethe den Werksangehörigen nahezubringen? Wenn jemand glaubt, er könne und müsse über die Werkzeitung den „armen und ungebildeten Werksangehörigen" geistig helfen, dann zeigt er nur, daß er die Möglichkeiten, die der Industrie hiermit gegeben sind, stark überschätzt. Die monatliche Kunstgeschichte, wie der „Dichter des Monats", der „Musiker des Monats" und ähnliches wäre die dabei erreichte kulturelle Leistung. Abgesehen von der Willkür wäre es auch eine kulturlose Spielerei.

Trotzdem haben Zeitungen und Zeitschriften der Industrie eine kulturelle Aufgabe und vor allem eine kulturelle Verpflichtung. Alle diejenigen, die Industriezeitschriften „machen", müssen sie so herausbringen, daß sie die Leser mit künstlerischem Formgefühl nicht verletzen, d. h., Typographie, Bildanordnung usw. müssen vorbildlich sein. Alle Vergleiche mit oft minderwertigen Tageszeitungen und Zeitschriften dürfen die Industrie nicht zur Nachahmung verleiten. Besonders schlimm ist es, wenn aufgrund demoskopischer Befunde eine Zeitschrift „auf billig" gemacht wird, weil sie nachweislich besonders gut „ankomme".

Abgesehen von diesen gewissenlosen Entgleisungen sollte es für die Industrie eine kulturelle Verpflichtung sein, für diese Aufgaben mindestens ebenso gute Fachleute zu Rate zu ziehen, wie sie es auf ihrem eigentlichen, dem technischen Gebiet tut. Es ist auch nicht gut, wenn man einen Artikel über die Rettung des Menschen im Betrieb in der Werkzeitung in einer völlig unpassenden Umgebung wiedergibt. Sonst entsteht die Frage: Wer rettet wen?

Humor in der Werkzeitung ist eines der heikelsten Kapitel. Die Empfindlichkeit der Leser gegenüber einer Werkzeitung ist höher als gegenüber einer Tageszeitung. Die Werkzeitung wird kostenlos verabreicht und kommt vom „Brotgeber", somit von jemand, zu

dem man in einem lebenswichtigen Abhängigkeitsverhältnis steht. Der Humor in der Werkzeitung birgt daher viel größere Gefahren in sich als derjenige in einer freiwillig gekauften Zeitung. Aber ganz und gar unmöglich ist es, auf die Art schlechter Witzblätter den Arbeiter als „dummen Kerl" zu verunglimpfen.

Oft taucht auch die Frage auf, wieweit soll und kann eine Werkzeitung der Werbung dienen. Hierbei scheint folgende Regel zu gelten: Die Werkzeitungen nähern sich Werbeorganen, wenn die Betriebsgröße u n d die Vielfalt der hergestellten Produkte zunimmt. Oder anders ausgedrückt: Ist es aufgrund der spezifischen Eigenart des Werkes nötig, die Belegschaft immer mehr über völlig verschiedene Produktionsarten zu verständigen, dann dürfte der Inhalt einer Werkzeitung oft mit dem zusammenfallen, was die Werbung nahezu in gleichen Worten nach außen sagen muß. Daraus folgt: Die Größe eines Betriebes allein ist nicht ausschlaggebend für das Zusammenfließen von Werbungsinstrument und Werkzeitung, sondern zusätzlich die Eigenart der Produktion. Man vergleiche die Autoindustrie mit der chemischen: In einer Autofirma wird die Vergrößerung eines Werkes niemals in dem Maß völlig verschiedene neue Produktionen zur Folge haben, wie das im allgemeinen in der chemischen Großindustrie der Fall ist. Im extremen Fall, bei der Kohle, wird es noch klarer: Bei der größten Zeche sogar wird das, was zur Verständigung der Werksangehörigen untereinander gesagt werden muß, wohl kaum mit dem identisch sein, was die Werbung zur Kohle zu sagen hat. Der Fall, daß bei einer kleinen Firma der Inhalt der Werkzeitung identisch sein wird mit dem, was der Werbeleiter sagen muß, dürfte ebenfalls sehr selten sein. Man bedenke auch, das „Schwarze Brett" eines großen Betriebes ist viel mehr von allgemeinem Interesse, als dasjenige eines kleinen Werkes. Das hat zur Folge, daß ungewollt bei einem Großbetrieb schon vom „Schwarzen Brett" allein eine Werbewirkung ausgeht. Der kleine Betrieb dagegen wird im allgemeinen einen unrentablen Weg einschlagen, wenn er sein Verständigungsorgan für Werbezwecke gleichzeitig benützen will. Der selbstverständlichere Vorgang ist somit rein äußerlich der, daß bei kleineren Betrieben die Art der Aufmachung der Werkzeitung einfacher und ihr Volumen kleiner ist, als bei großen Betrieben. Dadurch ist es auch möglich, daß die Kosten je Kopf bei der niedrigen Auflage der kleinen Betriebe nicht auf ein Vielfaches steigen, gegenüber den Kosten je Kopf bei Großbetrieben.

Es gibt in Württemberg bei einem Holzbetrieb (etwa 100 Mann) eine Werkzeitung. Sie ist hektographiert, inhaltlich ein erweitertes „Schwarzes Brett" und läßt dennoch auch den außenstehenden Leser die Werksatmosphäre verspüren. Der in so kleinem Kreis natürliche und herzliche Ton läßt die Einfachheit der Aufmachung völlig vergessen. Eingeklebte Fotos halten gemeinsame Erlebnisse fest und können zu Hause in die privaten Fotosammlungen überwechseln. Sicherlich ist diese Lösung für ein kleines Werk besser als die Verteilung einer Werbeschrift auf Kunstdruckpapier und mit immer wiederkehrenden ausführlichen Schilderungen eines speziellen Produktes und einem kleinen „Schwarzen Brett" im Anhang. Bei der Durchsicht vieler Werkzeitungen stößt man auf noch eine Merkwürdigkeit: „Hollywood-Stil". Im Film kennt man das Problem schon lange und nennt es „Traumfabrik". Es ist damit folgendes gemeint: Man zeige in der Werkzeitung keine Großaufnahmen, die im Werk hergestellte Fertigprodukte in einer ausgesprochen traumhaften, mondänen Umgebung angewendet zeigen. Es sei dabei beispielsweise an Radiogeräte, Eisschränke und Autos gedacht. Warum werden solche Dinge nicht gezeigt, wie sie im Massenabsatz Verwendung finden, sondern mitunter geradezu ausschließlich als Luxusartikel? Abgesehen davon, daß dies politisch gesehen nicht sehr klug ist, wird es aber als stillos empfunden. Man sieht an diesem Beispiel, wer seine Aufgabe als kulturelle Verpflichtung ansieht und im Sinne der Kunst versucht, immer wahr zu sein, wird sich auch kaum einem politischen Dilemma aussetzen. Oben gezeigter Weg schafft die wichtigste Voraussetzung für die Arbeit einer Werkzeitungs-Schriftleitung: Vertrauensvolle Achtung von

seiten der Werksangehörigen. Die Werkzeitungen, die oft dem Stilbruch verfallen, bekommen sehr rasch den Beigeschmack des „Maitre de plaisir" im Werk. Welches Werk möchte von Personen, die als „Unterhaltungsonkels" gewertet werden, sich seine Aufgaben und Probleme zeigen lassen? Die Gefahr des „Maitre de plaisir" ist schon gegeben bei der Berichterstattung über feucht-fröhliche Betriebsausflüge!? Eine Schriftleitung, die besonders stark bei Festlichkeiten im Vordergrund steht, muß in Kauf nehmen, daß ihre ernste und fürs Werk bedeutungsvolle Berichterstattung an Kredit verliert. Eine kulturelle Verpflichtung besteht auch in der Pflege der deutschen Sprache. Es ist mit Freude festzustellen, daß mehrere Großbetriebe Sprachbriefe herausgeben. Sie glauben hierdurch vor allem das entsetzliche Kaufmannsdeutsch zu bekämpfen. Ebenso wichtig ist aber ein gutes Deutsch in der Werkzeitung. Im Gegensatz zur gehobenen Tagespresse werden in der Werkzeitung oft Fachleute schreiben, die selten zur Feder greifen. Ihnen bei der Abfassung der Texte zu helfen, ist dringend nötig. Je klarer die Sprache, um so klarer die Verständigung. Wenn sogar Bismarck, einer unserer besten Stilisten, seine Reichstagsreden überarbeiten ließ, dann brauchen die Werke nicht zu zögern, ebenfalls Fachleute zuzuziehen.

Wie weit kann und soll eine Werkzeitung der „Pflege der menschlichen Beziehungen" dienen? Diese Frage wird heute sehr oft gestellt. Leider wurde die „Pflege der menschlichen Beziehungen" — genauso wie der dafür übliche englische Ausdruck „Human relations" — bereits zu einem Schlagwort. Wie jedes Schlagwort hat es die verhängnisvolle Eigenschaft, daß es mehrere Begriffe, die zum Teil nur lose zusammenhängen, in einen großen Topf wirft. Eine solche Vereinfachung vieler komplizierter Vorgänge kann aber nur oberflächliche Geister beruhigen. Leider wird die Gefahr solcher neuer Redewendungen von der Allgemeinheit oft sehr spät entdeckt. An einem anderen Beispiel wird dies vielleicht noch klarer: Wir müssen den „Menschen" im Menschen wieder entdecken! Wie schön hört sich dies an, wie leicht kann man es mit Pathos nachsprechen und wie oft steckt gar nichts dahinter! Denn was diese Redner unter dem von ihnen genannten „Menschen" verstehen, verraten sie sehr selten. Auch macht sich der Zuhörer meist nicht klar, daß sich wahrscheinlich schon sein Nebenmann einen ganz anderen „Menschen" vorstellt als er selbst. In den USA wie in der Sowjetunion ist man davon überzeugt, auf dem richtigen Weg zur „Pflege der menschlichen Beziehungen" zu sein. Man sieht, wie umfassend ein solcher Ausdruck sein kann.

Etwaigen Mißverständnissen zum Trotz darf sich die Industrie nicht der wichtigen Aufgabe entziehen, echte Verständigungsorgane in Form von Werkzeitschriften zu schaffen. Soll die Zeitung und ihre Schriftleitung ein echter Dolmetscher zwischen Belegschaft und Werksleitung sein, dann setzt dies voraus, daß sie sich ganz besonders stark unterordnen muß und ihre persönliche Auffassung bei strittigen Fragen ganz zurückzutreten hat. Ein Dolmetscher kann nur dann erfolgreich verständigen, wenn er unter Zurückstellung seiner persönlichen Auffassung „dolmetscht". Je mehr die Schriftleitung sich unterordnet, um so besser wird sie sich in die Auffassung anderer hineinversetzen und diese um so klarer wiedergeben können. Das soll nicht heißen, der für eine Werkzeitschrift Verantwortliche müsse ein undefinierbares Neutrum sein, es ist sogar besser, wenn der geistige Standort einer Schriftleitung klar ist, denn nichts wäre schlimmer als der Vorwurf, sie pflege den Mantel nach dem Wind zu hängen. Wenn aber eine Schriftleitung, deren politischer und weltanschaulicher Standort bekannt ist, bei ihrer Arbeit grundsätzlich strenge Objektivität bewahrt, wird sie menschlich stets sympathisch wirken und sicherlich mehr Achtung und Vertrauen genießen als die sogenannten „unbeschriebenen Blätter".

(Dem Aufsatz liegt ein Vortrag von der Gesellschaft der Freunde der Wirtschaftshochschule Mannheim e. V. zugrunde.)

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

7/1

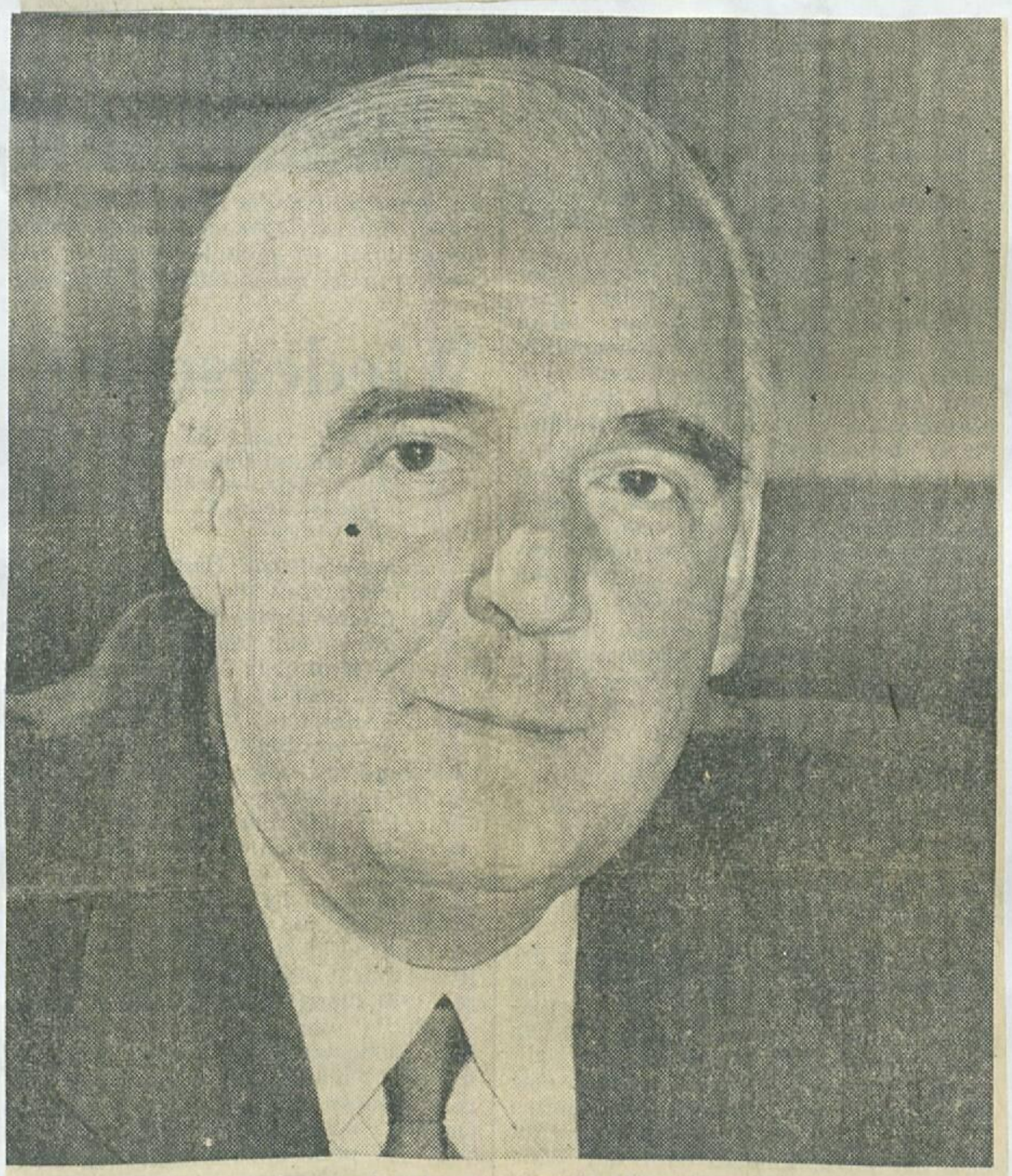
Kultur und Erziehung in staatlicher Sicht

Die Aufgaben und Schwierigkeiten der Kulturpolitik / Von Kultusminister a. D. Werner Schütz

(DZ) Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie ist — nach einer Charakterisierung seines Geschäftsführers Gustav Stein — „ein Kreis im besten Sinne des Wortes" und „ein Kreis aus Individualitäten"; Vertreter der Industrie, die ihre Partnerschaft zu den Künstlern bezeugen, indem sie ihnen Hilfe leisten, sie fördern und beschenken. Dieser Wille ist bereits dokumentiert. In elf Jahren hat der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie eine mäzenatische Leistung vollbracht, die einzig dasteht. Allein die Namen der geförderten Schriftsteller, Musiker, Maler, Architekten und Formgeber ergeben ein stattliches Buch. Der Kulturkreis hat Stipendien und Ehrengaben vergeben, er hat die „Museumsspende" und die „Lehmbruck-Stiftung" ins Leben gerufen; jedes Jahr zeigt er eine Ausstellung moderner Kunst „ars viva" und veröffentlicht den „Jahresring", eine Auslese zeitgenössischer Dichtung. Die aktuellste Stiftung ist die „Berlin-Stiftung für Sprache und Dichtung", die bei der 10. Jahrestagung im vergangenen Jahr in Köln als Reaktion auf die Berliner Mauer verkündet wurde.

Einmal im Jahr tritt der Kulturkreis in die Öffentlichkeit, um von seiner Arbeit Rechenschaft zu geben und die Partnerschaft Industrie—Kunst zu dokumentieren. Schleswig war in diesem Jahr als Tagungsort gewählt worden. Die Stadt, das Museum auf Schloß Gottorf und das Nordmark-Landestheater stellten den festlichen Rahmen. Kai Uwe von Hassel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hieß die Versammlung „im industrieärmsten Bundesland" herzlich willkommen. Beim Festakt standen zwei Referate im Mittelpunkt: James J. Sweeney, Direktor des Kunstmuseums in Houston/Texas, hatte das Thema „Der künstlerische Stil im Zeichen der Technologie" gewählt. Er wies Wege, wie die Kunst in dieser „äußerst komplizierten Situation" sich zu verhalten habe.

Das Referat von Bundesminister a. D. Werner Schütz handelte von der „Kultur und Erziehung in staatlicher Sicht". Kultur, die den fundamentalen Wandel der ökonomischen und psychischen Situation mit zu vergegenwärtigen habe; Erziehung, die unter den neuen Gegebenheiten nach einer Lenkung, Klärung und Humanisierung strebe. Der Referent setzt seinen Appell gegen das Unbehagen am kulturpolitischen Leben unserer Tage. Hier sei die rechte Mitte zwischen Ordnung und Freiheit noch nicht gefunden; eine demokratische Entscheidung, wie sie im Bereich der Gesetzgebung und im Bereich des Wirtschaftlichen schon gefunden sei, stehe noch als Aufgabe bevor. Wir bringen seine Rede im Wortlaut.



Der frühere Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Werner Schütz, Sohn, Enkel und Urenkel evangelischer Pfarrer, der, wie er selbst von sich sagt, geprägt wurde durch das preußisch-protestantische Pfarrhaus alter Art und das humanistische Gymnasium.

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

7/2

Politik ist Staatskunst und besteht in der Förderung des Gesamtwohles durch die Bemühungen der im staatlichen Bereich führenden Persönlichkeiten: Die Politik wird erfüllt sowohl an der im einzelnen Staat vereinigten Bevölkerung wie auch an den in Völker gegliederten und nach Einheitlichkeit strebenden Menschen. Diese Kunst der Führung der Massen — und alle Staaten sind heute Massenstaaten — durch eine angemessene Befriedigung der Gesamtinteressen der einzelnen der Politik anvertrauten Menschen ist in ihrem Wesen der Beruf der hierfür Befähigten und Ausgelesenen — wir erachten das demokratische Prinzip heute als das am wenigsten mangelhafte — und kann nicht ohne Erfahrung und Übung gelernt werden. Politik ist im wesentlichen Tat: sie rechnet mit Tatsachen und schafft Tatsachen und wird in allen Entschlüssen durch Tatsachen bedingt sowohl wie begrenzt. Nach geläuterter Auffassung ist der Politik vor allem die Aufgabe gestellt, die Freiheit des einzelnen Menschen, dessen Würde ihr anvertraut ist, in seiner Bindung an das Gesamtwohl nach außen und innen zu sichern. Durch diese ihre höchste Aufgabe aber, die Freiheit auch durch staatlichen Zwang, die Anwendung staatlicher Gewalt nach außen und innen zu verteidigen, bleibt für die Politik ein gewisses Mindestmaß der Unfreiheit — im Gegensatz zur Kultur. Und eben hierdurch erklärt sich die in ständigen Kurven verlaufende Linie aller politischen Überzeugungen und Bemühungen.

Zwischen den Polen der Freiheit und des Zwanges und hieraus sich ergebender Macht- und Gewaltverteilung schwankt somit die Politik ständig hin und her: und von dieser Belastung ist kein politisches System frei, weder das totalitäre noch das demokratische. Jede Regierungsform ist durch eine solche Hypothek, die wir als eine echte Antinomie bezeichnen müssen, belastet, und niemand hat dies tiefer empfunden und kraftvoller ausgedrückt als Johann Wolfgang von Goethe. In einer seiner Fußnoten zum West-Östlichen Diwan — einer Fundgrube übrigens für alle nach politischer Weisheit Suchenden — heißt es: „Überhaupt pflegt man bei Beurteilung der verschiedenen Regierungsformen nicht genug zu beachten, daß in allen, wie sie auch heißen, Freiheit und Knechtschaft zugleich polarisch existiere. Steht die Gewalt bei Einem, so ist die Menge unterwürfig; ist die Gewalt bei der Menge, so steht der Einzelne im Nachteil; dieses geht dann durch alle Stufen durch, bis sich vielleicht irgendwo ein Gleichgewicht, jedoch nur auf kurze Zeit, finden kann. Dem Geschichtsforscher ist es kein Geheimnis; in bewegten Augenblicken des Lebens jedoch kann man darüber nicht ins klare kommen. Wie man denn niemals mehr von Freiheit reden hört, als wenn eine Partei die andere unterjochen will und es auf weiter nichts angesehen ist, als daß Gewalt, Einfluß und Vermögen aus einer Hand in die andere gehen sollen. Freiheit ist die leise Parole heimlich Verschworener, das laute Feldgeschrei der öffentlich Umwälzenden, ja das Losungswort der Despotie selbst, wenn sie ihre unterjochte Masse gegen den Feind anführt und ihr von auswärtigem Druck Erlösung auf alle Zeiten verspricht."

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

713

Jenseits der Grenze des Nützlichen

Auch wir in der Bundesrepublik Deutschland und im freien Westen haben uns täglich mit solcher Antinomie auseinanderzusetzen und der Aufgabe der Wahrung des persönlichen und politischen Gleichgewichts zu genügen.

Und im Gegensatz hierzu nun die Kultur. Wir wollen uns heute und hier keine Kulturphilosophie geben, müssen aber doch klären,

a) was wir meinen, wenn wir von Kultur sprechen,

b) was Kulturpolitik und in ihr Erziehung ist und was beide für uns bedeuten:

Eine Einigung über den Begriff der Kultur ist verhältnismäßig leicht: In ihr geht es stets um Werte des Wahren, Guten und Schönen, und für den Christen auch des Heiligen. Kultur ist somit Wertverwirklichung auf höherer, nicht dagegen rein vitaler und zivilisatorischer Ebene. Hierdurch gehört Kultur im Gegensatz zu Politik — die in einem bestimmten Umfange gegenteilig begründet und ausgeübt werden muß — in den Bereich der Freiheit. Wir erinnern uns an den römischen Begriff des Otium: Für uns kann eine echte Kultur sich nur dort bilden und ausweiten, wo der Mensch nicht mehr wie im Bereich der Politik muß, sondern in eigener freier Entschließung ablehnen oder annehmen kann. Damit wird Kultur zur Selbstdarstellung des Menschen nicht nur in sich selbst, sondern auch in der ihn umgebenden Welt, die er nach seinem Bilde, das heißt: nach seinem Selbstverständnis und, sofern er Christ ist, als Ebenbild Gottes — gestaltet. Man könnte das bekannte Wort Johann Gottlieb Fichtes über die Philosophie abwandeln: „Was für eine Kultur man habe, hängt davon ab, was für ein Mensch man sei."

Ist nach dem schönen Wort von Immanuel Kant der Mensch in der Welt das einzige Wesen, das Zweck an sich selbst ist, so muß auch die Kultur als der eigentümliche Ausdruck seiner Menschlichkeit an dieser Zweckfreiheit teilhaben. Wissenschaft beispielsweise steht — wenigstens zunächst, auch wenn vielleicht später noch und vor allem in der gegenwärtigen Staatlichkeit ein anders sich aus ihr entwickelt — nicht im Dienste der Lebenserleichterung oder Lebenserhaltung oder sonstiger Zwecke.

Kunst, um ein anderes Lebensgebiet zu nennen, dient ursprünglich der Lebenserhaltung oder Lebenserleichterung: Ich kann meinen Durst auch aus einem schäbigen Gefäß löschen. Sobald ich aber auf Schönheit ausgehe und ein künstlerisch geformtes Gefäß benutze, überschreite ich das Notwendige. In dieser Überschreitung — philosophisch gesprochen in dieser Transzendenz — ist Kultur gerade zu Hause, dort und vor allem dort, wo die Grenze des Nützlichen überschritten wird. Ein Kulturgut wird, in den Dienst anderer Zwecke gestellt, durchweg problematisch; in den Dienst der Politik gestellt, anfällig; in den Dienst der Parteipolitik gestellt, zum Tode verurteilt. Das Reich der Kultur baut über dem Reich der Zwecke, zu dem in erheblichem Umfange auch das Reich der Politik zu rechnen ist, ein zweckfreies Reich auf, in dem der Mensch in Freiheit der Herr ist: in dem er sich selbst darstellt und ausspricht.

Nie ohne Gemeinschaft

Kultur ist aber immer auch zugleich Sache einer Gemeinschaft: des Ich und des Du und damit auch des Wir. Genau wie wahre und echte menschliche Existenz nur in der Kommunikation möglich ist — Karl Jaspers wird nicht müde, hierauf hinzuweisen —, so kann auch die Kultur niemals ohne Gemeinschaft sein. Das bedeutet — in einer gewissen Unterschiedlichkeit zur Politik — ein Doppeltes: Kultur setzt einerseits Überlieferung voraus. Der von einem Menschen geschaffene und vertretene Kulturwert wartet auf Widerhall, auf Antwort durch den anderen Menschen, dem der geistig oder künstlerisch Schaffende sich mitteilt und von dem er Verständnis erhofft oder Ablehnung befürchtet. Der Bereich der Politik ist in geschichtlicher Schau auf ein sehr viel geringeres Maß von Kommunikation angewiesen.

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

7/4

Zugehörigkeit zur gleichen Wertwelt

Verständnis oder Ablehnung auf der kulturellen Ebene aber bedingen als zweites Überlieferung in einem doppelten Sinne: einmal als tätige Mitteilung und dann als überkommene traditio im beschränkt sprachlichen Sinne. Ein geistiges oder künstlerisches Werk setzt beides voraus, und zwar wie alles auf diesem Gebiete in einer einzig- und eigenartigen Spannung von Einsamkeit und Gemeinschaft. Während im Bereich der Politik gelegentlich der bloße Befehl oder die bloße Weisung genügen kann, ruft im Reiche der Kultur die eine Seele nach der anderen, und ohne den anderen verhallte der Ruf des einen ins Leere. Dieses Verständnis — dessen Höchstmaß im Bereiche der Politik soziologisch gesehen wohl nur auf demokratischer Ebene möglich ist — setzt die Zugehörigkeit zur gleichen Wertwelt voraus und damit Bildung und Erziehung als Befähigung zur Aneignung und Weitergabe des Überkommenen und zum wertenden Verständnis eines Neuen.

Die Schule nur ein Anfang

Hier liegt die große Bedeutung aller Erziehung, die in der Schule ihren Mittelpunkt hat, aber nicht nur auf die Schule beschränkt ist. Die Schule bleibt immer nur ein Anfang, und sie schafft nur die Voraussetzungen für eine lebenslängliche Erziehung und Bildung als Kulturüberlieferung — und ich habe auch hier Karl Jaspers als meinen Lehrer zu nennen: sie gibt das „Gehäuse" weiter, macht die Nachkommen in diesem Gehäuse heimisch und befähigt und spornt an, an diesem Gehäuse weiterzubauen. In diesem so unsäglich spannungs- und reizvollen Miteinander und zugleich von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft lebt alle Kultur und überdauert damit sieghaft die wechselnden politischen Systeme. Und noch ein Letztes: Kultur ist immer auch — und in christlicher Verantwortung stehende Menschen müssen sich hier stets der göttlichen Schöpfungsordnung erinnern — Sache eines Volkes als einer engeren Gemeinschaft. Die Kultur des einen Volkes ist dem anderen Volke nie voll verständlich; die Begegnung von Kulturen wird aber wiederum zur gegenseitigen Befruchtung führen. Wie die Existenz des einzelnen ohne Kommunikation von Mensch zu Mensch undenkbar ist, so wiederholt sich auf der höheren Ebene des Volkhaften Kultur nicht ohne Begegnung und Austausch; und in dem Maße, in dem Begegnung und Austausch nicht in den Dienst politischer Zweckhaftigkeit gestellt werden, wird der Sicherung der Freiheit auch in den Beziehungen der Völker zueinander gedient.

Gehen aber kulturelle Bemühungen zwangsläufig über die Grenze der Einzelpersönlichkeit hinaus und finden sie auf der Ebene der Öffentlichkeit statt, werden sie von der öffentlichen Hand auch nur gefördert oder gar gesteuert und befohlen, so wird damit auch die Kulturpolitik — wenn Kultur das Reich der Freiheit ist — wie jede Politik eine contradictio in adjecto, und wir sind damit vor die Frage gestellt, ob und wieweit das Reich der Freiheit überhaupt auch Sache des Staates als des Subjektes der Politik sein kann. Die Form der Gemeinschaftlichkeit eines Volkes in einem Staat ist in weiter Beurteilung sowohl ein Stück Kultur wie Voraussetzung jeder Kultur. Wenn der Staat die Aufgabe hat, die Existenz und die Entwicklung seines Volkes und jedes einzelnen im Volke zu schützen, dann erstreckt sich dieser Schutz auch auf die Kultur; und wenn er weiter die Aufgabe hat, jedem einzelnen den Raum seiner Freiheit zu erhalten und zu verteidigen, dann ist er auch hier ein Schirmer der Kultur. Jeder erwartet heute von ihm, daß er auch ein Förderer der Kultur sei — und hier wird die Problematik die schwerste.

Verzicht auf eigene Wertung

Wenn ein Fürst des achtzehnten Jahrhunderts Vertreter von Wissenschaft und Kunst an seinen Hof berief und ihnen damit die Muße zur schöpferischen Betätigung gab, so trieb er gebundene Kulturpolitik. Die gegenwärtige Rechtsstaatlichkeit demokratischer und sozialer Prägung aber ist anonym und verzichtet im Grundsatz auf eine eigene Wertung: sie steht vielmehr — und eine andere Haltung beschwört Kulturkämpfe herauf — jenseits der durchweg recht gegenteiligen Meinungen ihrer Angehörigen und Gruppen. Schon die Erteilung eines geistigen, künstlerischen oder pädagogischen Auftrages ist ein kulturpolitischer Vorgang: der eine wird gefördert, der andere zurückgestellt: streitige Auseinandersetzungen sind die Folge, und hier liegen die Schwierigkeiten jeder Kulturpolitik der öffentlichen Hand, sobald sie sich — praktisch wertend — entscheiden muß. Die heutige Staatlichkeit soll unparteiisch und paritätisch sein und kann dies, vor den Zwang zur Entscheidung gestellt oder in dem bescheidenen Umfange des allgemeinen consensus der pluralistischen Gesellschaft.

Somit liegt eine Antinomie auch auf der Ebene der Kulturpolitik vor. Ihr ist der Staat heute ganz besonders ausgesetzt, und sie wiederholt sich in kleinerem Maßstabe an jeder Stelle solcher Entscheidungen: auch auf der Ebene der Erziehung. Auf der anderen Seite wissen wir jedoch aber auch, daß gerade auf kulturellem und erzieherischem Gebiete Spannungen und Gegensätze fruchtbar sein können; und so kommt es vielleicht im Verhältnis der Politik zur Kultur (und umgekehrt) weniger auf einen Ausgleich als auf die Verpflichtung an, das Reich der Freiheit der Kultur auf jeden Fall zu erhalten, damit uns wenigstens die Fruchtbarkeit der Spannungen und Gegensätze nicht genommen und eine Wiederholung totalitärer Politik und Kultur vermieden wird.

Bevor ich nun aus dem damit abgeschlossenen Versuch einer Skizze über Umriß und Aufriß der Kultur bestimmte Folgerungen für den pädagogischen Bereich im engeren Sinne ziehe, muß ich auf zwei wesentliche Komplexe hinweisen, die deswegen schwer zu bezeichnen sind, weil wir uns hier in vollem Fluß der Entwicklung befinden. Alle meine Darlegungen über die Kultur als solche waren rein formellen, nicht dagegen substantiellen Charakters. Kulturelle Werte können dem Inhalte nach in einer Stunde nicht einmal aufgezählt werden. Und zwar um so weniger, als nach Grundgesetz und Verfassung das gesamte kulturelle Schaffen völlig frei ist und nur Beschränkungen gesetzlichen Charakters unterliegt. Dieser Umstand birgt die Verwischung, sogar die Aufhebung fester Grenzen zwischen Politik und Kultur in sich.

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

715

Anständige Gesinnung und Frömmigkeit

Der Weite kulturellen Schaffens entspricht die Ausdehnung kultureller Bedürfnisse im modernen Massenstaate: und im Gegensatz zu allen früheren Epochen die grundsätzliche Teilnahme und Teilhabe aller Angehörigen unseres Rechtsstaates demokratischer und sozialer Prägung an grundsätzlich allen kulturellen Werten. Diese Entwicklung darf nicht nur von der politischen Forderung der Gleichberechtigung her verstanden werden, sondern ist — und das bitte ich als mein Bekenntnis anzunehmen — ein Stück Aufwärtsentwicklung der Menschheit. Das ist ein Komplex, und er umgreift zwangsläufig den zweiten, im pädagogischen Bezirk nicht nur das Notwendige zur Erhaltung der kulturellen Werte zu tun, sondern möglichst viele junge Menschen in möglichst großem Umfange und möglichst großer Vertiefung an die kulturellen Werte heranzuführen. Und dies nicht nach der Gesetzlichkeit des Zwanges, welcher der Politik, sondern nach der Gesetzlichkeit der Freiheit, welche der Kultur eigen ist.

In dieser vielschichtigen, ständig und schnell sich verändernden Welt — als deren wesentliche Merkmale die moderne Soziologie sowohl ausgesprochene Undurchsichtigkeit wie auch wachsende Unfähigkeit, das Reale zu bestimmen, herausarbeitete —, in dieser Welt, die doch auch eine Welt der Kulturwerte ist, erlangt die Erziehung, das Pädagogische, im engen und weiten Sinne des Wortes, eine Bedeutung, wie sie nach Form und Umfang vielleicht niemals in der Geschichte hervortrat. Erziehung zunächst in scheinbar engem, vordergründigem Sinne: Sie umgreift alle Bereiche der Ausbildung und Ertüchtigung, in denen das Materielle seinen Ort hat. Hier geht es darum — bildlich gesprochen — das Haus zu bestellen. Hier zählen die Ordnung und Befriedigung handfester Belange und Wünsche. Der Wettbewerb und der Wetteifer der Berufe, Gewerbe, Industrien — die Grundlagen der westlichen Welt — laufen erst dann richtig, wenn die in sie verwickelten Menschen ihre Sache verstehen: Sie müssen technisch für die ihnen abverlangten Zwecke gerüstet sein. Aber nicht nur das: Sie müssen in die elementare Sittlichkeit, die aus dem Umgang mit den widerständigen Materien erwächst, eingeweiht werden. Ohne das Grundethos des arbeitenden Menschen, ohne die auf das konkrete Objekt gerichtete anständige Gesinnung und Frömmigkeit, wird bereits die kleinste soziale Einheit der industriellen Gesellschaft ausgezehrt und unterhöhlt werden: jener mit Recht viel berufene Spezialist nämlich, auf den das komplizierte Ganze gegründet ist. Der Spezialist, der einzelne, der irgendwo im Prozeß der Fertigung seine Handgriffe tut, ist der Stein, der das Gebäude der modernen Gesellschaft trägt. Fehlt es ihm an Haltbarkeit und Ehrbarkeit, dann helfen die höchstfliegenden Planungen nichts. Die imposanteste Architektur wird dann bald mit häßlichen Rissen und Brüchen dastehen: eine Beute der Abbruchfirmen. Das Problem, das wir hier ansprechen, ist nur scheinbar trivialen Charakters; die Schwierigkeit, die wir meinen, gehört nur scheinbar einer einfachen Größenordnung an. Schon das Beispiel des Handwerkers, der den Kunden schlecht bediente und hierdurch verlor, oder des Kaufmanns, der durch den Vertrieb wertloser Ware Ansehen und Einkommen einbüßte, nehmen sich heute leicht antiquiert aus: beziehen sich gleichsam nur noch auf einen aussterbenden dürflichen Geltungsbereich. Handwerker und Kaufmann wirken in einer Art Niemandslandschaft von Angebot und Nachfrage hinein. Das Ergebnis ihrer Bemühungen kommt nur noch selten — sei es als Reklamation, sei es als Prestige — deutlich auf sie zurück: Sie sind von dem Resulat ihrer Leistung abgeschnitten.

Wenn schon der selbständige Handwerker und der selbständige Kaufmann, die noch in relativ übersichtlichen Verhältnissen eingespannt leben, in dieser Weise „für sich" isoliert arbeiten, dann gilt das gleiche noch mehr von den kleinen und mittleren Angestellten der großen, in alle vier Weltgegenden korrespondierenden Firmen, von dem Heer der Arbeiter in den zur Überdimensionalität angewachsenen Betrieben. Alle diese Menschen — die in unserer Demokratie zu Gesetzgebern ihrer Zukunft bestimmt sind — sehen sich von der Entfremdung bedroht: Auf der einen Seite sind die Menschen, auf der anderen Seite Arbeitnehmer. Aber die eine Seite ist mit der anderen kaum mehr verbunden. Das moderne Individuum, das eine Funktion im Getriebe ausübt, versteht letztlich gar nicht mehr, was es tut. Es bekommt das Endprodukt seiner Bemühung meist nicht einmal zu Gesicht, und wo der Mensch nicht mehr versteht und sieht, da fühlt und empfindet er auch auf die Dauer nicht. Kurzum: Der Mensch der industriellen Gesellschaft ist in Gefahr, zur „privaten" Existenz abzusinken, privat im ursprünglichen Wortverstand: beraubt seiner Tätigkeit, auf schlimme Weise unbeansprucht von ihr.

Bob Key

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

716

Die Langeweile als Gefahrenquelle

Dieser moderne Mensch ist trotz aller Kultur in gefährliche, leere Freiheit gesetzt: eine Freiheit „von", nicht eine Freiheit „zu". Bindungslosigkeit ist das Wesensmerkmal solcher Freiheit. In der angedeuteten Struktur der Arbeitswelt liegt die (oft beschriebene) Labilität der modernen Gesellschaft verborgen. Hier, im Soziologischen (noch vor allen religiösen und sonstigen Krisen), wurzelt die bekannte Anfälligkeit des Zeitgenossen für ideologische Parolen und weltanschauliche Mystifikationen. Hier erwächst die unbewußte Lust der Masse am Terror in der furchtbaren doppelten Bereitschaft: zu herrschen und sich beherrschen zu lassen. Hinter alledem steckt die verständliche Sehnsucht der Langeweile, die inmitten moderner Aktivität brütet, zu entfliehen und ein menschliches Pathos sui generis zu gewinnen. Der Tatbestand ist oft erörtert: Ihn völlig zu beseitigen ist unmöglich. Ihn zu durchleuchten und ins Bewußtsein zu heben, seine Gefahren zu neutralisieren, ist eine Hauptaufgabe der Erziehung in unserer Zeit. Mit vagen Beschwörungen, die „den Segen der Arbeit" predigen, mit einem abstrakten Ethos der Pflicht, mit idealistischen Appellen, die Immanuel Kants kategorischen Imperativ beleben möchten, ohne den fundamentalen Wandel der ökonomischen und psychischen Situation zu vergegenwärtigen, ist es heute nicht mehr getan.

Der Meister in der Fabrik, der den jungen Arbeiter anlernt, der Abteilungsleiter, der den kaufmännischen Lehrling einführt, der Lehrer in der Volks- und Realschule, in der Fach- und Berufsschule, der Studienrat im Gymnasium: Sie alle befinden sich heute in einer überaus schwierigen Lage. Sie sind mit einem zutiefst unangepaßten, von Leere und Weekend-Träumerei beherrschten Schüler, dem gewordenen Erzeugnis und getreuen Spiegelbild der technisch revolutionierten Umwelt, konfrontiert. Die sachliche Bewältigung der Berufssituation stellt meist das geringere Problem dar; die technisch-handwerklichen Schwierigkeiten von heute haben vielleicht eher ab- als zugenommen.

Die eigentlichen Schwierigkeiten sind nicht im Technischen und Sachlichen, sondern im Seelischen und Geistigen zu suchen. Dabei sind die Anforderungen für den Erzieher in unserem Rechtsstaat demokratischer und sozialer Prägung um so größer, als er seinem Zögling die Welt nicht mit einer militanten Ideologie, nach dem Muster totalitär regierter Staaten, zu deuten vermag. Eine primitive Gegenideologie im Kreuzzugsstil reicht nicht aus. Auf der anderen Seite wäre jegliche Erziehung, sogar jegliche Ausbildung ohne politische Unterrichtung nutzlos. So viel weiß selbst der halbwegs wache Lehrling heute, daß Arbeit und Technik keine absoluten Größen sind, daß der fachliche und sachliche Komplex vielmehr in ein Gefüge kräftiger Interessen, letztlich weitgeschichtlicher Auseinandersetzungen, hineinreicht, kurz: daß das unfreie Element der Politik in allem hier eine wichtige Rolle spielt wie das freie Element der Kultur.

Leicht kann das geschilderte Bewußtsein der Entfremdung, das aus dem technischen Prozeß heutiger Arbeitsteilung resultiert, in das Gefühl, ausgebeutet, mißbraucht zu werden, in dumpfer, permanenten Haß gegen „die Anderen" oder gegen „die Oberen" umschlagen. Verhängnisvoll muß sich eine rein affektive Haltung der Bevölkerung in unserer Öffentlichkeit, bei der Ausübung des Wahlrechts etwa, auswirken. Beispiele aus der jungen und jüngsten Vergangenheit wären leicht zu zitieren. Anfällig würden die Menschen für propagandistische Einflüsterungen des Ostens sein, zumal dann, wenn die günstige wirtschaftliche Lage des Westens sich einmal ändern sollte und wenn durchaus mögliche Schwierigkeiten — Arbeitslosigkeit, Produktionsschwund, Geldentwertung — sich zeigen. Erst dann erweist sich die Haltbarkeit unseres Systems.

Die Reformation im Norden

Deutsche Zeitung Nr. 209 vom 8./9. 9. 1962

7/7

Schleichende Diktatur der Vergnügung

Die notwendige innere Festigkeit zu schaffen, den Sinn für die vielschichtige Wirklichkeit, in der wir leben, zu schulen im gleichen Augenblick, da diese Wirklichkeit sich mit schicksalhafter Notwendigkeit dem Augenblick entzieht und zu einer Wirklichkeit aus zweiter Hand, zu einem Schemen — halb Anschauung, halb Meinung — zusammenzuschrumpfen droht —, in diesem Augenblick, die Wirklichkeit allen Widerständen zum Trotz einzuholen und für das Bewußtsein zu festigen, scheint mir eine der wesentlichen Aufgaben verantwortlicher Erziehung zu sein, auch bereits einer erzieherischen Bemühung, die sich auf den unteren und mittleren Schichten unserer pädagogischen Provinz abspielt. Hier bleibt das meiste noch zu tun. Es fehlt vielfach bereits an Lehrern, welche die Lehrer heranbilden, nicht zu reden von diesen Lehrern selber. Ohne sie aber, ohne differenzierte, bewegliche Geister, die Blick haben nicht nur für das Fachliche, sondern für die Situation insgesamt, können wir auf die Dauer mit den aufs raffinierteste geschulten, eine einheitliche Weltanschauung vorspiegelnden Apparatschiks und Funktionären von drüben nicht konkurrieren. Daß wir im rein Technischen bereits alle Mühe haben, Schritt zu halten, ist bekannt. Wir würden aber nicht nur unsere eigene, beste Tradition verleugnen, sogar unter die östliche Ebene absinken, wenn wir es unterließen, schon in den Anfängen der Erziehung auch den Geist zu schulen, die Technik mit Sinn, das Ökonomische mit einer Idee, die Gegenwart mit Zukunft zu verknüpfen; und das Hier und Heute in seinem blinden Drang durch ein universelles tiefgreifendes Prinzip der Hoffnung aufzuhellen.

Unsicherheitsfaktor Muße

Hier ist gleich eine andere zentrale, ebenfalls aus der Entwicklung der modernen technischen Gesellschaft sich ergebende Frage aufzuwerfen: nach der Muße, der rechten Anwendung der Freiheit, des erwähnten otium. Freiheit bleibt so lange ein politischer Unsicherheitsfaktor mit der Neigung zum Terror und Chaos, als sie nicht durch menschlich sinnvolle Zwecke von innen her verwirklicht und durch den Nachweis objektiver Wertvorstellungen „gedeckt" wird. Ich erörtere die Problematik der Arbeitszeit nicht; aber wahrscheinlich wird die Menschheit demnächst über materielle Freiheit in noch nicht dagewesenem, jedenfalls höherem als dem gegenwärtigen Ausmaß verfügen. In jenem vielleicht und hoffentlich nicht fernen Augenblick, in dem das technische Zeitalter unter seinen authentischen Horizont tritt, wird die Stunde zweier schon heute miteinander konkurrierenden Mächte gekommen sein: der Vergnügungsindustrie, die schon jetzt als Konsum- und Animierzwang sich fast allmächtig kundtut, und der klassischen geistigen Mächte der Überlieferung: Theologie, Philosophie, Literatur und Kunst, die sich der Bildung und Besserung der Menschen verschrieben haben. Hier das Reich der Wahrheit und des Seins, dort das der Unterhaltung und des Scheins.

Das Spiel ist durchaus offen. Nichts gewährleistet uns, daß beispielsweise Einrichtungen wie Presse, Rundfunk, Fernsehen nicht einst von der schleichenden Diktatur einer unernsten Freizeitgestaltung im Anfang mißbraucht, am Ende erobert werden. Selbst die religiöskirchliche Praxis kann sich — eine Perspektive, die hier und da in den USA sichtbar wurde — in bloße Geselligkeit, in geistlos-fröhliche, Human-relations-Betriebsamkeit und optimistische Lebensbeschwichtigung auflösen. Das Schicksal der kulturellen Aushöhlung unserer Gesellschaft, die Destruktion des Volkes zum unersättlich konsumierenden Janhagel eines ewigen Wochenendes ist uns zweifellos für den Fall beschieden, daß die Entwicklung ihrer eigenen bewußtlosen Schwungkraft überlassen wird.

Der Rahmen für alle Pläne

Nur handelnd und entscheidend in klarer Bewußtheit ihres Tuns kann die menschliche Gesellschaft ihre Krisen überdauern. Verantwortlich für die anderen, die vielen handeln und entscheiden heißt: erzieherisch auf sie einwirken, heißt: bessere Schulen aller Art herbeischaffen, bessere Lehrer aller Art heranbilden. Es heißt: geistliche und geistige, pädagogische und künstlerische Eliten entwickeln, die für die Herausforderung des Augenblicks gewappnet sind. Es heißt: die tradierten Hochschulen und Schulen nicht äußerlich und hastig verändern, sondern die in und von ihnen tradierte Substanz „provozieren", nach vorne rufen. Nur so werden die alten ehrwürdigen Institutionen in lebendige Bewegung geraten. Nur so sind sie in den Stand gesetzt, den Dialog mit der Zeit — die als Zeit immer schon aus den Fugen und immer schon in der Krise ist — aufs neue zu wagen und das Schicksal des Menschen mit dem einen, das not tut, zu verbinden.

Ernsthafte Kulturpolitik heute beruht auf der Einsicht in diese Grundforderung, die in der nach dem technischen Prinzip geordneten Gesellschaft mit besonderer Radikalität gestellt ist. Kulturpolitik heute sucht nach neuen Wegen der Erziehung, nach Lenkung, Klärung und Humanisierung der Prozesse, die in quälender Undurchdringlichkeit ablaufen und sich in mittelbaren, abstrakten Zusammenhängen äußern. Kulturpolitik ist Konkretisierung. Verlebendigung einer von Funktionalismus und Rationalismus bestimmten Welt. Sie bedeutet den Versuch, das Auseinandertreten von Individuum und Arbeit, von Individuum und Gesellschaft zu verhindern und das Disparate miteinander zu verknüpfen. Die entfernte und entfremdete Welt dem Menschen wieder nahezubringen und vertraut zu machen, den wissenschaftlichen, mathematisierten Geist der Epoche so gut wie möglich Fleisch und Blut werden zu lassen, die zentrifugale, pluralistische Gesellschaft als moderne demokratische Polis zu vergegenwärtigen, als Haus und Heimat gleichberechtigter Bürger: dies ist das erste Ziel eines zeitgenössischen Humanismus. Dies ist der geistige Hintergrund und Rahmen für alle Rahmenpläne und Projekte en detail, die den gefährdeten Kosmos der Bildung und nicht nur der Bildung zu retten trachten.

Ars viva 62 Schleswig

Ausstellung des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie

Das Schloß der Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf in seiner imposanten Unversehrtheit aus der zweiten Hälfte des 16., bestärkt von den Zutaten des regsamen 17. Jahrhunderts, ist der Ort für die Ausstellung der Ars viva 62, dieser Offenlegung mäzenatischer Tätigkeiten des Kulturkreises. Das organisatorische Schema ist auch bei dieser, der 11. Jahrestagung des Kulturkreises nicht anders als in den Vorjahren: Es werden gezeigt die Arbeiten der Stipendiaten und die Ankäufe für die Museumsspende. Vor der Kulisse des großgearteten Schlosses Gottorf, in dem das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum seine unendlichen Schätze ausbreitet — mit Urgeschichte anhebend, durch Ausgrabungsfunde reich dokumentiert, das Nydam-Schiff und die Moorleichen als eindringliche Zeugen faßbarer zeitlicher Weiträumigkeit, bis zur Volkskunst dieses Landes und endlich bis zum Zusammenhang mit der allgemeinen Hochkunst seit dem Mittelalter —, vor dieser Kulisse hat die Ars viva 62 eine recht harte Prüfung zu bestehen. Nicht von ungefähr sind von dem Herrn des so imponierenden Schleswiger Museums, Dr. Ernst Schlee, Hinweise gegeben worden, die mehr als eine gefällige Manipulation zu sein scheinen. Das Thema des großen Festvortrages dieser Tagung, gehalten von dem amerikanischen Museumsmann (Guggenheim-Museum, New York / Museum in Houston, Texas) und einflußreichen interpretatorischen Begleiter der Moderne, James J. Sweeney, über den „künstlerischen Stil im Zeitalter der Technologie", ist von dem Schleswiger Museumsleiter mit einem Gegenpol versehen worden, als er den Gästen den „Gottorfer Globus" beschrieb: die barocke Maschinerie, darin der Mechanismus über die in der Architektur und im stehenden Bild liegenden Darstellungsmöglichkeiten hinausführte. Sweeneys Begriff vom Zeitalter der Technologie ist ganz aus der historischen Evolution gewonnen, so daß er sich nicht nicht bei der Frage aufzuhalten braucht, ob die neue naturwissenschaftliche und technologische Zivilisation und Kultur das Ende der Erziehung zum gereiften Einzelwesen, wie es uns als Kulturziel vorschwebte, bedeuten würde. Sweeney teilt derartige Angstprophetien nicht, er meint, daß der „Pessimismus der mittleren Klassen über die Zukunft der Welt" aus einer Verwechslung von Zivilisation und Sicherheit stamme. „Die großen Zeitalter sind auch immer die unruhigen Zeitalter gewesen." Die Rolle der Kunst ist die einer Hilfestellung, wenn es darum gehe, „die bittere Raserei der Verwicklung zu bändigen".

Sweeney schlägt vor, das Malen sollte als eine Sprache angesehen werden, als ein Sprache von Überlieferungen oder Symbolen, deren Vokabular von jedem, der es anwendet, abgewandelt werden könne. Als Sprache sei Kunst ein Instrument, das von jedem neuen „Spieler" verfeinert, um neue „Griffe", sogar neue „Schlüssel" bereichert werden könnte. Jeder folgende Künstler baue auf den Entdeckungen und Darstellungen seiner Vorgänger auf: Tradition in der Malerei. Sweeney hat eine weitere unerwartete einfache Wahrheit formuliert, um das Verhältnis zwischen dem schöpferischen Künstler und dem theoretischen Wissenschaftler zu klären: die beiden Disziplinen, die humanistische und die naturwissenschaftliche, sind in gewissen fundamentalen ästhetischen Kriterien einander nicht fremd, beides sind strenge Disziplinen. „Künstler sind ... Erfinder und Forscher. Kunst lebt nur durch die, die mit ihr Türen zu neuen Räumen des menschlichen Ausdrucks öffnen, indem sie eine neue und eigene Anwendung der Mittel, die sie für ihr Werk gewählt haben, suchen und sich selbst zum Ausdruck bringen." Sweeney zitiert ein Wort aus dem „Scientific America": „Wir erwarten sowohl vom Künstler als auch vom Wissenschaftler, daß sie sich über das Althergebrachte hinwegsetzen und nicht das schaffen, was annehmbar ist, sondern was annehmbar werden wird." Die Suche nach einer ständigen Erneuerung des Ausdrucks sei die wahre Tradition in der Kunst. Das Problem sei, wie wir der heutigen Kunst mit ihren interhemisphärischen Wurzeln (europäisch, amerikanisch, orientalisch) gegenüberstehen. Jede der „bildenden Sprachen" bringe gültige Ausdrücke ästhetischer Disziplinen hervor, nämlich künstlerische Stilarten.

Im Erdgeschoß des Gottorfer Schlosses, wo Raum für wechselnde Ausstellungen ist, sind nun hundert Arbeiten von Malern, Grafikern und Bildhauern ausgestellt, hinzu kommen Architektenmodelle und Entwürfe sowie Stücke von Formgebern: ein Schraubstockmodell, das Modell einer Feinwaage, der Pol eines dreipoligen Freiluft-Leistungsschalters. Die Museumsspende 1962 enthält eine große Komposition von Otto Ritschl aus dem Jahre 1960, ein Gemälde „rottänzerisch" von Bernard Schultze von 1955/56, Hann Trier ist, ebenfalls großformatig, mit der „Belle Jardinière" (1961/62) vertreten. Alo Altripp, Joseph Faßbender, HAP Grieshaber, Peter Brüning, um nur die markantesten zu nennen — alle mit Arbeiten der Bekräftigung und des nuancierten Verweilens bei den malerischen Praktiken, die zum Erfolg geführt haben. Um mit Sweeney zu reden, haben sie „ihre Syntax gewählt", und sie werden, von den Gutwilligen nicht nur, verstanden. Unter den Bildhauern sind Jendritzko und Loth anwesend, zwei Spenden für das Wallraf-Richartz-Museum: ein Hajekscher Raumknoten von 1958 wirkt schon recht abgestanden, und eine Stahlplastik von Hans Uhlmann, von 1956, erscheint in ihrer Zeichenhaftigkeit als ein Antennenwiderspiel.

Die Stipendien 1962, Ermutigungen, die doch eine nicht geringe Last von Verantwortung auf die Schultern der Juroren legen, sind den Malern Gerad Hanebeck (1939), Dieter Kraemer (1937) und Helmut Sundhaußen (1935) zugesprochen worden. Hanebeck geht auf der breiten Straße der Ungegenständlichen, ist aber in Farbgebung und Form handwerklich kompakt, in nichts esoterisch. Kraemer und Sundhaußen zielen auf Vergegenständlichung, Kraemer mit Variationslust in der Thematik wie in den malerischen Materialien, Sundhaußen mit einer schon persönlich entschiedeneren, aber verbindlichen Handschrift.

In der ganzen Ausstellung, zu der 38 frühere Stipendiaten eingereicht hatten und 26 von der Jury ausgewählt worden sind (sie bleibt in Schleswig bis 30. September, ist vom 18. Oktober bis 11. November bei Bayer-Leverkusen und ab 23. November bis 6. Januar 1963 im Gewerbemuseum Nürnberg zu sehen), ist offensichtlich das Niveau des Unexperimentellen, des Wohltemperierten erstrebt worden. Man sieht Perfektionen, Stilgewohn- und Stilgewandtheiten, das für unsere Ausstellungen typische Sowohl-Als-auch. Kein einziger kräftiger, alles überragender Paukenschlag — ein gemischtes Konzert, ohne laute Instrumente, gedämpft, keinerlei Aufregung. Die Sprache der Kunst 1962 murmelt nur. Sweeneys Theorien schweben hoch darüber.

OTTO FRIEDRICH REGNER

31. 8. 1962

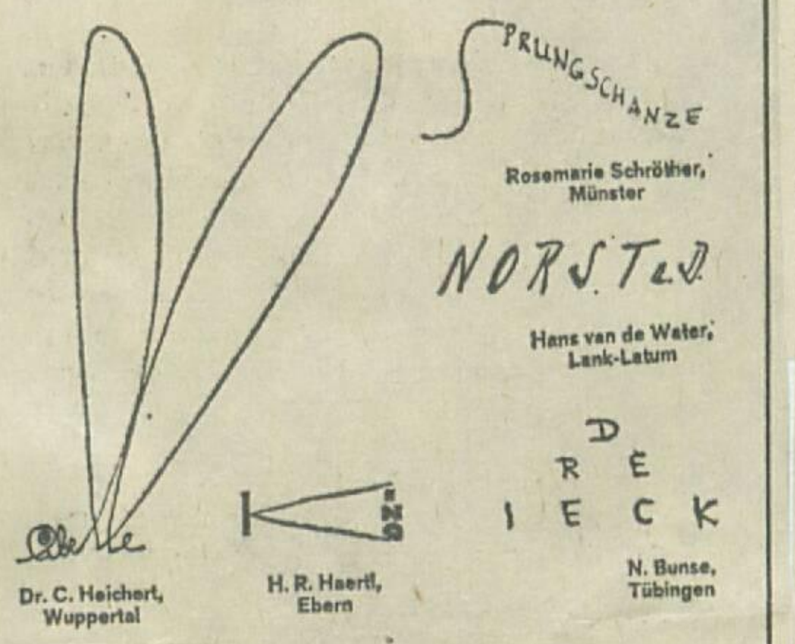
Eine Droge für zwanzig Leiden

Herbert Herxheimer: „Siebentausend sind zuviel", ZEIT Nr. 29.

In diesem Artikel sind erfreulicherweise mehrere heiße Eisen angefaßt: Nicht nur das Zuviel in der Arzneimittelproduktion, dessen Problematik immerhin weiten Kreisen der Ärzteschaft bewußt ist, sondern auch das Überangebot von medizinischen Fachzeitschriften. Die deutsche Medizin ist nämlich nicht etwa so viel lebendiger als die englische (wo es „nur" drei Zeitschriften gibt), sondern hier spielen Parkinsonsche und kommerzielle Gesetzmäßigkeiten mit, deren Verschleierung durch ein als Aushängeschild mißbrauchtes prominentes Herausgeberkollegium betrüblich ist. Mit der Tatsache, daß heutzutage nun einmal mehr geschrieben als gelesen wird, wird man sich abfinden müssen; keineswegs aber damit, daß dem Arzt in seinen Fachzeitschriften manipulierte „wissenschaftliche" Beiträge geboten werden.

Zum eigentlichen Thema Ihres Artikels möchte ich den großen Arzt Sir William Osler zitieren:

Wort-Malerei | „Ein neues Wortspiel", ZEIT Nr. 25



... ich beobachte seit einigen Tagen, daß sich die Ränder meiner Fachbücher statt mit sachdienlichen Bemerkungen mit mehr oder weniger geglückten Wortbildern schmücken.
Joachim Neukirch, stud. jur., Solingen

„Der junge Arzt beginnt sein Leben mit zwanzig Drogen für jedes Leiden — und der alte Arzt beendet sein Leben mit einer Droge für zwanzig Leiden." Zu dieser Erkenntnis kommt mancher selbständig und kritisch denkende Arzt allerdings nicht erst am Ende seines Lebens.

Dr. H. Moll, Wuppertal

☆

Die Forderung Professor Herxheimers nach einer unabhängigen Zeitschrift zur objektiven Würdigung sämtlicher, insbesondere neu herausgebrachter Medikamente muß begrüßt und unterstützt werden. Dabei ist allerdings vorauszusetzen, daß zumindest die mit den heutigen Zuständen nicht einverstandenen Ärzte anders reagieren als die Vertreter des früheren „Ärztevereinsbundes" und des „Leipziger Verbandes" der Ärzte. Um 1912 drohte nämlich der Verband der pharmazeutischen Industrie, die Anzeigen zu sperren, wenn die kritischen Mitteilungen der „Arzneimittelkommission der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin" in den medizinischen Fachblättern weiter erschienen. Der Bezugspreis des „Ärztlichen Vereinsblattes" wäre dadurch um drei Goldmark jährlich gestiegen. Dies glaubte man jedoch den Ärzten nicht zumuten zu können!

Ein Beispiel, weshalb eine unabhängige Fachzeitschrift nottut: Als der letzte Aufsatz „Arzneimittelwesen und Krankenversicherung" des Altmeisters der Pharmakologie, Professor W. Heubner, in einer medizinischen Fachzeitschrift untergebracht werden sollte, lehnten (zweifellos) wegen des kritischen Inhalts vorsichtshalber mehrere Schriftleitungen die Aufnahme ab. Die Schriftleitung des „Internationalen Journals für prophylaktische Medizin und Sozialhygiene" war schließlich so leichtsinnig, den Artikel — nicht ohne ihn zuvor redaktionell zu entschärfen — in der Nr. 2 (1958) zu veröffentlichen. Dies brachte dem Hippokrates-Verlag die Mitteilung einiger pharmazeutischer Firmen ein, daß mit Anzeigen dieser Firmen hinfort nicht mehr zu rechnen sei.

Werden solche Pressionsmöglichkeiten als Skandal empfunden? Offenbar nicht. Die „Deutsche Gesellschaft für innere Medizin" wurde 1958 über diesen Vorgang unterrichtet. Von einer Reaktion ist mir nichts bekanntgeworden.

Dr. med. G. Streblow, Kiel

☆

Zu diesem Artikel können wir Sie leider nicht beglückwünschen. Wenn Herr Professor Herxheimer wirklich seinen Aufsatz vorher zwei medizinischen Fachblättern vergeblich angeboten hat, so hatten die Redaktionen wohl Gründe für ihre Ablehnung. Sie in der Befangenheit, also in der Abhängigkeit von der Werbung der Industrie zu suchen, ist recht billig: Man wahrt in der medizinischen Fachpresse durchaus eigene Meinung.

Das Vorgetragene ist vielfach schief und teilweise ganz unrichtig. Ein Beispiel: Ärztemuster dürfen seit Inkrafttreten des neuen Arzneimittelgesetzes am 1. August 1961 nur auf jedesmalige Anforderung abgegeben werden. — So ein Thema vor ein von Fachkenntnis weitgehend ungetrübtes Publikum zu bringen, dient niemandem.

Dr. E. Uhlhorn & Co. GmbH, Wiesbaden

☆

31. 8. 1962

Ich glaube, die Überflutung der Ärzte und Patienten mit neuen Arzneimitteln hat einen solchen Stand erreicht, daß hierin eine ernste Gefahr gesehen werden muß. Wie ich täglich feststellen muß, sind die Ärzte über das, was sie einem Patienten an Arzneimitteln verordnen, häufig nur unvollkommen unterrichtet. Die Sammlung von Erfahrungen über die Wirksamkeit eines Präparates ist schon deshalb nicht möglich, weil — ehe man sich ein Urteil bilden kann — schon wieder neue Präparate auf dem Markt erscheinen, die häufig gar kein neues therapeutisches Prinzip enthalten.

Die Literatur, die zu Therapiefragen erscheint, ist so unübersichtlich und zum Teil auch einseitig ausgewählt, daß es ein dringendes Bedürfnis ist, ein unabhängiges Informationsblatt für die Ärzte herauszubringen, in dem man sich in kürzester Zeit über wirklich wertvolle Neuerscheinungen objektiv unterrichten kann.

Prof. Dr. K. Holldack,
Krankenhaus Berlin/Neukölln

☆

Es ist erschreckend, wie weit der Einfluß der pharmazeutischen Industrie in Deutschland geht. Ein eindeutiger Beweis dafür ist die bei Ihnen erwähnte Weigerung zweier führender medizinischer Wochenschriften, den sehr sachlichen Aufsatz von Herxheimer aufzunehmen. Wie soll denn ein Arzt überhaupt Kritik an dieser industriellen Massenproduktion lernen, wenn seine eigene Fachpresse nicht wagt, Kritik zu üben!

Es ist sehr anzuerkennen, daß Sie die Öffentlichkeit über die Zustände im Arzneimittel- und medizinischen Zeitschriftenwesen unterrichtet haben. Hoffentlich wird nun die öffentliche Meinung ihren Einfluß auf die bevorstehende Gesetzgebung geltend machen. Abgesehen hiervon scheint es dringend notwendig, daß die Ärzte so bald wie möglich ein von der Industrie völlig unabhängiges Informationsorgan erhalten. Es ist ganz unverständlich, daß die ärztlichen Standesbehörden nicht längst dafür gesorgt haben.

Dr. F. L. Newman, London

☆

Was verstimmt mich bei Herxheimers Ausführungen? — Es fehlen ein paar anerkennende Worte mehr über die unzweifelhaften Leistungen der forschenden Industrie, ein paar Hinweise auf die enormen Aufwendungen für die Forschung, die teilweise den in der ZEIT veröffentlichten Bilanzen sehr leicht entnommen werden könnten. Ist es nun wirklich so — wie der Verfasser meint —, daß die Forschung nur aus „nacktem Gewinnstreben" heraus durchgeführt wird? Ich glaube, dieselbe Verantwortlichkeit, die der Verfasser hinsichtlich der Gesundheitsfürsorge für sich in Anspruch nimmt, darf vielleicht auch die pharmazeutische Industrie beanspruchen. Wenn dies der Industrie nicht zuerkannt wird, dann könnte man ja auch sagen, daß die drohende Überbevölkerung des Erdballs auch — zumindest zu einem großen Teil — ihre „Schuld" ist. Aus purem Gewinnstreben hat sie durch ihre Forschung zumindest einige gute Präparate geschaffen, mit denen mehr Kranke am Leben erhalten werden können . . .

Die Behandlung der Frage der klinischen Erprobung ist ebenfalls unsachlich, da nicht darauf hingewiesen wird, mit welcher Sorgfalt die ernsthaft forschenden Unternehmen dabei vorgehen. Unverständlich ist jedoch die Behauptung, daß dem Arzt Mittel übergeben werden, bei denen er „herausfinden" muß, wie er dosieren muß. Die grundsätzlichen Angaben — wieviel pro Tag in welcher Altersstufe, wieviel pro Kilo Körpergewicht und so weiter — werden immer ausführlich angegeben. Die gewinnsüchtige Industrie weist sogar darauf hin, bei welchen Zuständen ein Präparat kontraindiziert ist, durch welches Vorgehen sie in sträflichem Leichtsinn ihre Gewinnchancen schmälert! Was meint der Verfasser, was noch „vorgeschrieben" werden muß? Was bliebe dann noch für das ärztliche Wirken in der Behandlung, was doch — eigentlich — das Entscheidende bleiben sollte?

Gerd Dörner, Mexiko

Personal-Chef

gesucht . . .

Bei einer Gruppe mehrerer Privatunternehmen der chemischen

4. 9. 1962

Der Kulturkreis tagt in Schleswig

Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie hat diesmal zu seiner Jahrestagung nach Schleswig eingeladen. Die Festversammlung im Nordmark-Landestheater werde: Dr. Werner Kugler, Bürgermeister der Stadt Schleswig, und Bergassessor a. D. Dr. Dr.-Ing. e. h. Hermann Reusch eröffnen. Werner Schütz, Kultusminister a. D., wählte als Thema seines Referats „Kultur und Erziehung in staatlicher Sicht"; James J. Sweeny, Direktor des Kunstmuseums in Houston/Texas, hält den Festvortrag: „Der künstlerische Stil im Zeitalter der Technologie."

Die Ausstellung „ars viva" eröffnet Dr. Eduard Trier im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum Schloß Gottorf. Die Ausstellung vereinigt Bilder und Plastiken der Stipendiaten und die Museumsspende 1962. Neben der ordentlichen elften Mitgliederversammlung des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie stehen Stadtführungen durch Schleswig, ein Konzert der Domkantorei, eine Fahrt zum Museum der „Ada und Emil Nolde-Stiftung" in Seebüll sowie ein Ausflug nach Tondern und Ripen in Dänemark auf dem Programm.

Das literarische Förderungswerk des Kulturkreises hat seine Preise 1962 den Schriftstellern Georg von der Vring, Werner Helwig, Barbara König und der Übersetzerin Eva Hesse zugesprochen. Georg von der Vring erhält die Ehrung für sein Gesamtwerk, „das die Kunst aller Gattungen umfaßt"; Werner Helwig nennt die Begründung „einen Dichter und Erzieher, dessen autobiographische Aufzeichnungen Dokumente der deutschen Jugendbewegung sind"; Barbara König — sie hat bisher zwei Romane veröffentlicht — erhält den Förderpreis für ihre „eigenwilligen, abseits von der Moderichtung stehenden Bücher"; Eva Hesse erhält den Preis für ihren „vorbildlichen und strengen Übersetzerdienst, vornehmlich am Werk Ezra Pounds".

Über die Tagung und die Ausstellung „ars viva" wird das Feuilleton der DZ ausführlich berichten. Das Referat von Werner Schütz, „Kultur und Erziehung in staatlicher Sicht", erscheint in der Samstagsausgabe der DZ. *hb*

Zunehmender Arzneimittelverbrauch

Eigener Bericht

Wg. HANNOVER, 26. August (Eigener Bericht). Der Arzneimittelverbrauch ist in den letzten Jahren unvermindert weiter gestiegen. Nach Mitteilung des Landesverbandes der Ortskrankenkassen Niedersachsen gaben die 71 Ortskrankenkassen des Landes im Jahre 1961 rund 72,7 Millionen DM für Arzneimittel aus. Das bedeutet eine Ausgabe je Mitglied von 46,43 DM. Im Jahre 1960 betrugen die Gesamtausgaben 63,8 Millionen DM. Das sind je Kopf 40,80 DM.

Rat für Formgebung

61 DARMSTADT EUGEN-BRACHT-WEG 6 FERNRUF 74013 BANKKONTO STÄDT. SPARKASSE 3881 POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M. 1541

24. August 1962 Pl

Herrn
Professor Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

68 Mannheim
A 2, 1
Postfach N 14

Sehr verehrter Herr Professor Heimerich,

im Nachgang zu unserem Schreiben vom 2.August senden wir Ihnen noch einige Werkzeitschriften, die vielleicht Ihr Interesse finden. Wir benötigen die Zeitschriften nicht zurück.

Mit freundlichen Grüssen

RAT FÜR FORMGEBUNG

i.A. R. Plamitz.

Anlagen

Wachenheim, 10.8.62

Lieber Herr Dr. Heimerich - Lassen Sie sich herzlich für Ihre gütige Wünsche zum 31.8. danken. Ich werde nun also auch das siebente Jahrzehnt in Angriff nehmen. Sie haben mir gezeigt, daß man noch eine Menge auf die Beine stellen kann. Ich will's auch versuchen.

Die Leben wir sind z. Zt in unserem Haus Oberlaer Wachenheim und wir wollen erst am 22.8. wieder in die Ebene zurück. Darf ich Sie dann anrufen, damit wir uns über die kulturelle Gestaltung unterhalten können? Ich werde versuchen, noch ein paar Gesichter Gesprächspartner aus der Fabrik Ihr mobilisieren.

Bis dahin mit besten Grüßen Ihr

Ihr ergebener W. Falkenstein

Mannheim, den 31. Juli 1962

Herrn Dr. Wilhelm Packenius, Ludwigshafen/Rh.,Schießhausstr.32

Lieber Herr Dr. Packenius!

Ich lese in der Frankfurter Zeitung, daß Sie heute Ihren 60. Geburtstag feiern können. Ich gratuliere Ihnen herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Ich wollte Ihnen schon seit längerer Zeit schreiben, da ich um Ihre freundliche Unterstützung in folgender Angelegenheit bitten möchte:

Ich beabsichtige an einen etwas größeren Aufsatz heranzugehen, der sich mit dem Thema "Kulturpflege durch die gewerbliche Wirtschaft" beschäftigen soll. Ich habe schon allerlei Material gesammelt und bin dabei auf viel Positives aber auch auf manches recht Bedenkliche gestoßen. Ich weiß, daß bei der BASF und bei den anderen Nachfolgegesellschaften der I.G. Farbenindustrie auf diesem Gebiet früher schon vielerlei geschehen ist und daß diese Bemühungen auch heute noch kaum nachgelassen haben. Es handelt sich dabei nicht nur um Stiftungen für gemeinnützige kulturelle Zwecke, sondern auch um kulturelle Gestaltungen im Betrieb selbst und unter Umständen auch um eine Menschenführung mit kulturellem Einschlag. Auch Werkzeitschriften können dabei eine gewisse Rolle spielen.

Ich würde mich sehr gerne einmal mit Ihnen über diese Dinge unterhalten. Vielleicht könnten Sie mir aber vorneweg einiges Material übersenden, das bei der BASF vorhanden ist.

Ich hoffe, daß es Ihnen und Ihrer verehrten Gattin gut geht und grüße Sie herzlich

Ihr

Deutsche Zeitung
CHEFREDAKTION

Köln, Apostelnstraße 13 · Postfach 490 · Fernschreib-Nummer 08 881641 · Telegramm-Adresse: Dezet Köln

Köln, den 2. August 1962
Fernsprecher 2057, 346/347 oder 2057 1

Herrn Professor
Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich

M a n n h e i m A 2, 1
Gebäude der Rheinischen Hypothekenbank

Sehr geehrter Herr Professor,

von Herrn Dr. Cron hören wir, dass Sie für unsere Seite 'Gegenwart und Geschichte' gern einen Beitrag zum Thema der Kulturpflege der gewerblichen Wirtschaft schreiben würden. Vielleicht liesse sich das Thema noch etwas konkreter zuspitzen. So wie es jetzt lautet, umfasst es vielleicht gar zu viele Dinge. Jedenfalls sind wir neugierig auf Ihre Arbeit und würden sie gerne in unserer Zeitung abdrucken.

Mit freundlichen Grüssen
Ihr sehr ergebener

Hans Hellwig

(Dr. Hans Hellwig)

Curt E. Schwab G.m.b.H. & Co. Verlagsgesellschaft, (14a) Stuttgart W, Silberburgstr. 193 · Telefon: Sa.-Nr. 77646 · Fernschr. 07 22631 · Telegr.-Adr.: Dezet Stuttgart

Deutsche Zeitung

Redaktion

Curt E. Schwab G. m. b. H. & Co. Verlagsgesellschaft, (14a) Stuttgart W, Silberburgstr. 193 · Telefon: Sa.-Nr. 77646 · Fernschr. 07 22631 · Telegr.-Adr.: Dezet Stuttgart

Stuttgart, 1.8.1962
Postfach 220 c/h

Herrn
Professor Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m
==========
A 2,1(Gebäude der
Rheinischen Hypothekenbank)

Lieber Herr Heimerich!

Ich kann mir das Thema Ihres Aufsatzes über die Kulturpflege der gewerblichen Wirtschaft hochinteressant vorstellen. Ich würde Sie auch gern sofort dazu animieren, uns den Aufsatz zuzuschicken, nur weiß ich im Augenblick nicht, ob sich unsere Kölner Redaktion innerlich frei genug fühlt, ihren Geldgebern gegenüber ein solches Thema überhaupt aufzugreifen. Ich will mich aber danach erkundigen und gebe Ihnen Bescheid, sobald ich Näheres dazu erfahren habe.

Mit besten Grüßen

(Dr.Helmut Cron)

den 31. 7. 1962

Herrn

Dr. Helmut C r o n
Redaktion der Deutschen
Zeitung

7 S t u t t g a r t W

Silberburgstraße 193
Postfach 220

Lieber Herr Dr. Cron!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 29.7. und Ihre freundliche Zustimmung zu meinem Aufsatz.

Darf ich Sie nun folgendes fragen: Ich habe ein anderes Thema auf der Palette, das ich im Herbst dieses Jahres bearbeiten möchte und zu dem ich bereits einiges Material besitze. Es handelt sich dabei um die Kulturpflege, die durch die gewerbliche Wirtschaft erfolgt und die sich offenbar immer mehr ausdehnt. Es hat sich bei meinen bisherigen Untersuchungen dabei ziemlich viel Positives aber auch einiges Negative und Bedenkliche ergeben. Auf jeden Fall wird es eine etwas umfangreichere Arbeit. Glauben Sie, daß die Deutsche Zeitung an einem solchen Aufsatz vielleicht Interesse haben könnte? Meine Beziehungen zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung sind sehr dünn und offenbar gekennzeichnet durch eine ausgesprochene Abneigung des Herrn Wälter gegen mich. Er denkt wohl immer noch an die früheren Auseinandersetzungen zwischen ihm und Herrn Schwab, bei denen ich Herrn Schwab unterstützt habe.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich
Ihr

I da wohl eine ganze Seite
beanspruchen würde

Rat für Formgebung

DARMSTADT EUGEN-BRACHT-WEG 6 FERNRUF 74013 BANKKONTO STÄDT. SPARKASSE 3881 POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M. 1541

2. August 1962 S/Pl

Herrn
Professor Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

68 Mannheim

A 2, 1
Postfach N 14

Sehr verehrter Herr Professor Heimerich,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 30.Juli mit der Übersendung der letzten Nummer der Mannheimer Hefte. Ihr Artikel "Der sozialistische Mensch" hat mich außerordentlich interessiert und ich habe ihn aufmerksam gelesen.

Auch ich habe mich sehr gefreut, Ihnen neulich bei Herrn Dr.Andritzky zu begegnen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der Ratsarbeit und es wäre sicher für Herrn Dr.Andritzky und mich eine Hilfe, wenn wir in besonderen Fällen einmal Ihren Rat holen dürften.

Zu Ihrer Arbeit über die Kulturpflege der gewerblichen Wirtschaft senden wir Ihnen gleichzeitig einige Exemplare von Werkzeitschriften, die vielleicht Ihr Interesse finden. Lediglich die Werkzeitschrift der Firma Behr hätten wir gern nach Gebrauch zurück, ebenso die Heraklith-Rundschau.

Ferner senden wir Ihnen den Band "Werken und Bilden", der mit erheblichen Mitteln vom Verbundkreis für Industrieform zustande gekommen ist. Die Anschrift vom Verbundkreis lautet wie folgt: Wiesbaden, Adalbert Stifter Str.42

Gern erwarte ich einmal von Ihnen ein Heft Ihres "Betriebsberaters".

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich einmal hier in Darmstadt aufsuchen und bitte um kurze vorherige telefonische Anmeldung.

Mit höflichen Empfehlungen und Grüssen,
Ihre

Max Seeger

Anlagen

den 30. 7. 1962

Frau

S e e g e r
Geschäftsführerin des Rats
für Formgebung

61 D a r m s t a d t
Eugen Brachtweg 6

Sehr verehrte Frau Seeger!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 17. ds.Mts., der mich über die derzeitige Wirksamkeit des Rats für Formgebung orientiert hat. Auch war ich sehr erfreut über das Zusammentreffen mit Ihnen und Ihrer Mitarbeiterin bei Herrn Dr. Andritzky. Ich glaube, daß ich wegen der von mir beabsichtigten Arbeit über die Kulturpflege der gewerblichen Wirtschaft mit Ihnen in Verbindung bleiben muß. Zu gegebener Zeit werde ich Ihnen wieder schreiben oder Sie eventuell auch in Darmstadt besuchen.

Heute sende ich Ihnen die letzte Nummer der Mannheimer Hefte, in ~~denen~~ dem mein Vortrag über den sozialistischen Menschen abgedruckt ist.

Mit freundlichen Grüssen verbleibe ich
Ihr ergebener

Dr. H. C. Paulssen
Präsident
der
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände
- Sekretariat -

Köln
Hansaring 42-46
Tel.: ~~58701~~ 233021
Konstanz a.B.
Hebelstr. 4
Tel. 5201

den 10. August 1962
Ai.

Herrn
Prof. Dr.Dr.h.c. Hermann HEIMERICH

68 M a n n h e i m
A 2, 1
Postfach N 14

Sehr geehrter Herr Professor!

Im Auftrag von Herrn Dr. Paulssen übermitteln wir Ihnen beiliegend im Anschluss an sein Schreiben vom 7. August die Schrift "Bildungsarbeit im Betrieb" des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie noch einige weitere Unterlagen, die uns von der Bundesvereinigung zugegangen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Sekretariat Dr. Paulssen
H. Ailem

Anlagen

Dr. H. C. Paulssen
Präsident
der
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Köln
Hansaring 42-46
Tel.: ~~58701~~ 233021

Konstanz a.B.
Hebelstr. 4
Tel.: ~~100~~ 5201

den 7. August 1962
Dr.P/Sy

Herrn
Prof. Dr.Dr.h.c. Hermann HEIMERICH
Rechtsanwalt

68 Mannheim
A 2, 1
Postfach N 14

Eingegangen:
10. AUG. 1962
RA. Dr. Otto, Mannheim

Sehr verehrter Herr Professor!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25.7.1962. -
Ich habe die Schrift des Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit bei der Bundesvereinigung bestellt und hoffe, sie in den nächsten Tagen zu bekommen, da ich sie hier nicht auf meinem Büro hatte.
Ebenso habe ich noch weiteres Material angefordert.
Alles wird Ihnen schnellstens zugehen.

Ihre Ansicht bezüglich der Entwicklung der Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten der Krankenbehandlung teilen wir durchaus. Ich glaube allerdings, daß über diese Frage wie über die gesamte Krankenkassenreform noch recht lang hin- und her-diskutiert und verhandelt wird, wobei wohl noch bessere Vorschläge vorgebracht werden gegenüber der jetzigen Fassung des Bundesarbeitsministeriums.

Ich finde, der beste Weg des an sich notwendigen Selbstbehalts sollte in der Form gefunden werden, wie er in Frankreich und zahlreichen anderen Ländern des Westens üblich ist - nämlich der Weg, daß der Patient die Medikamente und Arztkosten zunächst selbst bezahlt und daß dann eine Rückerstattung in Höhe von 70 oder 80 % durch die Krankenkassen erfolgen sollte. Diesen Weg kann man heute bei den bestehenden nicht ungünstigen Lohn- und Gehaltsverhältnissen wagen. Er bringt den besseren Zusammenhang des Erkrankten mit dem Arzt und den Apotheken. Man kann sich davon wohl auch einen besseren Willen zur Gesundung versprechen, der ein wichtiges Heilmittel ist.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

H. Paulssen

den 25. 7. 1962

Herrn
Dr. H.C. Paulssen

775 K o n s t a n z /B.
Hebelstraße 4

Sehr verehrter Herr Dr. Paulssen !

Ich beschäftige mich zur Zeit mit der Ausarbeitung einer Schrift, die den Titel "Kulturpflege und gewerbliche Wirtschaft" tragen soll. Ich bin bei der Vorbereitung dieser Schrift zu interessanten Ergebnissen gekommen, die teilweise sehr positiv, zu einem Teil aber auch recht negativ sind.

Im Rahmen dieser Arbeit interessiert mich natürlich auch die Bildungsarbeit im Betrieb. Wie ich vor einigen Tagen gelesen habe, hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Schrift ihres Ausschusses für Nachwuchs- und sozialpolitische Jugendarbeit herausgegeben, die sich mit einer solchen Bildungsarbeit beschäftigt. Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß mir diese Schrift und eventuell auch anderes Material, das bei Ihnen über die Bildungsarbeit im Betrieb vorliegt, zugänglich gemacht würde.

Herr Minister Blank hat nun seine neuen Ideen über die Reform der Krankenversicherung bekanntgegeben. Ich bin überrascht, daß die Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Krankenverhandlung nun in erster Linie darin bestehen soll, daß der Unternehmer dem Versicherten 2% vom Lohn abzieht und daß dieser Betrag auf ein Sonderkonto des Versicherten bei der Krankenkasse gelangen soll. Das Lohnabzugsverfahren soll also noch weiter ausgedehnt werden. Nach meinen Eindrücken sind wir in ein Nettolohn-Denken geraten. Der Arbeitnehmer denkt im allgemeinen nur noch daran, was er von seinem Arbeitgeber herausbezahlt erhält. Danach richten sich auch seine Lohnforderungen. Ich fürchte, daß durch das von Herrn Blank vorgeschlagene Verfahren die Selstverantwortung des Einzelnen noch

b.w.

weiter eingeschränkt wird. Man sollte m.E. den Lohnabzug, den es ja vor der Erzbergerschen Steuerreform nicht gab, grundsätzlich auf den Lohnsteuerabzug beschränken. Vielleicht interessiert es Sie, diese meine Meinung kennenzulernen.

Mit freundlichen Grüssen verbleibe ich
Ihr ergebener

DR. KARL THOMAE GMBH
CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE FABRIK · BIBERACH AN DER RISS
Medizinische Abteilung

Herrn Professor
Dr. Dr. Heimerich

68 Mannheim
Postfach 1830

22.5.1962
Smo/Sch

Sehr verehrter Herr Professor,

wir danken Ihnen vielmals für Ihr aufmerksames Interesse, das Sie unserer Firmenzeitschrift "Der Weisse Turm" gegenüber bekunden, und wir erteilen Ihnen gerne die erbetene Auskunft:

"Der Weisse Turm" wird seit 1958 von uns herausgegeben, er erscheint nicht im Handel und ist allein dem ärztlichen Stande vorbehalten. Ihrem Wesen und dem Empfängerkreis nach ist also diese Publikation eine reine Kundenzeitschrift, die über die fachliche Verbindung hinaus des Arzttums andere Seite pflegen will. Jedes Heft unserer Zeitschrift wird deshalb auch durch einen Themenkreis bestimmt, der aus der engen Verbindung der ärztlichen Berufswelt mit den vielfältigen Erscheinungsformen unseres Lebens erwächst.

Wir haben uns erlaubt, Ihnen mit getrennter Post einige Restexemplare als Arbeitsunterlage zu übermitteln, und es würde uns sehr freuen, Ihnen damit dienlich sein zu können.

Mit unseren besten Empfehlungen
Dr. Karl Thomae GmbH
ppa. i.A.

(Dr. Norf) (Siebenmorgen)

Der weiße Thom

Dr Karl Thomae

G. m. b. H.

Biberach a. d. Riss

Ehren-Dauerkarte

Mannheimer Maimarkt

N° 076

Gültig für Ausstellungsdauer - Nicht übertragbar

INHABER Oberbürgermeister i.R. Prof.Dr.Dr.h.c. Heimerich

Vor- und Zuname

ANSCHRIFT

Ort, Straße, Hausnummer

Behörde, Organisation oder Zeitung

Dr Heimerich

Eigenhändige Unterschrift des Karteninhabers

den 17. 5. 1962

An
Dr. Karl Thomae GmbH.

(795) Biberach a.d. Riss

Sehr geehrte Herren !

Zufällig habe ich im Wartezimmer eines Arztes die von Ihnen herausgegebene Zeitschrift "Der weiße Turm" gefunden und gelesen. Diese Zeitschrift hat mich wegen ihres Inhalts sehr interessiert, insbesondere im Zusammenhang mit meiner Absicht, einen Aufsatz über die Förderung kultureller Bestrebungen durch die gewerbliche Wirtschaft zu schreiben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich über Ihre Auftraggeber etwas näher unterrichten und mir einige Nummern Ihrer Zeitschrift zur Verfügung stellen könnten.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung bin ich
Ihr ergebener

BIBERACH AN DER RISS
16.5.62
795

Thomae

DEUTSCHE BUNDESPOST
007

Herrn

Dr. med. H. Schiebardt

17a Mannheim

Meersh. 10

Dr. Karl Thomae GmbH
795 Biberach an der Riss

DR. KARL THOMAE GMBH
CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE FABRIK · BIBERACH AN DER RISS
Medizinische Abteilung

Sehr geehrter Herr Doktor,

Sie bekundeten kürzlich Ihr Interesse an der kleinen Schrift

PETER BAMM "Fester kleiner Platz".

Hierfür sagen wir Ihnen verbindlichen Dank.
Erfahrungsgemäss nimmt die Auslieferung eines Druckwerkes immer etwas mehr Zeit in Anspruch als eine Mustersendung. Wir hoffen daher auf Ihr Verständnis, wenn sich das Eintreffen des Büchleins verzögern sollte.

Wir verbleiben

mit freundlichen Empfehlungen
DR. KARL THOMAE GMBH
i.V. i.V.

STÄDT. SPARKASSE STUTTGART
STÄDT. GIROKASSE STUTTGART

ÖFFENTLICHE BANKANSTALT

HAUPTSTELLE KÖNIGSTRASSE 5 · STAUFFENBERGSTRASSE 7

BRIEFSENDUNGEN: POSTFACH 387
FERNSPRECHER NR. 99021 (299021)
FERNSCHREIBER NR. 072-3826
DRAHTANSCHRIFT: GIROKASSE

BANKVERBINDUNGEN:
WÜRTT. GIROZENTRALE KONTO 71/56
LANDESZENTRALBANK KONTO 5/55
POSTSCHECKKONTO STUTTGART 8400

ZWEIGSTELLEN UND ANNAHME-STELLEN IN ALLEN STADTTEILEN

Herrn
Prof. Dr. Dr. hc.
Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

68 M a n n h e i m
A 2, 1

IHR ZEICHEN	IHR SCHREIBEN VOM	UNSER ZEICHEN / HAUSAPP. (bei Beantwortung bitte angeben)	STUTTGART
		7a Kt / Sp 661	16. Mai 1962

Sehr geehrter Herr Professor,

mit Dank bestätigen wir Ihren Brief vom 2. April, der bei uns am 3. Mai eingegangen ist. Es ist richtig, daß die Städtische Sparkasse und die Städtische Girokasse in Stuttgart ein Buch über die neuere Malerei in der Staatsgalerie herausgegeben haben. Anlaß zu dieser Publikation war der Kauf von 29 Bildern aus der Sammlung Moltzau durch das Land Baden-Württemberg. Das Buch hat die Aufgabe, der Staatsgalerie Stuttgart, die nunmehr zu den bedeutenderen Galerien Deutschlands aufgerückt ist, einen breiteren Freundeskreis zu erwerben. Die Städtische Sparkasse und die Städtische Girokasse sehen darin die Erfüllung einer gemeinnützigen Aufgabe, zu der die Anstalten auf Grund ihrer Satzung verpflichtet sind.

Mit freundlichen Grüßen

STÄDT. SPARKASSE STUTTGART
STÄDT. GIROKASSE STUTTGART
öffentliche Bankanstalt

Jüngling Krauter

den 2. 4. 1962

An die

Leitung der
Städtischen Sparkasse

S t u t t g a r t

Sehr geehrte Herren !

Aus der Presse entnehme ich, daß die Städtische Sparkasse und die Städtische Girokasse in Stuttgart das Buch von Werner R. Deusch "Neuere Malerei in der Staatsgalerie Stuttgart" herausgegeben haben. Da ich mich gerade mit dem Problem der Kulturförderung durch gewerbliche Betriebe befasse, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche Gründe die Städtische Sparkasse und die Städtische Girokasse in Stuttgart zur Herausgabe des Buches veranlasst haben und welches finanzielle Opfer sie dabei bringen.

Mit bestem Dank für Ihre Auskunft und freundlicher Begrüßung

Lh

Neuere Maler

Werner R. Deusch: Neuere Malerei in der Staatsgalerie Stuttgart. Herausgegeben von der Städtischen Sparkasse und der Städtischen Girokasse Stuttgart. W. Kohlhammer Verlag, 126 S., 55 Farbtafeln, DM 89,—

Stuttgarts Staatsgalerie hat in den letzten Jahren eine sensationell rasche und glückliche Erweiterung ihrer Bestände erlebt dank umsichtiger Maßnahmen der baden-württembergischen Landesregierung. Nicht nur hat man dort einen aus beträchtlichen Einnahmen des Staatslottos gespeisten Haushaltstitel zum Ankauf von Spitzenwerken für die Museen, auch private Stifter und Mäzene haben zum Aufschwung der Sammlung beigetragen. Allein zum Erwerb der französischen Bilder der Sammlung Moltzau brachte man 10 Millionen DM auf. Das Beste aus dem Galeriebesitz moderner Malerei — neben einigen Werken aus altem Bestand zumeist Neuerwerbungen — hat Werner R. Deusch in einem farbfunkelnden Bildband zusammengestellt und kommentiert. Es finden sich darunter die wichtigsten Bilder aus der Sammlung Moltzau: Renoir, Gauguin, Cézanne, frühe Bilder Picassos, Werke von Braque, Rouault und Modigliani. Außerdem etliche Impressionisten und gute Beispiele des Expressionismus von Marc, Kirchner, Nolde, Kokoschka, Beckmann. Zu jeder der ganzseitigen Farbtafeln hat Werner R. Deusch einen ebenso knappen wie kenntnisreichen Kommentar gestellt, das Werk und das Wollen des Malers deutend. Die wichtigsten biographischen Angaben über den Künstler sind stets vorangestellt, ausführliche Literaturhinweise zu jedem Bild gegeben. Daß Deusch die Künstler meist auch selbst zu Worte kommen läßt, verleiht dem Text ein Höchstmaß an Authentizität. Der großzügig aufgemachte, sorgfältig gearbeitete Band mit seinen vorzüglichen Farbtafeln — darunter auch mehrere große Bildausschnitte, die genauestens den Pinselduktus zeigen, — kommt so einem Querschnitt durch die moderne Malerei gleich, vermittelt anhand von Einzelbeispielen.

Peter Krieger

Die Kulturpflege in der gewerblichen Wirtschaft

Die freiwilligen sozialen Leistungen einer grossen Zahl von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft sind fast allgemein bekannt. Diese Leistungen haben teilweise, insbesondere bei Grossbetrieben, einen ausserordentlichen Umfang angenommen. Das zeigen die ehrlichem Gewinn-und Verlustrechnungen dieser Betriebe, da neben den gesetzlich vorgeschriebenen sozialen Leistungen auch die freiwilligen sozialen Leistungen in den Jahresabschlüssen der Betriebe ausgewiesen werden. Viel weniger bekannt sind die Aufwendungen von Betrieben für kulturelle Zwecke. Als noch die Einzelunternehmungen im Vordergrund der wirtschaftlichen Organisation standen, haben sich zahlreiche Inhaber solcher Unternehmungen als Stifter und Mäzen hervorgetan. Aufwendungen für solche Zwecke sind aber nicht in den Ergebnisrechnungen der Betriebe in Erscheinung getreten, sondern von den Betriebsinhabern aus ihrem persönlichen Vermögen geleistet worden. Deutschland, vor allem die deutschen Städte, hatten einen grossen Reichtum an solchen Stiftungen für kulturelle Zwecke. Sie dienten vor allem der höheren Ausbildung junger Menschen, der Errichtung von Museen und ähnlicher gemeinnütziger Einrichtungen, auch der Verschönerung der Orte, an denen der Stifter seinen Wohnsitz hatte. Immer wieder gelang es auch vermögenden Industriellen und Handelsherren als Mäzen für einzelne Künstler für die Bereitstellung von Preisen für besondere künstlerische Leistungen und der-gleichen zu gewinnen. Dieses persönliche Stifter- und Mäzenatentum ist heute fast völlig verschwunden. Die Inhaber von Einzelunternehmungen sind durch hohe Steuern in der Verfügung über ihre Geldmittel beschränkt. Auch haben in der modernen Massengesellschaft die öffentlichen Körperschaften viele Aufgaben übernommen, die die Stifter in der Vielzahl der aufgetretenen Bedürfnisse gar nicht mehr hätten erfüllen können und schliesslich haben auch der Gemeinsinn die enge Bindung des Stifters an das Gemeinwesen, in dem er lebte und arbeitete, eine Minderung erfahren.

An die Stelle der persönlichen Stifter und Mäzen sind nun aber in der modernen Gesellschaft in weitgehendem Masse die Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft getreten, insbesondere die Wirtschaftsgesellschaften, die allmählich in unserer Gesellschaft die beherr-

schende Stellung eingenommen haben und über den grössten Umsatz und über die grösste Kapitalkraft verfügen.

Die Leistungen von Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft für kulturelle Zwecke unterscheiden sich von den früheren persönlichen Stiftungen grundsätzlich dadurch, dasss nicht mehr, wie es bei der Mehrzahl der Stiftungen der Fall war, ein Stiftungskapital ausgeworfem wird, aus dessen Erträgnissen der Stiftungszweck erfüllt wurde, sondern dass diese Summen, die ein Unternehmen für kulturelle Zwecke bereitstellt, dem gedachten Zweck unmittelbar in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Das hängt vor allem mit unserer Steuergesetzgebung zusammen, die es gestattet, einen bestimmten Prozentsatz (des Umsatzes ?) für wohltätige und kulturelle Zwecke auszuwerfen und diesen Betrag über Unkosten zu buchen. Diese steuerliche Bestimmung hat sich für zahlreiche Betriebe als Anreiz ausgewirkt, auch für kulturelle Zwecke etwas zu tun.

Zeit Nr. 34 vom 24.8.1962

3/1

Wieviel Arzneimittel soll es geben?

Die pharmazeutische Industrie verteidigt sich

In seinem Beitrag „Siebentausend sind zuviel" kritisierte Professor H. Herxheimer in Nr. 29 der ZEIT die Arzneimittelflut und die hinter ihr stehende pharmazeutische Industrie. Dem Überangebot von Pillen und Mixturen sei der Arzt nicht mehr gewachsen — der Kranke wiederum laufe Gefahr, falsch behandelt zu werden. Der Bundesverband der Pharma-Industrie nahm zu Herxheimers Vorwürfen Stellung; der Autor dagegen verteidigt seine Äußerungen. In der nächsten Ausgabe der ZEIT werden wir Leserzuschriften zu diesem „Thema" veröffentlichen.

Kein Arzt muß die Namen der 7000 Arzneimittel kennen. Es genügt, wenn er von den Gruppen jener Arzneimittel mit gleicher Zusammensetzung, aber verschiedenen Namen jeweils *eines* kennt. Daß gleichartige Präparate von mehreren Firmen unter unterschiedlicher Bezeichnung (Warenzeichen) in den Handel kommen, mag nachteilig empfunden werden, jedoch liegt diese Erscheinung („Konkurrenzkampf") im Wesen der freien Marktwirtschaft. Um im Sinne von Prof. Herxheimer die optimale Mitte zwischen „zuwenig" und „zuviel" zu finden, müßte man vor die Herausgabe eines neuen Arzneimittels die *Bedürfnisprüfung* einschalten. Der Gesetzgeber hat aber bewußt von einer Bedürfnisprüfung abgesehen, weil es kaum möglich wäre, objektive Maßstäbe dafür zu finden.

Zur freien Marktwirtschaft mit dem von Herxheimer in den Vordergrund gestellten Nachteil (zuviele Präparate) gibt es nur eine Alternative: die Planwirtschaft mit einer vorgeschalteten Bedürfnisprüfung. Da man das außerordentlich differenzierte Bedürfnis nach Arzneimitteln nicht berechnen kann, herrscht in den Ländern mit Planwirtschaft häufig ein empfindlicher Mangel an wichtigen Präparaten.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß *Österreich* schon vor längerer Zeit die Bedürfnisprüfung für Arzneimittel eingeführt hat. Immerhin enthält die Liste der Präparate, für die ein Bedürfnis amtlich bescheinigt ist, nach dem Austria Codex 1961/62 ungefähr 5000 Namen (6520 Zubereitungen). Ein Mehr als 5000 hat wenig Nachteile (Belastung der Apotheken und des Großhandels). Ein Weniger als 5000 heißt aber: unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Daher ist ein Zuviel (7000) besser als ein Zuwenig (etwa 3000), vorausgesetzt, daß 5000 tatsächlich die optimale Mitte darstellt. Mit anderen Worten: Es ist eine Erscheinung der freien Marktwirtschaft, daß es jeweils von einer Ware mehr gibt als es dem Bedürfnis entspricht. Die Vorteile des „Zuviels" überwiegen also die Nachteile.

Modifizierte Grundstoffe

Das Beispiel des *Barbiturate* ist von Prof. Herxheimer nicht gut gewählt. Die durch Modifikation des Grundstoffes entstandenen vielfältigen Barbiturate unterscheiden sich durch die *Schnelligkeit*, mit der sie in der Leber abgebaut und im Harn ausgeschieden werden. Daraus resultiert die unterschiedliche Wirkungsdauer und die unterschiedliche Verwendung der „langwirkenden", „kurzwirkenden" und „ultrakurzwirkenden" Barbiturate in der Therapie.

Professor Herxheimer kritisiert die *„überstürzte Variation eines pharmakologischen Grundstoffes"*:

Hier verkennt er die großen Vorteile des harten Konkurrenzkampfes. Nicht die Schnelligkeit der Entwicklung eines neuen Medikamentes entscheidet den Kampf um den Markt, sondern *einzig und allein die Qualität*. Minderwertige Ware kann sich nur dort auf dem Markt halten, wo es keine Konkurrenz gibt. Eine pharmazeutische Firma, die nach einer „überstürzten Variation eines Grundstoffes" ein Präparat herausbringt, das lediglich „die Gefahr der Vergiftung für den Patienten" (Herxheimer) ausschließt, wird bald deutlich spüren, daß die Ärzte auf die Dauer keine Präparate verschreiben, die tatsächlich wirkungslos sind.

Professor Herxheimer rügt die *„ungenügende experimentelle Vorbereitung eines Medikamentes", so beim Dexamethason.*

Auch dieses Beispiel ist nicht gut gewählt, denn alle Firmen, die unter verschiedenen Warenzeichen Dexamethason vertreiben, führen Tabletten mit der einheitlichen Grunddosis von 0,5 mg. Einige haben daneben noch Tabletten mit 1,0 oder 1,5 mg. Die Grunddosis von 0,5 mg entspricht dem Bedürfnis dc. Arztes. Die individuelle Dosierung muß ihm überlassen bleiben. Wenn Prof. Herxheimer diesen Tatbestand als Folge einer ungenügenden Vorbereitung des Medikamentes bei der pharmakologischen und klinischen Prüfung deutet, verkennt er die freie Entscheidungsmöglichkeit des Arztes über Verwendung und Dosierung eines Arzneimittels. Die Vorschläge für die Dosierung werden übrigens nicht vom Hersteller in der Fabrik, sondern vom *Kliniker* bei der klinischen Prüfung am Menschen ermittelt. Fehlbehandlungen können daher der pharmazeutischen Industrie nicht angelastet werden, da sie nicht behandelt. Im Austausch der Erfahrungen über ein neues Medikament zwischen klinischem Prüfer und Hersteller werden stets die Bedürfnisse der Klinik berücksichtigt. Die kommerziellen Interessen des Herstellers spielen sich automatisch auf die medizinischen Interessen des Arztes ein, da der Arzt das letzte Urteil über die Qualität eines Arzneimittels spricht.

Wertlos oder überflüssig ...

Die meisten kombinierten Präparate seien „wertlos oder überflüssig", meint Prof. Herxheimer. Das zu behaupten ist sein gutes Recht. Wir machen nur darauf aufmerksam, daß es sehr bedeutende Kliniker gibt, die genau die gegenteilige Ansicht vertreten, so der Marburger Professor *E. H. Bock* in Heft 4 (1962), der „Monatskurse für die ärztliche Fortbildung".

Da der Staat die Arzneimittelherstellung nicht in eigene Regie übernommen hat und karitative Verbände andere Aufgaben haben, liegt die Entwicklung und die Herstellung von Arzneimitteln in den Händen der *privaten Industrie*. Würden die Firmen nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt, gäbe es sehr bald überhaupt keine Arzneimittel mehr. Gegen die Gefahr, daß pharmazeutische Firmen aus lauter *Profitgier* die Menschen vergiften, hat der Gesetzgeber im § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 16. Mai 1961 bestimmt: „Es ist verboten, Arzneimittel ... in den Verkehr zu bringen, wenn sie geeignet sind, ... schädliche Wirkungen, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen ..., hervorzurufen".

Herxheimer behauptet, daß Millionen für die Werbung ausgegeben werden, um „unnötige und unwirksame Präparate in größten Mengen an den Mann zu bringen." Wer bestimmt, was nötig und was unnötig ist? Leute, die nicht Golf spielen, halten Golfplätze für unnötig. Sind elektrische Kühlschränke unbedingt nötig? Unsere Vorfahren kamen ohne sie aus. Würde eine staatliche Be-

Schulden

Börse voller Zweifel

Zeit Nr. 34 vom 24.8.1962

3/2

hörde beauftragt, alles aus Gründen der Rationierung zu verbieten, was nach ihrer Meinung unnötig ist, dann würde wahrscheinlich von unserer Zivilisation nur das übrig bleiben, was jene Behördenvertreter persönlich benötigen. Die „Aufdringlichkeit" der Werbung gehört zu unserem Wirtschaftssystem. Sie läßt sich nur durch staatliche Eingriffe beseitigen. Dann hätten wir aber an Stelle der „Aufdringlichkeit" der Werbung die Aufdringlichkeit des Staates, der alles verbietet, was ihm „unnötig" erscheint. Wer je unter einer Diktatur gelebt hat, zieht die „Aufdringlichkeit" der Werbung als das geringere Übel vor. Sie ist ungefährlich und beläßt uns die Freiheit, unter einem großen Angebot an Ware auszuwählen.

Eine behördliche Rationierung der Werbung ist unmöglich; desgleichen kann der Staat nicht in die Gestaltung der Werbung eingreifen. Er hat andere Aufgaben. Außerdem gibt es für Fragen des Geschmacks keine verbindliche Norm. Laienwerbung für rezeptpflichtige Arzneimittel ist verboten. Betrügerische Werbung ist ebenfalls verboten. Richtlinien für die Arzneimittelwerbung hat der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie freiwillig aufgestellt. Eine gesetzliche Regelung ist in Aussicht genommen.

Ein Arzt, der ungebetene Arztbesucher als lästig empfindet, darf von seinem Hausrecht Gebrauch machen und sie nicht empfangen.

Wahrheit in der Reklame?

Prof. Herxheimer bemängelt *die „wissenschaftliche Wahrheit"* der Heilmittelreklame und stellt fest, daß sich gewisse Behauptungen über die Wirkung von Arzneimitteln mit der Zeit ändern. Er führt das Beispiel der Dosierung von Vitamin B 1 an. Früher seien 2 mg, heute würden 100 mg empfohlen. Die empfohlene Dosis für Vitamin C sei von 25 mg auf 1000 mg angestiegen. Dazu ist zu sagen: Abgesehen von der Entdeckung neuer Indikationen, die höhere Dosierung verlangen, haben sich die Erkenntnisse über den täglichen Vitamin-Bedarf geändert. Die Werbung richtet sich nach dem jeweiligen Stand des Wissens. Dagegen ist wohl nichts einzuwenden. Der Stand des Wissens ist von der Intensität der Forschung abhängig. Es liegt im Wesen der Forschung, neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln und die alten Erkenntnisse als überholt aufzugeben. Daß die Werbung diesem Erkenntnisweg folgt, darf als vernünftig und logisch angesehen werden. Die Werbung kann unmöglich die Irrtümer der Forschung von heute eher erkennen als die Forscher selbst.

Der Arzt ist nicht „der Kunde der Industrie", sondern ihr Richter. Die Industrie stellt in der Regel ein neues Präparat nur dann her, wenn zuvor aus Ärztekreisen die Anregung dazu gegeben wurde. Auch Anregungen zu Änderungen der Dosis und der Zusammensetzung der Präparate kommen aus Ärztekreisen. Wenn ein Präparat nicht den Anforderungen der Praxis genügt, verschwindet es von selbst.

Die Werbung soll für ein Präparat Vertrauen erwecken. Sie soll nicht die Kritikfähigkeit der Ärzte untergraben. Wer annimmt, die Ärzte könnten „Handlanger" der Industrie werden, setzt voraus, daß die Ärzte ihre Kritikfähigkeit verloren haben. Wir belassen Herrn Prof. Herxheimer die bittere Meinung, die er in seinem Aufsatz „Siebentausend sind zuviel" von der deutschen Ärzteschaft und ihrer Entscheidungsfreiheit zum Ausdruck gebracht hat. Wir aber können nur versichern, daß die deutsche pharmazeutische Industrie von den deutschen Ärzten eine bessere Meinung hat.

Professor Herbert Herxheimer antwortet darauf:

Der Bundesverband übersieht, daß in Wirklichkeit 23 300, nicht 7000 Arzneimittel in Deutschland auf dem Markt sind. Warum sollte in Deutschland eine Bedürfnisprüfung nicht möglich sein, wenn es in Österreich geht, wo 6520 Zubereitungen in sehr liberaler Weise anerkannt sind? Wenn der Gesetzgeber im Interesse der freien Wirtschaft die Bedürfnisprüfung bisher nicht eingeführt hat, so wird ihm in Zukunft wohl kaum etwas anderes übrig bleiben. In den Vereinigten Staaten, wo ähnliche Verhältnisse herrschen, liegt dem Senat jetzt ein Gesetzentwurf vor, der die Zulassung eines Mittels nicht (wie bisher) von seiner *Unschädlichkeit,* sondern auch von seiner *Wirksamkeit* abhängig machen will. Wenn es nicht wirksamer ist als andere ähnliche Mittel, muß das Bedürfnis verneint werden.

Ich hatte in meinem Aufsatz ausdrücklich betont, daß Modifikationen — wie z. B. bei den *Barbituraten* — auch Verbesserungen bringen können. Dies rechtfertigt aber nicht die sogenannten „molekularen" Änderungen, die die Wirkung nicht wesentlich beeinflussen, aber die Zahl der Produkte verhundertfachen, weil jede größere Firma ihr eigenes Spezialpräparat zu haben wünscht. Diese sinnlose Vervielfältigung haben wir an vielen Beispielen erlebt, so bei den *Antihistaminen* und letzthin bei den *Wasserausschwemmern.* Solche Präparate bilden sogar eine latente Gefahr, da man nie wissen kann, ob sie nicht auf lange Sicht toxisch wirken.

Es handelt sich auch nicht darum, in welcher Dosierung Dexamethason *jetzt* im Handel ist, sondern wie es *bei seiner Einführung* dosiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt war es am Menschen so wenig ausprobiert, daß die am Wettrennen beteiligten Firmen ihre Dosierung auf unzureichenden Angaben basieren mußten, und die Tabletten variierten von 0,5 über 0,75 und 1,0 bis 1,5 mg. Erst nachträglich wurde durch klinische Untersuchungen, an denen auch ich beteiligt war, das therapeutische Verhältnis zu den bisherigen Corticoiden und damit die erforderliche Dosierung ermittelt. Es ist eigentümlich, daß der Bundesverband in einem solchen Fall die Dosierung der „freien Entscheidungsmöglichkeit des Arztes" überlassen will. Soll etwa der Praktiker mit einer unbekannten Substanz herumprobieren?

In der Verurteilung der großen Masse überflüssiger Kombinationen als *wertlos* gehe ich mit meinen pharmakologischen Kollegen völlig einig. Wenn ein einzelner Kliniker in einem vielleicht unbedachten Moment eine bestimmte Kombination fordert, so muß er dabei übersehen haben, daß er für verschiedene Kranke eine ganze Reihe verschiedener Kombinationsdosierungen benötigt. Die Kombinationen sind der große Tummelplatz der Industrie. Dazu braucht man kein großes Laboratorium: Man fügt einfach dem *Jodkali* ein bißchen *Ephedrin* und *Guajacol* zu; dann kommen noch ein paar Vitamine hinein, und schon hätten wir ein erstklassiges Spezialpräparat, bestehend „aus harmonisch abgestuften, synergistisch wirksamen Naturstoffen". Oder wie wäre es mit Televisan-Augentropfen? Die gibt es wirklich in der Roten Liste „gegen Ermüdung beim Fernsehen"! Es ist vielleicht von Bedeutung, daß die großen pharmazeutischen Werke sich bis vor wenigen Jahren von Kombinationen im wesentlichen ferngehalten haben. Dies war ein Spezialgebiet kleinerer Firmen, die sich anscheinend in den letzten Jahren erheblich vermehrt haben (eine Statistik hierüber wäre sicher interessant) und offenbar damit so gut verdienen, daß die „Großen" ebenfalls daran Geschmack bekommen haben.

Von Profitgier der Industrie habe ich nicht gesprochen. Die Industrie soll gut verdienen, und sie soll weiter in freiem Wettbewerb versuchen, neuartige Mittel zu finden. Jede Arbeit ist ihren Lohn wert. Die Gewinnspannen aber, die der Industrie in den Vereinigten Staaten nachgewiesen worden sind — der Senatsunterausschuß unter Senator *Kefauver* hat das Verdienst, diese Verhältnisse in monatelangen Verhören von Industriedirektoren, Ärzten und Pharmakologen aufgeklärt zu haben, und jeder kann seine 25 und mehr Protokollbände nachlesen — bedeuten eine Ausbeutung des Publikums oder der öffentlichen Hand. Nicht umsonst ist der Wert der Aktien pharmazeutischer Werke in den USA unverhältnismäßig gestiegen.

Es handelt sich in meiner Kritik nicht um die Werbung für Golf oder Kühlschränke, sondern um Arzneimittel, die eng mit der Volksgesundheit verknüpft sind. Der Werbung auf diesem Gebiet müssen daher Grenzen gesetzt werden, die auf anderen Gebieten unnötig sind. Der Bundesverband gibt doch zu, daß die Ware, für die geworben wird, verkauft wird. Dies ist richtig — und wie geworben wird, sieht man an den riesigen Summen, die dafür aufgewandt werden. 750 Millionen Dollar in den Staaten in einem Jahr für Werbungskosten der Pharmaindustrie ist eine Menge. Der Bundesverband schweigt darüber, wieviel dafür in Deutschland ausgegeben werden.

Jede Ware, für die intensiv genug geworben wird, wird auch verkauft. Dies liegt weniger an den Ärzten als an dem Geschick und der Stärke der Werbung. Wir wissen, daß man eine Ware mundgerecht machen kann, auch ohne „betrügerische Behauptungen" aufzustellen. Sonst wäre es jetzt nicht nötig, einen Gesetzentwurf zu beraten, der die *Arzneimittelwerbung* regelt. Offenbar waren die freiwilligen Richtlinien des Bundesverbandes nicht ausreichend. Was soll man dazu sagen, daß eine große Firma ein ausgezeichnetes Mittel, das *nur* gegen eine ziemlich seltene Blutkrankheit hilft, auch gegen die „morgendliche Müdigkeit der Schulkinder" anpreist? Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Werbung muß auf Tatsachen beruhen, und jede Möglichkeit der Irreführung muß ausgeschlossen werden.

Nein, ich habe keine „bittere Meinung" von den Ärzten. Wir sind ein Kollektiv, wie andere, und wir sind auch nur Menschen. Ich bin nicht einmal „bitter" gegen die Industrie, die ja versuchen muß, so viel Geld wie möglich zu verdienen. Das mindeste aber, was wir Ärzte verlangen können, sind die Mittel, die uns eine objektive Meinungsbildung erlauben, unbeeinflußt von Verdienstmotiven. Wir brauchen eine *Food and Drug Administration* wie in den Staaten. Sie hat die USA vor der Einführung des *Contergans* beschützt und wird jetzt mit größeren Geldmitteln und Vollmachten ausgestattet werden. Etwas Gleichwertiges sollte sich auch in Deutschland erreichen lassen.

Nr. 34 vom 24. 8. 1962
3/3

Die kulturellen BASF-Veranstaltungen 1962/63

Sieben Kammerkonzerte, Theater, Dichterlesung, „Bunte Reihe" und anderes

Abgesehen von den Sinfoniekonzerten des Pfalzorchesters, die von der BASF gemeinsam mit der Stadt Ludwigshafen veranstaltet werden – wir berichten darüber in 14 Tagen –, sind auch im kommenden Winter sieben Kammerkonzerte die Krone der kulturellen BASF-Veranstaltungen. Die Reihe beginnt am 3. Oktober mit dem ersten Gastspiel des amerikanischen Fine Arts Quartet im kurpfälzischen Raum. Die Künstler spielen Werke von Haydn, Schostakowitsch und Mendelssohn. Das von Karl Ristenpart geleitete Saarländische Kammerorchester hat auf seinem Ludwigshafener Programm Kompositionen von Bach, Stamitz und Mozart stehen; Solisten sind Karlheinz Zöller (Flöte) und Georg Friedrich Hendel (Violine). Das Quartetto di Roma kommt mit Klavierquartetten von Mozart, Dvorak und Brahms ins Feierabendhaus. Der Cembalist Ralph Kirkpatrick, der 1947 in der Wandelhalle des Mannheimer Rosengartens gastierte, tritt bei der BASF mit Kompositionen von Chambonnières, Bach, Rameau, Couperin und Scarlatti auf. Das Koeckert-Quartett bietet Werke von Haydn, Beethoven und Dvorak dar, das Quintetto Chigiano Klavierquintette von Boccherini, Malipiero und Brahms. Der letzte Abend ist dem Amadeus-Quartett vorbehalten; es bringt Mozart-, Beethoven- und Schumann-Streichquartette. Die genannten sieben Abende kollidieren in keinem Fall mit der Mannheimer Hoffmeister-Reihe. Sie können, wie sämtliche anderen kulturellen BASF-Veranstaltungen, von jedermann besucht werden.

Als Theateraufführungen gemeinsam mit der Stadt Ludwigshafen bereitet die BASF einen Abend des Wiener Burgtheaters mit Shaws Komödie „Don Juan in der Hölle" vor, einen Abend mit der Schauspieltruppe Zürich, die Kleists „Penthesilea" spielt, und einen Abend mit dem Düsseldorfer Schauspielhaus, das mit Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Vor Sonnenuntergang" kommt. Mitwirkende sind an diesen drei Abenden Ewald Balser, Josef Meinrad, Maria Becker, Will Quadflieg, Ernst Deutsch und andere. In der Werksbücherei wird das Zimmertheater Heidelberg spielen. Zwei musikalische Sonderveranstaltungen sind für den Weihnachtsmonat und den 1. Februar vorgesehen: Die „Camerata Instrumentale" (Bläser mit Cembalo) und der Organist Fernando Germani, Rom, sind die Interpreten.

Die BASF plante für den kommenden Winter weniger kulturelle Werkveranstaltungen als bisher. Den einzigen Lichtbild- und Filmvortrag wird Luis Trenker halten. Die einzige Dichterlesung gilt Horst Wolfram Geissler. Für einen literarischen Abend gewann man Willy Reichert, dessen Darbietungen vom Rundfunkorchester des Südwestfunks unter der Leitung von Emmerich Smola umrahmt werden. In der „Bunten Reihe" treten zunächst Operettensänger des Karlsruher Staatstheaters kostümiert in Operetten- und Ballettszenen auf. Elfie Mayerhofer (Sopran), Anton Dermota (Tenor) und der Bassist Oskar Czerwenka von der Staatsoper Wien singen in einem festlichen Herbstkonzert. Das bekannte musikalische Lustspiel „Feuerwerk" wird von Kräften des Komödienhauses Düsseldorf, darunter prominenten Darstellern aufgeführt. Auf eine weitere Aufführung (Oper oder Operette) folgt das erste Gastspiel des Clowns Dimitri, dem die heute selten gewordenen Fähigkeiten eines Grock nachgesagt werden. Das jugoslawische Nationalballett Kolo und eine große Varieté-Schau beschließen im März 1963 die „Bunte Reihe" der BASF. Acht Abende im Jugenddorf Limburgerhof, wo rund 600 junge Leute wohnen, bieten Kammermusik (mit Pfälzer Nachwuchssolisten), Kabarett, Varieté und andere Unerhaltung. Zu diesen acht Abenden im Gemeinschaftssaal des Jugenddorfs ist der Eintritt frei.

-ein

Record
Player

4. 8. 1962

3/1

Der Turm der Verständigung

Axel Wennergrens Wirtschafts-Imperium gehört der wissenschaftlichen Forschung / Von Heinrich Satter

Vom Dachgarten im 25. Stock des Wolkenkratzers sieht man, ins Spielzeughafte verkleinert, die Autokolonnen auf Sveavägen, der breiten Straße, die durch halb Stockholm hinunterführt zum uralten Herzen der Stadt: Königsschloß, Reichstag, das Meer und der Mälarsee, große und kleine Seen, Inseln und Flüsse . . . Und hier, wo die Stadt zu Ende ist, beginnen die endlosen Wälder des Nordens: Kiefern, Birken, Moosteppiche, dazwischen in schweren Platten glatter, von Urweltgletschern abgeschliffener Granit. Die Architekten des Riesenhauses hatten Pech. Ausgerechnet dieses Baugelände, das die Stadt Stockholm gestiftet hat, liegt nicht auf gewachsenem Fels: So hat der Bau noch einige Millionen zusätzlich verschlungen, fast 40 sind es insgesamt, die Axel Wennergren gestiftet hatte, Europas größter Mäzen der Wissenschaft. Es ging ihm dabei nicht um irgendein neues Objekt, die Gesamtsumme seiner Stiftungen erreichte noch zu seinen Lebzeiten 150 Millionen Kronen, es ging ihm hier um die Zentrale, um die Zusammenfassung zahlreicher, vornehmlich in Schweden und in den Vereinigten Staaten verstreuter Objekte. Der „Turm", dieses Hochhaus aus Glas, Stahl, Beton, eines der schönsten Wahrzeichen Stockholms, ist der Turm der Verständigung, der wissenschaftlichen und menschlichen Kooperation. 250 Gelehrte, darunter auch eine erhebliche Anzahl aus dem Ostblock, wohnen mit ihren Frauen und Kindern in dem vierstöckigen Wohngebäude, das den Turm halbkreisförmig umgibt. Im Hochhaus haben sie ihre Konferenzräume, Bibliotheken, Restaurants, hier sind die Büros der Wennergren-Stiftungen, in- und ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften, des Kanzlers der schwedischen Universitäten, der Nobelstiftung.

Für die praktische Arbeit stehen sämtliche Institute und Laboratorien in Stockholm und der nahegelegenen Universitätsstadt Uppsala zur Verfügung. Ihre Kapazität ist, für eine Stadt von 900 000 und ein Land von knapp acht Millionen Einwohnern, enorm. Allein das Karolinska Institutet ist eine Stadt für sich. Es ist die medizinische Fakultät der Universität Stockholm, aber es ist älter als sie, sozusagen die Mutter der alma mater. Dreitausend Patienten sind hier untergebracht, zweitausend Forscher, Ärzte, Assistenten arbeiten und fast ebensoviele Studenten lernen hier. Es ist das Modell eines medizinischen Heil- und Forschungszentrums, wie es auf der Welt kaum ein zweites Mal zu finden ist. Auch seine Finanzierung kann als Muster dienen. Große Mäzene auf der einen Seite — Nobel, Wennergren, die Bankiersfamilie Wallenberg an der Spitze — und der Staat auf der anderen Seite. Er übernimmt gewöhnlich nach einer gewissen Zeit die Stiftungen in eigene Regie. Oder er beteiligt sich, in einem Umfang, der durch die Faustregel bestimmt wird: für jede private Krone eine von Staats wegen!

Das Lehrerkollegium des Karolinska Institutet hat auch die Ehre, über die Vergebung des medizinischen Nobelpreises zu entscheiden. Es ist eine mühselige Ehre. Der Stifter hatte sich vor mehr als 60 Jahren vorgestellt, man werde für jeden der vier Preise nur einen Fachmann benötigen, der die Leistungen des Jahres zu prüfen und dem Kollegium seine Vorschläge zu machen hätte. Heute ist der jährliche Anfall bedeutender Forschungsergebnisse so ungeheuer angeschwollen, daß Dutzende namhafter Gelehrter sich um eine einigermaßen gerechte Verteilung der berühmten Preise bemühen. Sie treffen ihre Entscheidungen nach bestem Wissen, natürlich immer ehrenamtlich, und es gibt noch nicht einmal eine offizielle Anerkennung für sie.

Wenn wir den Stil, in dem hier in Stockholm gearbeitet wird, diese Synthese zwischen dem Wissenschaftlichen und dem Finanziellen als vorbildlich empfinden, so ist da mit „150 Jahre Frieden" und „glückliches Schweden" nicht viel erklärt. Niedrige Bevölkerungszahl bedeutet auch Schwierigkeiten, vor allem in der wissenschaftlichen Praxis. Nur ein einziges Beispiel: der deutsche, vor allem aber der englische und amerikanische Forscher braucht keine einzige Fremdsprache zu lernen — der junge Schwede jedoch muß in der Regel bereits vier Sprachen beherrschen, bevor er überhaupt mit dem Forschen anfangen kann: seine eigene, die englische, die französische und die deutsche! Es gibt kaum wissenschaftliche Übersetzungen ins Schwedische; würde man welche herausgeben, so müßte der einzelne Band viele hundert Kronen kosten, so klein wären die Auflagen.

Den schwedischen Wissenschaftlern fällt nichts in den Schoß, und den schwedischen Mäzenen ebensowenig. Alfred Nobels Karriere ist bekannt, die Axel Wennergrens ist nicht minder hart gewesen. Er hat als kleiner Angestellter mit einer Mark Stundenlohn angefangen, und sein erster Versuch, sich selbständig zu machen, endete mit einem Bankrott. Er hat sein Wirtschafts-Imperium aus dem Nichts aufgebaut. Er hat geschuftet wie ein Galeerensklave, und er hat dabei die entscheidenden technischen und verkäuferischen Ideen gehabt, die man nicht erzwingen kann. Er hat sich in seiner Jugend als Chauffeur verdingt, als es noch kaum Autos in Schweden gab — obwohl er gar nicht fahren konnte. Er knallte gegen eine Mauer und wurde sofort entlassen. Er flog zum erstenmal mit einem Privatflugzeug, das einem Freund gehörte, beanspruchte nach einer halben Stunde den Führersitz, bekam ihn auch, steuerte, wie einer es eben tut, der keine Ahnung hat, weil er das Fliegen nur vom Zuschauen kennt, drehte sich um und sah das bleiche Gesicht des Freundes . . . „Du hast doch nicht etwa Angst?" fragte er.

Als der Tod wirklich zu ihm kam, glaubte sein Freund Theorell ihn am Abend vor der schweren Operation beruhigen zu müssen. Ob er nicht ein Schlafmittel wolle . . . Wennergren schaute ihn an: „Schlafmittel? Ich habe doch nie welche gebraucht . . . Warum denn dann heute?" Drehte sich um und war schon eingeschlafen.

Er starb, weil er so gesund gelebt hatte und so wunderbar „erhalten" war. Alle großen Ärzte und Forscher, die ihn umgaben, hatten den Magenkrebs nicht rechtzeitig erkannt. Als sie dann Bescheid wußten, waren sie fassungslos, wie rasch das Leiden den Achtzigjährigen überwältigte. Denn in diesem Alter stirbt man überhaupt nicht mehr an Krebs, oder zumindest dauert es sehr, sehr lange. Wennergrens Körper aber war eben nicht der eines Achtzig-, sondern der eines Sechzigjährigen.

Warum dieser Professor Dr. Hugo Theorell Wennergrens Freund geworden ist? Vor allem wohl, weil er ähnliche Eigenschaften besitzt, nur auf andere Gebiete angewandt. Er hat seit seinem zweiten Lebensjahr an den Folgen der Kinderlähmung zu tragen, und er ist mit seinem schweren Schicksal nicht nur fertig geworden, er hat es zu einer Quelle erhöhter Kraft und vermehrter Leistung gemacht. Auch ist er ein glänzender Organisator — was sich schon daran zeigt, daß er für jeden und für alles Zeit hat, was ihm wesentlich erscheint.

4. 8. 1962

3/2

Er arbeitete schon im Jahre 1933 bei Otto Warburg in Berlin, und seine erfolgreichen Versuche, das alte gelbe Enzym in reiner Form herzustellen und zu zeigen, daß es aus zwei Komponenten besteht, sind längst klassisch geworden. Er hat mit den komplizierten magnetischen und spektral-optischen Methoden, mit mathematischen Berechnungen, mit raffinierten, meist für den jeweiligen Zweck von ihm neu ersonnenen Versuchsanordnungen dem Wirken der Enzyme nachgespürt, deren Anwesenheit für alle Verbrennungsvorgänge, also vor allem für die Atmung, für die Umsetzung von Nahrung in Energie und Wärme, unerläßlich ist. Theorell wirkte lange in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion, er leitete die Schwedische Medizinische Forschungsgesellschaft, und dem Nobel-Institut für Biochemie steht er noch heute vor. Er erhielt 1955 den Nobelpreis für Medizin. Und er hat neben den Untersuchungen der Grundlagenforschung nie die praktischen Anwendungsmöglichkeiten außer acht gelassen. Eine von vielen war die besondere schwedische Methode zur Bestimmung des Alkoholgehalts im Blut.

Noch weniger aber hat er jemals die großen Zusammenhänge aus den Augen verloren. Auf die frühe Epoche, in der der menschliche Körper mehr oder weniger terra incognita war, war die große Pionierzeit gefolgt, in der Virchow, Pasteur, Koch, Behring, Ehrlich die Kenntnis vom Körper, seinen Funktionen und seinen Krankheiten mächtig erweiterten. Die Chemotherapie, von Paul Ehrlich begründet, von Gerhard Domagk um entscheidende Erfolge bereichert, hatte die dritte Epoche eingeleitet. Die technischen Hilfsmittel verbesserten sich mit ungeheurer Schnelligkeit. Sie boten die Möglichkeit, in die Bereiche des Ultra-Kleinen vorzustoßen, in die Größenklasse der millionstel Millimeter, und den von den Pionieren erahnten „Chemismus des Lebens" bis in Einzelheiten hinunter zu studieren, von denen man sich zwei Generationen früher nichts träumen ließ.

Hugo Theorell, am 6. Juli 1903 in Linköping geboren, war nach dem Abiturium noch unschlüssig gewesen, ob er Mediziner oder Musiker werden sollte. Er war Konzertmeister des Stockholmer akademischen Orchester-Vereins, er spielte mit seiner Frau, einer bedeutenden Pianistin, im Stockholmer Rundfunk, und zwar nicht nur um der Kunst, sondern auch um des Honorars willen, was zuzugeben er sich niemals gescheut hat. Axel Wennergren aber war, als er diesem Mann begegnete, schon nicht mehr ein Wirtschafts-Zar. Er war so stark geworden, daß er über seinen eigenen Schatten springen konnte. Das Industrie- und Finanz-Imperium ausbauen, immer weiter, bis zum Tode und auch dann noch durch seine Nachfolger? Gelegentlich ein paar wohltätige Stiftungen, um das Gewissen zu beruhigen? Mit dem Erfolg, daß auch Mammut-Almosen, geschickt von der Steuer abgesetzt, am Ende nur noch das Vermögen mehrten? Das mochte für andere gut sein. Wennergren beschloß, seine ganze Macht dort anzuwenden, wo sie am nötigsten war: im Reich der Wissenschaft. Hier stimmte nach seiner Meinung etwas nicht. Die Kräfte, die der Technik und dem Handel dienten, der industriellen Ausstattung, dem Aufbau gigantischer Trusts, sie rissen fast alle Mittel an sich, und die Forscher, die für sie arbeiteten, wurden zu Handlangern dieser Aufgaben. Die Grundlagenforschung, vor allem die biologische und die medizinische, kam zu kurz.

So begann Wennergren, in seinen Stiftungen nicht mehr Nebenprodukte, sondern seine Hauptaufgabe zu sehen. Es genügte ihm nicht mehr, daß seine Schöpfungen zum Teil außerordentliche Erfolge aufzuweisen hatten, zum Beispiel die ältesten menschlichen Skelettfunde und die Anwendung des Kohlenstoff-Isotops 14 zur Altersbestimmung vor- und frühgeschichtlicher Funde, die entscheidende Bedeutung in der Archäologie erlangte. Er wollte nicht mehr nur an einzelnen Punkten wirken — er suchte die Zusammenfassung, die große Synthese. Es war eine entscheidende Stunde, als Wennergren mit Hugo Theorell zusammentraf, damals schon ein Fürst der Wissenschaft, und wie kaum ein anderer geeignet, Vollstrecker umfassend angelegter Pläne zu sein. Axel Wennergren wurde damals außer von schlichten Schnorrern auch von utopischen Plänemachern jeder Provenienz umlagert. Ein Fall für viele: nach dem Zweiten Weltkrieg überredete ihn eine mexikanische Gruppe, in Mexico City eine „Universität für den Weltfrieden" zu gründen. Theorell war gerade mit seiner Frau zu Gast in Wennergrens Villa auf den Bahama-Inseln. Er hörte von dem Projekt, er wußte sofort, daß aus dem großartig erscheinenden Plan nichts Vernünftiges werden konnte. Am nächsten Tag kam ein anderer Schwede und alter Wennergren-Freund: Dag Hammarskjöld. „Du mußt mit ihm reden!" sagte Theorell. Der UNO-Generalsekretär tat es.

Professor Hugo Theorell Foto Bror Karlsson

Und wieder um einen Tag später war das aussichtslose Vorhaben für immer begraben. Der Weg war frei für das Stockholmer Großprojekt.

Wennergren formulierte sein Glaubensbekenntnis: Wissenschaftliche Forschung kann die Menschheit frei und glücklich machen; man muß gemeinsam arbeiten, gemeinsam forschen, man muß vor allem einmal miteinander reden; man muß das Spezialistentum in der Wissenschaft bremsen, man muß nicht nur die Angehörigen der verschiedenen Länder und Völker, sondern auch der verschiedenen Forschungszweige zusammenführen.

Er hat die Fertigstellung des „Wennergren-Center" nicht mehr ganz erlebt. Aber er hat seine Überzeugung von dem, was not tut, vor seinem Tode besiegelt. Er hat nicht nur geredet und geschrieben, er hat gehandelt. Er hat seine engsten Mitarbeiter, den Finanzexperten Birger

4. 8. 62

3/3

Strid und Hugo Theorell zu Exekutoren eines Testaments bestimmt, daß einmalig ist: das Wirtschafts-Imperium Wennergren, dessen Gesamtwert kaum unter einer Milliarde DM liegen dürfte, gehört der wissenschaftlichen Forschung. Vom Elektrolux-Konzern, der die ersten Staubsauger und Kühlschränke in großen Serien herstellte, über Bergwerke, elektronische Großrechenanlagen, Zellulose- und Glühlampen-Fabriken, unermeßliche Wälder, umfangreiche Objekte in Kanada und Mexiko und vieles andere bis zur vieldiskutierten Alweg-Bahn und zum Ferienparadies auf den Bahama-Inseln, das Wennergren aus dem Boden gestampft hat.

Ein solcher Besitz kann natürlich nicht „einfach verkauft" werden. Es werden zunächst nur diejenigen Objekte abgestoßen, die am Rande liegen. Die Hauptsäulen werden vorläufig bleiben, aber auch ihre Erträge werden der Wissenschaft gehören. Bleiben werden vorläufig auch die Wohnungen, Villen und Landgüter und die Gemäldesammlung. Dies alles steht Marguerite Wennergren, der Witwe, zur Verfügung. Bis zuletzt verging keiner der unzähligen Tage, an denen Wennergren unterwegs war, ohne daß er ihr nicht einen Gruß geschickt hätte, brieflich, telegrafisch oder telefonisch. Sie wird ihr Leben als die große Dame beschließen, die sie schon vor fünfzig Jahren gewesen ist, als bekannte Opernsängerin, noch bevor Wennergren sie kennenlernte. Und mehr will sie nicht. „Ich werde, wenn es einmal soweit ist, genau soviel mitnehmen können wie mein Mann, nämlich gar nichts!" sagt sie. „Und Kinder haben wir keine — darum soll das Vermögen dort hinkommen, wohin es gehört, und wie mein Mann es gewünscht hat . . .!"

So wird es geschehen. Birger Strid und Hugo Theorell bauen an Wennergrens Monument. Es läßt sich nur ahnen, welche gewaltigen Impulse von dieser gezielten Aktion des Mäzenentums noch ausgehen werden. Im Wennergren-Center wird nichts verzettelt, man hängt keinen Utopien nach. Medizin, Biologie, Anthropologie werden Hauptarbeitsgebiete bleiben, aber es werden nicht die einzigen sein.

Theorell ist, wir sagten es schon, ein Mann, der die Fähigkeit zur Synopsis noch nicht verloren hat. Ein anderer könnte die Aufgabe gar nicht bewältigen. Seine Meisterstücke als Forscher hat er längst abgelegt; er darf es sich erlauben, auch Träumen nachzuhängen, schöpferischen Träumen, die seit je die Menschheit vorangebracht haben.

Theorell liebt, wie einst Einstein, seine Geige, wenn er auch nicht mehr im Rundfunk-Orchester spielt. Aber es kann vorkommen, daß prominente Gäste zu Besuch sind, wie etwa Mr. Hutterer, der als Vertreter der Rockefeller-Foundation mit dem Professor über weltweite Projekte sprechen will.

„Verhandeln die Herren immer noch?"

Die Sekretärin lächelt. „Sie haben noch gar nicht damit angefangen — vorläufig musizieren sie!"

Richtig, Hutterer ist ja ein ausgezeichneter Pianist . . .

„Was spielen sie denn?"

„Ich glaube, sie sind mit der Mozart-Sonate eben fertig. Jetzt spielen sie Beethoven . . ."

Es ist sehr schwer, sich etwas Ähnliches etwa in Deutschland vorzustellen. Obwohl auch bei uns vielleicht noch der eine oder andere vielbeschäftigte Forscher ein Musikinstrument spielen kann. Aber das „Können" macht es nicht. Es ist das ausgewogene Leben, das Erfüllen der Goetheschen „Forderung des Tages" — ohne jemals von ihr aufgefressen zu werden. Es wäre denkbar, daß der Stil zu leben und zu arbeiten, vom Dioskurenpaar Wennergren-Theorell vorgelebt vor aller Welt, eine fortzeugende Kraft entwickelte und die hier praktizierte Rangordnung der Werte beispielgebend werden könnte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 11.8.1962

3/1

Die Carl-Zeiss-Stiftung legt erstmals Bilanzzahlen vor

Über eine halbe Milliarde DM Fremdumsatz / Für die Forschung werden bei Zeiss mehr als zehn Prozent des Umsatzes aufgewendet

Carl-Zeiss-Stiftung, Heidenheim (Brenz). Mehr als eine halbe Milliarde DM setzen die Unternehmen der Zeiss-Gruppe in jedem Jahr um. 1961 waren es rund 530, im Jahr davor 511 Millionen DM. Rund 30 000 Menschen sind bei Zeiss und in den Tochtergesellschaften beschäftigt. Zeiss gehört damit zu den Großunternehmen der deutschen Industrie. In unserer Aufstellung der hundert größten Unternehmen, zuletzt veröffentlicht am 25. November 1961, stand die Carl-Zeiss-Stiftung an 54. Stelle. Nicht alle Umsätze entstammen dem Gebiet der Feinmechanik und Optik. Die Carl-Zeiss-Stiftung besteht, wie bekannt, aus den beiden Stiftungsbetrieben Carl Zeiss in Oberkochen und Jenaer Glaswerk Schott & Gen. in Mainz, von dem nichtindustriellen Stiftungsvermögen abgesehen. Alle Beteiligungen an Gesellschaften, die dem Bereich der Feinmechanik und Optik zugehören, liegen bei der Firma Carl Zeiss, diejenigen des Glasbereichs sind bei Schott vereinigt. Die Firma Carl Zeiss und ihre Beteiligungsgesellschaften, also der „Zeiss-Kreis" im engeren Sinne, waren 1961 an dem Gesamtumsatz mit etwa 65 Prozent beteiligt, auf den „Schott-Kreis" entfielen 35 Prozent. Ähnlich verteilen sich die Belegschaften: 19 700 (oder 67 Prozent) waren am Ende des Geschäftsjahres 1961 (30. September) bei den Firmen des Zeiss-Kreises beschäftigt, 9800 (33 Prozent) bei Schott und seinen Töchtern.

Auf dem Gebiet der Feinmechanik und Optik haben demnach bei Zeiss im letzten Jahr rund 20 000 Menschen eine Umsatzleistung von etwa 350 Millionen DM erbracht. (Davon entfielen 56,2 Prozent der Beschäftigten und 49,5 Prozent der Umsätze auf Firmen mit dem Schwerpunkt in der fototechnischen Industrie.) Von anderen bedeutenden Unternehmen der optischen und feinmechanischen Industrie sind entsprechende Zahlen nicht bekannt, ein Vergleich ist also nicht möglich. Aber es besteht kein Zweifel, daß Zeiss heute wieder — wie in den Jahren vor dem Kriege — mit Abstand die größte Unternehmensgruppe dieser Branche ist. Andererseits ist der Zeiss-Anteil am Gesamtumsatz und an der Beschäftigtenzahl der feinmechanischen und optischen Industrie keineswegs so hoch, wie vielfach angenommen wird: An dem Gesamtumsatz dieses Wirtschaftszweiges ist Zeiss nur mit 10,6 Prozent, an der Beschäftigtenzahl mit etwa 14 Prozent beteiligt.

Was die Öffentlichkeit über die Carl-Zeiss-Stiftung weiß, ist nicht eben wenig. Die große Tat des Stifters Ernst Abbe, der sich 1891 seines Vermögens entäußerte und es in die Carl-Zeiss-Stiftung einbrachte, und das von Abbe geschaffene Statut mit seinen wegweisenden, für die damalige Zeit revolutionären sozialen Bestimmungen sind in zahllosen Büchern, Schriften und sonstigen Publikationen wissenschaftlichen oder darstellenden Charakters gewürdigt worden. Erst in neuerer Zeit, im Zusammenhang mit der Belebung des Stiftungsgedankens im industriellen Bereich (Fritz-Thyssen-Stiftung, Stiftung Volkswagenwerk), hat das Beispiel der Carl-Zeiss-Stiftung wieder mehrfach im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen gestanden. Über das Schicksal nach 1945 haben berufene Vertreter der Stiftung in Wort und Schrift ausführlich berichtet, erstmals vor fast neun Jahren in Zeitungsinseraten unter der Überschrift: „Heute können wir darüber sprechen . . ." Auch die Prozesse, in denen sich die Carl-Zeiss-Stiftung gegen die Ansprüche der Machthaber im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands hat wehren müssen (und es im Ausland noch heute tun muß), haben die Öffentlichkeit immer wieder beschäftigt.

Schließlich bot die Ernennung von Karl Bernard zum Stiftungskommissar vor drei Jahren Gelegenheit, die Organisation der Carl-Zeiss-Stiftung zu beleuchten. Damals wurde daran erinnert, daß Ernst Abbe die Verwaltung nach dem Prinzip der Gewaltenteilung konstruiert hatte, indem er eine dreigeteilte Organisation schuf: Die Geschäftsleitungen der Stiftungsbetriebe Zeiss und Schott, den Stiftungskommissar (als eine Art von „Ein-Mann-Aufsichtsrat", wie man kurz sagen könnte) und die Stiftungsverwaltung, die das nichtindustrielle Vermögen der Stiftung verwaltet und die Mitglieder der Geschäftsleitungen sowie den Stiftungskommissar bestellt. Seit 1959 wird die Stiftungsverwaltung vom Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg ausgeübt, an dessen Spitze Dr. Gerhard Storz steht. Stiftungskommissar ist, wie gesagt, Dr. h. c. Karl Bernard, früher Präsident des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder. Den Geschäftsleitungen gehören an: bei Zeiss: Dr.-Ing. e. h. Dr.-Ing. Heinz Küppenbender, Professor Dr. Gerhard Hansen und Dr. Gerhard Kühn; bei Schott: Dr. Erich Schott, Walter H. Pierstorff, Dr. Carsten Eden und Dipl.-Ing. Klaus Groothoff (beide seit dem 1. Juni 1962).

Die Betriebe der Carl-Zeiss-Stiftung und ihre Beteiligungsgesellschaften

Stand: 30. September 1960

Firma	Grundkapital[1]) in Mill. DM	Beteiligung in Prozent	Zahl der Beschäftigten
Zeiss-Kreis:			
Carl Zeiss, Oberkochen	33,6	—	5 618
1. Zeiss Ikon AG. Stuttgart	15,0	68,1	5 651
a) Zeiss Ikon Büromaschinen GmbH, Berlin	0,45	100,0	270
b) Zehlendorfer Eisenbahn- u. Hafen-GmbH, Berlin	0,20	100,0	4
2. Voigtländer AG. Braunschw.	8,0	89,7	2 749
a) Zett-Geräte GmbH, Br.	0,1	100,0	119
3. M. Hensoldt & Söhne GmbH, Wetzlar	2,0	86,3	1 210
4. A. Gauthier GmbH, Calmbach	7,0	79,9	2 593
a) Oberkollb. Feinmechanik GmbH, Oberkollbach	0,16	75,0	69
5. Compur-Werk Fr. Deckel oHG, München	4,64	93,7	1 806
6. Anschütz & Co. GmbH, Kiel	2,0	100,0	321
7. Fritz Leitz GmbH, Oberkochen[2])	1,6	65,0	117
8. Zeiss Aerotopograph GmbH, München	0,3	50,0	53
9. E. Busch GmbH, Göttingen	0,5	99,7	89
10. Clarlux-Optik GmbH, Berlin	0,5	96,0	173
11. Übrige Firmen	1,15	—	258
Carl-Zeiss-Kreis	—	—	21 100
Schott-Kreis			
Jenaer Glaswerk Schott & Gen., Mainz	36,8	—	4 593
1. Deutsche Spiegelglas AG, Freden/Leine	6,0	62,7	1 881
a) Deutsche Uhrenglasfabrik GmbH, Grünenplan	0,4	100,0	251
2. Vereinigte Farbenglaswerke AG, Zwiesel	1,25	99,9	1 020
3. Bremthaler Quarzit GmbH, Usingen	0,6	82,6	41
4. Sendlinger Opt. Glaswerke GmbH, Berlin	1,0	75,0	439
5. Mitteldeutsche Papierwerke GmbH, Berlin	0,75	96,3	220
6. Berliner Quarzschmelze GmbH, Mainz	0,1	50,0	12
7. Tacam Teknik Cam Fabrikasi AS, Istanbul	1,33	51,4	—
8. Vitrofarma Indústria e Comércio de Vidros SA, Rio de Janeiro	2,67	79,1	139
Schott-Kreis[3])	—	—	8 606
Summe der Beschäftigten	—	—	29 706

[1]) Aktienkapital, Stammkapital oder nicht fixiertes Kapital der Stiftungsbetriebe und der Personengesellschaften. — [2]) Es handelt sich um eine Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft, die nichts mit der Firma Ernst Leitz in Wetzlar zu tun hat. — [3]) Schott ist ferner mit 35,5 Prozent an der Confasper Mercantil Ltda. in Sao Paulo beteiligt.

Bei aller Kenntnis über das Entstehen, die Organisation und den Nachkriegsweg der Carl-Zeiss-Stiftung fehlten bisher Angaben, die der Publizität der Aktiengesellschaften etwa entsprechen. Als Stiftung ist Zeiss hierzu gesetzlich nicht verpflichtet. Aber in Oberkochen und Mainz überwiegt die Einsicht, daß sich ein Unterneh-

Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 11.8.1962

3/2

men von der Größenordnung und der Stellung der Carl-Zeiss-Stiftung einer solchen Verpflichtung freiwillig unterwerfen sollte, nicht zuletzt im eigenen wohlverstandenen Interesse. Zeiss ist freilich auf eine Publizität, die der aktienrechtlichen gleichkommt, nicht in jeder Hinsicht eingerichtet. Die Verhältnisse sind zum Teil auch komplizierter, vor allem wegen der Dreigliederung des Stiftungsvermögens in das nichtindustrielle Vermögen sowie in das Vermögen der Firmen Zeiss und Schott, die beide selbständig bilanzieren. Eine Konzernbilanz ist erstmals zum 30. September 1960 aufgestellt worden; die entsprechende Bilanz für 1961 fehlt bisher, weil die Abschlüsse der Beteiligungsgesellschaften noch nicht vollzählig vorliegen. Die Zahlen, die uns die Carl-Zeiss-Stiftung dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat und die hier erstmals veröffentlicht werden, betreffen daher überwiegend das Geschäftsjahr 1960. Der Mangel an Aktualität wird in diesem Zusammenhang kaum als gravierend empfunden werden, da es hier weniger auf eine Rechenschaft über den Geschäftsgang bis in die jüngste Zeit als auf einen Überblick über Umfang und Aufbau der Stiftung ankommt.

Die Zahlen der Konzernbilanz sind echt konsolidiert, gegenseitige Forderungen und Verpflichtungen sind ebenso ausgeschaltet wie Zwischengewinne in den Vorräten. Vor der Konsolidierung ergab sich für den Zeiss-Kreis eine Bilanzsumme von 357,4 Millionen DM, für den Schott-Kreis eine solche von 155,8 Millionen und für das nichtindustrielle Stiftungsvermögen ein Betrag von 2,6 Millionen DM, zusammen also 515,8 Millionen DM. Durch die Konsolidierung sind demnach rund 100 Millionen DM fortgefallen (die 8,8 Millionen DM Wertberichtigungen auf Forderungen, die in unserer Übersicht auf der Aktivseite abgesetzt sind, werden in den Originalbilanzen unter den Passiva ausgewiesen, so daß sich die Bilanzsumme konsolidiert auf 415,3 Millionen DM stellt). Von dem gesamten Nennkapital der Stiftungsbetriebe und ihrer Beteiligungen entfallen rund 60 Prozent auf den Zeiss-Bereich, 40 Prozent auf den Schott-Bereich; das nichtindustrielle Vermögen ist hieran mit etwa 0,5 Millionen DM beteiligt. Die Finanzstruktur des Konzerns ist gesund: Das Eigenkapital macht 25 Prozent der Bilanzsumme aus, mit dem Sozialzweckkapital stehen insgesamt 45 Prozent der Bilanzsumme an Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Mitteln zur Verfügung; hinzu kommen je 17 Prozent langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen, alles zusammen sind das 79 Prozent. Demgegenüber beansprucht das Anlagevermögen auf der Aktivseite 39 Prozent der Bilanzsumme, der Lagerbestand weitere 37 Prozent, insgesamt 76 Prozent. Man versteht, daß sich die Carl-Zeiss-Stiftung nicht scheut, eine solche Bilanz der Öffentlichkeit zu präsentieren; sie kann sich damit durchaus sehen lassen.

Investiert wurden im Geschäftsjahr 1959/60 von allen Gesellschaften der Zeiss-Gruppe insgesamt 38,9 Millionen DM, dies bei Abschreibungen von 30,2, so daß ein Finanzbedarf von 8,7 Millionen DM anderweitig zu decken war. Von den Investitionen betrafen 21,1 den Zeiss-Bereich (nämlich 1,6 Gebäude und 19,5 Maschinen), 17,8 den Schott-Bereich (4,7 Gebäude und 13,1 Maschinen). Für die Firma Carl Zeiss allein hat Dr. Küppenbender in einer Rede zum Jahreswechsel vor der Belegschaft gesagt, daß seit der Währungsreform etwas über 80 Millionen DM für Anlage-Investitionen aufgewendet worden sind, von denen rund 20 auf Grundstücke und Gebäude entfielen, 12 auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung und fast 50 Millionen DM (oder etwa sechzig Prozent des Gesamtbetrages) auf Maschinen, Vorrichtungen und Laborausstattungen. Die Abschreibungen beliefen sich in der gleichen Zeit auf 48 Millionen DM, die Differenz von 32 Millionen mußte, soweit sie nicht aus eigenen Erträgen finanziert werden konnte, aus Kreditmitteln gedeckt werden. Die Möglichkeit, sich wie eine Aktiengesellschaft Finanzierungsmittel durch „Kapitalerhöhungen" zu beschaffen, hat eine Stiftung naturgemäß nicht.

Die Entwicklung der Arbeitskosten hat in letzter Zeit den Zwang zum Investieren noch verstärkt, der Lohndruck ist bei der stark arbeitsintensiven Fertigung besonders empfindlich spürbar. Der Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz, der in der feinmechanisch-optischen Industrie im Durchschnitt 32 Prozent beträgt, macht bei der Firma Carl Zeiss rund 37,5 Prozent aus, einschließlich der Sozialaufwendungen ergibt sich ein Arbeitskostenanteil von etwa 50 Prozent (bei Schott rund 30 Prozent). Dabei sind die besonderen sozialen Verpflichtungen zu berücksichtigen, die den Stiftungsbetrieben durch das Statut auferlegt sind: Im Jahr 1959/60 haben Zeiss und Schott an sozialen Leistungen im Sinne des Statuts rund 3,35 Millionen DM aufgebracht. davon etwa zwei Drittel für den sozialen Wohnungsbau; die gesamten freiwilligen Sozialleistungen betrugen 30 Millionen DM, bei Zeiss 21,5, bei Schott 8,5 Millionen DM. Der Weg, Lohnsteigerungen auf die Preise abzuwälzen, ist angesichts wachsender Konkurrenz auf weiten Gebieten der feinmechanisch-optischen Industrie (Japan!) nur bedingt möglich. Daher hat Zeiss außer einer Verstärkung der Rationalisierungs-Investitionen auch andere Maßnahmen getroffen, um der Kosteninflation möglichst zu begegnen. Dazu gehört insbesondere eine verstärkte Auslagerung der Fertigung von Geräten, die in großen Stückzahlen monatlich hergestellt werden, um die Fertigung solcher Geräte, die zum Teil konkurrenzlos sind und eine bessere Rentabilität versprechen, in Oberkochen ausweiten zu können. Eine Erleichterung der Kostenlage ergibt sich ferner aus dem Umsatzanstieg: Die Umsätze der Firma Carl Zeiss haben sich in den letzten drei Jahren, bedingt auch durch erhebliche Investitionen, beträchtlich erhöht, im Geschäftsjahr 1958/59 um 10,1 Prozent, 1959/60 um 14,1 Prozent und 1960/61 um 17,3 Prozent, womit der Stiftungsbetrieb erstmals die 100-Millionen-Grenze überschritten hat. In den letzten fünf Jahren hat sich der Umsatz der Firma Carl Zeiss etwa verdoppelt, für das laufende Jahr wird mit einer erneuten Ausweitung um zehn Prozent gerechnet.

Konsolidierte Bilanz
zum 30. September 1960

Bilanzposten		in Mill. DM	in %
Aktiva:			
Sachanlagen		143,6	35,3
Investitionen		*38,9*	—
Abschreibungen		*30,2*	—
Beteilig. u. and. Finanzanlagen		13,8	3,4
Vorräte		151,3	37,2
Forderungen	93,5		
./. Wertberichtigungen	8,8	84,7	20,9
Flüssige Mittel		13,1	3,2
Passiva:			
Eigenkapital[1])		103,1	25,4
Sozialkapital[2])		82,8	20,4
Rückstellungen		68,2	16,8
Langfr. Verbindlichkeiten		68,1	16,7
Kurzfr. Verbindlichkeiten		84,3	20,7
Bilanzsumme		406,5	100,0

[1]) Davon sind rund 16 Mill. DM (oder vier Prozent der Bilanzsumme) Kapitalanteile der Minderheiten an Beteiligungsgesellschaften. — [2]) Pensionsrückstellungen und Darlehen von Unterstützungskassen.

Im Einklang mit dieser Entwicklung hat sich die Rentabilität der Firma Carl Zeiss wesentlich gefestigt. Der Gewinn, den der Stiftungsbetrieb heute erwirtschaftet, geht beträchtlich über die Erträge hinaus, die er von den Beteiligungsgesellschaften vereinnahmt. Diese Feststellung widerlegt die in Fachkreisen gelegentlich anzutreffende Meinung, die Carl-Zeiss-Stiftung lebe „von ihren Töchtern" und habe „nur mit deren Gewinnen ihren Wiederaufbau finanzieren können". Natürlich, so wird in Oberkochen freimütig erklärt, seien in den ersten Jahren nach dem Kriege die intakt gebliebenen Beteiligungsfirmen die einzigen Verdiener gewesen. Aber die von ihnen erwirtschafteten Erträge stellten nur einen bescheidenen Bruchteil des Finanzbedarfs dar, den die Stiftungsbetriebe für ihren Wiederaufbau benötigten. Ohne die weitgehende Hilfe vor allem der Deutschen Bank und ohne die Ausfallbürgschaften der

Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 185 vom 11. 8. 1962

3/3

Länder, hauptsächlich Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, teilweise auch des Bundes, wären die finanziellen Fragen der Stiftungsbetriebe nach dem Kriege nicht zu lösen gewesen. Heute, nach der Wiedererstarkung, übersteigen jedoch die erwirtschafteten Gewinne beider Stiftungsbetriebe wesentlich diejenigen der Tochtergesellschaften; außer den Gewinnen sind dabei auch die Abschreibungen und die bei Zeiss und Schott sehr beachtlichen Pensionsrückstellungen berücksichtigt. Die Festigung der Ertragslage, so wird gesagt, mache es heute umgekehrt möglich, den Töchtern finanzielle Hilfe durch Stärkung ihrer offenen oder stillen Rücklagen zu geben. Als ein Beweis dafür wird auf die Tatsache verwiesen, daß die Carl-Zeiss-Stiftung auf ihren Dividendenanteil bei der Zeiss Ikon AG für das Geschäftsjahr 1960/61 verzichtet hat.

Im übrigen wird das Verhältnis der Töchter zu den Stiftungsbetrieben auch dadurch bestimmt, daß die Beteiligungsgesellschaften immer wieder durch die wissenschaftlichen Leistungen der Mutter befruchtet werden. In der Forschung führend zu sein, betrachtet die Carl-Zeiss-Stiftung unverändert als eine verpflichtende Tradition. Für Forschungs- und Entwicklungszwecke werden jährlich etwa 10 bis 11 Prozent des Umsatzes aufgewendet, in manchen Fertigungszweigen sogar bis zu 15 Prozent. (Zum Vergleich: Bei Großunternehmen der chemischen Industrie liegt dieser Satz zwischen 4 und 6 Prozent.) Das Zeiss-Werk in Oberkochen kann, wie Dr. Gerhard Kühn einmal gesagt hat, als „eine kleine Universität für sich" betrachtet werden. Etwa 100 Wissenschaftler sind dort tätig, ungerechnet die zahlreichen Assistenten, Laboranten, Konstrukteure und Zeichner. Die wissenschaftliche Leistung ist die Basis für den Erfolg und den Wiederaufstieg der Carl-Zeiss-Stiftung gewesen, sie wird in Oberkochen auch für die Zukunft als die entscheidende Aufgabe betrachtet. Dabei ist Zeiss bemüht, nicht nur die eigenen Tochtergesellschaften, sondern auch andere Firmen der feinmechanisch-optischen Industrie an den Fortschritten teilnehmen zu lassen. Schon das von Abbe geschaffene Statut verpflichtet hierzu, außerdem möchte Zeiss bewußt jeden Konflikt mit dem Kartellgesetz vermeiden. Die Geschäftsleitung glaubt ein Recht zu der Feststellung zu haben, daß die deutsche Feinmechanik und Optik ohne die schöpferische wissenschaftliche Leistung, die von der Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Oberkochen ausgeht, ihren Ruf und ihre Stellung auf dem Weltmarkt nach dem Kriege kaum so weit hätte festigen können, daß heute wieder mehr als ein Viertel (27 Prozent) des Welthandels an optischen Erzeugnissen allein von deutschen Waren bestritten wird. Entsprechendes gilt auch für den Stiftungsbetrieb Schott. **Max Kruk**

du Pont plant ein neues Werk in Europa

E.I. du Pont de Nemours & Co. Inc., Wilmington. Der amerikanische Chemiekonzern will in Europa ein neues Zweigwerk errichten, das Kunststofferzeugnisse herstellen soll, die auf dem europäischen Kontinent bisher noch nicht produziert werden. Einzelheiten über das Produktionsprogramm sind noch nicht bekanntgeworden. Vertreter des amerikanischen Konzerns und der Luxemburger Regierung haben vor kurzem über die Ansiedlung des neuen Werkes in Contern, etwa 15 Kilometer östlich der Stadt Luxemburg, verhandelt. Die Regierung von Luxemburg hat sich bereits Optionen für den Ankauf eines Geländes von etwa 100 Hektar gesichert und dem Projekt weitgehende Unterstützung zugesichert. Außer Luxemburg bewerben sich Irland, Dänemark und Italien um das neue du-Pont-Zweigwerk.

Verkauf der General Aniline noch offen

F.R. NEW YORK, 10. August (Eigener Bericht). Das Repräsentantenhaus hat eine Regierungsvorlage gebilligt, in der die Regierung ermächtigt wird, die dem Staat gehörenden 91 Prozent der Aktien der General Aniline and Film Corporation zu verkaufen. Die Aussichten, daß der Senat der Vorlage zustimmt, gelten als unsicher.

Hilleroi 2

Bonk - Lehrlinge

Werkzeichnisse

Portland - Zement

Zeiß

Pelikan

Böhringer - Ingelheim

Wissenschaftliche Schriften

Thyssen.

Verbandsschrift für Industriebefragung von Frau Seeger

Pr. u. Wiesbaden

Landesgewerbeamt

Vom DFS:
20.20–21.50

MORGEN IST ES ZU SPÄT
Ein Spielfilm mit Vittorio de Sica

In den Jahren, in denen junge Menschen allmählich in die Welt der Erwachsenen hineinreifen, brauchen sie doppeltes Verständnis. Immer aber gibt es noch Eltern, die vor den Schwierigkeiten ihrer Kinder in dieser Zeit versagen. So geschieht es der jungen Mirella, so geschieht es auch dem Nachbarssohn Franco. Beide gehen in die gleiche römische Schule. Auch bei ihren Lehrern finden sie in dieser Hinsicht kaum Hilfe. Die meisten Mitglieder des Kollegiums glauben, man müsse die Jungen und Mädchen im „gefährlichen Alter" mit äußerster Strenge behandeln. Bei einer Schulaufführung entdecken Franco und Mirella ihre Liebe zueinander. In den Ferien kommen sie zusammen in ein Landheim. Auch dort herrscht eine Direktorin, die den jungen Menschen mit prüder Verständnislosigkeit gegenübersteht. Während eines Gewitters suchen Franco und Mirella in einer abgelegenen Hütte Zuflucht. Erschöpft schlafen sie dort ein, eng aneinandergeschmiegt wie Geschwister. Als man die beiden später findet, behandelt die Direktorin sie wie verlorene Geschöpfe. Die sensible Mirella erträgt das nicht. Nach einer Fiebernacht stürzt sie sich in einen nahen See, weil sie sich entehrt glaubt. In letzter Minute kann Franco sie retten. – Der Film ist „der heranreifenden Jugend gewidmet und den Eltern, die ihre eigene Jugend vergessen haben".

Juli 1962

Mensch im Betrieb

Beachtenswerte Hinweise und Anregungen für die Bildungsarbeit im Betrieb hat soeben der Ausschuß für Nachwuchs und sozialpolitische Jugendarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) veröffentlicht. Sie richten sich in erster Linie an die einzelnen Unternehmer. Sie folgen dabei — wie es BDA-Präsident Paulssen und der Ausschußvorsitzende von Wolff formulierten — der Erkenntnis, daß das Maß, in dem Freiheit und Persönlichkeit im Betrieb verwirklicht werden, durch das Wissen, die Einsicht und das Verhalten aller im Betrieb Tätigen bestimmt wird. Doch die von Arbeitgebern für Arbeitgeber herausgegebene Schrift geht auch die breite Öffentlichkeit an. Sie beleuchtet die Bemühungen des modernen Unternehmens, seine Mitarbeiter nicht zur Nummer absinken zu lassen, sie vielmehr an der Verantwortung zu beteiligen. Schließlich hängt die Zufriedenheit des Menschen im Betrieb nicht zuletzt von seinem Verhältnis zur Arbeit, zum Arbeitsplatz, zu den Mitarbeitern und Vorgesetzten, aber auch zu Staat und Gesellschaft ab.

Eingegangen
24. JULI 1962
RA. Dr. Otto, Mannheim

UNTERNEHMERBRIEF
DES
DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS

HERAUSGEGEBEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE UND DEN INDUSTRIELLEN VERBÄNDEN DER BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE IM VERLAG DEUTSCHE INDUSTRIEVERLAGS-GMBH KÖLN 5, KAISER-WILHELM-RING 3/5 - CHEFREDAKTEUR DR. W. MANSFELD, VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT: W. WEISSER, BEIDE KÖLN

KÖLN 5 / KAISER-WILHELM-RING 3/5 / SCHLIESSFACH 67 / TEL.-S.-NR. 518161 / FS 08/882768

Jg. 12, Nr. 29 19. Juli 1962

Wegbereiter einer beispielhaften sozialen Ordnung

Der Rektor und Senat der Universität Hamburg haben am 11. Juli 1962 dem bekannten Pädagogen Dr. Kurt H a h n , Salem, im überfüllten Auditorium maximum der Universität Hamburg den Freiherr-vom-Stein-Preis 1962 feierlich übergeben. Dieser mit 25.000,-- DM dotierte Preis ist von der durch eine Hamburger Kaufmannsfamilie errichteten gemeinnützigen Stiftung F.V.S., Hamburg, bestimmt zur Auszeichnung von Schöpfern beispielhafter, zeitgemäßer sozialer Betriebsordnungen und Betriebsverhältnisse oder auch eines zeitgemäßen Sozialprogramms. Dr. Kurt Hahn, der Gründer der Schloß-Schulen-Salem und der Schule Gordonstoun in Schottland, der Schöpfer zahlreicher Kurzschulen in Europa und Übersee, darunter der Kurzschulen Schloß Weissenhaus an der Ostsee und Baad im Kleinwalsertal, der Initiator des ersten Atlantic-College in England ist damit nach Klaus von Bismarck, Alfred Flender, Otto A. Friedrich, August Schmidt, Dr. Greiff/Dr. Freiherr von Babo/Dr. Blum, Professor Dr. Rüstow der siebente Preisträger.

Maßgebend für den Entschluß des Preiskuratoriums, dem unter Vorsitz des Landesbischofs D. Lilje zwei Vertreter der Sozialwissenschaften, zwei Vertreter der Arbeitnehmerseite und zwei Vertreter der Arbeitgeberseite angehören, war der Gedanke, daß das Fundament für eine soziale Haltung des Menschen bereits durch die Erziehung gelegt werden müsse und Dr. Hahn auf diesem Gebiete eine weltweit anerkannte Pionierleistung erbracht habe. Es erschien in der Tat in ganz besonderer Weise angemessen, Kurt Hahn durch Verleihung eines Preises zu ehren, welcher den Namen des großen Staatsmannes Freiherr vom Stein trägt, der aus Untertanen Bürger machen wollte. Sein erzieherisches Lebenswerk gliedert sich, vom Standpunkt der Geschichte der Pädagogik aus gesehen, in die Landerziehungsheim-Bewegung ein; er

ist in dieser Arbeit neben Hermann Lietz die überragende Persönlichkeit.

Während Lietz bei seinen Überlegungen von der Sozialethik ausging, kam Hahn von seiner Arbeit in der Außenpolitik her zur Erziehung. Die tiefverwurzelte staatsbürgerliche Schwäche der Deutschen, und zwar gerade vieler Männer in leitender Stellung, hatte er während des ersten Weltkrieges Gelegenheit zu beobachten, und zwar aus nächster Nähe. Die Folge dieser Erfahrungen war die Gründung der Schule Schloß Salem im Frühjahr 1920 mit großzügigster Hilfe des letzten Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, dessen Privatsekretär Hahn geworden war. Das Merkmal der Schule war, gerade im Unterschied zu anderen Landerziehungsheimen, die planmäßige, durchdachte und systematische Erziehung des jungen Menschen zu einem freien der Gemeinschaft verpflichteten Staatsbürger. Das findet seinen Ausdruck darin, daß den einzelnen Schülern, die man zum Dienst im Rahmen der schulischen Selbstverwaltung mit dem "Wächter" an der Spitze aufrief, die Verantwortung für ihr Tun und Lassen in keiner Weise erleichtert wurde. Der an der Verwaltung Salems beteiligte Schüler sollte kein noch so tüchtiger Funktionär werden. Sein Gewissen blieb für ihn die oberste Instanz. Das ist in Freiheit gebundene Verantwortung im besten Sinne des Wortes. Dieses Ideal ist heute trotz aller demokratischen Lippenbekenntnisse in allen unseren Lebensbereichen, auch in der Wirtschaft, bedrohter und umstrittener denn je - Anlaß genug, den Erzieher zu ehren, der hierfür immer eingetreten ist, es selbst Generationen von Schülern vorgelebt und unzähligen Schülern als Leitbild mit auf den Lebensweg gegeben hat.

Kurt Hahn hat seine Grundsätze nicht nur der Jugend nahezubringen versucht; er hat auch persönlich in kritischen Stunden danach gehandelt. Sein Kampf gegen den Machtanspruch des totalen Staates, den er ohne Rückendeckung, als einzelner, unternahm - trotz aller Mahnungen wohlmeinender Freunde -, beweist dies.

Das pädagogische Werk, welches der aus seiner Heimat vertriebene Deutsche Kurt Hahn dann in England aufbaute, trägt denselben Charakter wie die ursprüngliche Gründung in Salem.

Charakteristisch für Hahns Arbeit in der späteren Phase seines Lebens ist die ungemeine Ausdehnung seines Einflusses, welche vor allem in der Kurzschulbewegung sichtbar wird. Durch diese Kurzschulen sind auch in Deutschland bereits viele tausende junge Menschen gerade aus zahlreichen Unternehmen gegangen. Eine reiche Ernte liegt somit vor, die berechtigte Aufmerksamkeit in vielen Ländern der freien Welt gefunden hat, nicht nur bei seinen ehemaligen Schülern, seinen Mitarbeitern, den Eltern, den Erziehern überhaupt, sondern schließlich auch bei zahlreichen amtlichen Stellen in Deutschland und in aller Welt. In der von dem Rektor der Universität Hamburg, Professor Dr. Sieverts, vorgetragenen laudatio fanden dieser bemerkenswerte Lebensweg und diese einzigartige Lebensleistung ihre verdiente Würdigung. Der von Dr. Kurt Hahn gehaltene Festvortrag über "Erziehung und die Krise der Demokratie" gipfelte in den Worten Georg Trevelyans:

> "Zwei Leidenschaften gibt es, die wohl niemals ausgelöscht werden können in der Geschichte der Menschheit, die Liebe zur Heimat und die Liebe zur Freiheit. Sie können rein gehalten werden durch etwas, das sie zähmen kann, ohne sie zu schwächen - die Liebe für den Menschenbruder".

Kurt Hahn, der aus einer bekannten und erfolgreichen Industriellenfamilie stammte, hat seine Gedanken in einem schmalen Band "Erziehung

zur Verantwortung" - Reden und Aufsätze - (erschienen im Ernst Klett Verlag Stuttgart) niedergelegt. Jeder, der sich mit Ausbildungs- und Bildungsfragen beschäftigt, wird eine Fülle von Anregungen daraus schöpfen. Die deutsche Wirtschaft schuldet daher diesem Manne besonderen Dank dafür, daß er den erfolgreichen Versuch gemacht hat, ihr zu helfen, auf allen Stufen betrieblicher Hierarchie die Menschen zur Verfügung zu haben, denen bei selbstverständlicher fachlicher Eignung auf Grund ihrer charakterlichen Haltung andere Menschen anvertraut werden können.

Konnte Ibsen noch vor fünfzig Jahren der Industrie vorhalten, sie ernte kostenlos Menschen, die sie nicht gesät habe, ist diese Industrie, ist die ganze Wirtschaft heute stolz darauf, tätigen Anteil an allen Bildungsfragen und Bildungsaufgaben zu nehmen. In der Erkenntnis, daß ihre Bemühungen um zeitgemäße soziale Betriebsordnungen und Betriebsverhältnisse vergeblich bleiben müssen, wenn die in das Berufsleben eintretenden jungen Menschen nicht bereits neben dem Wissen die charakterliche Eigenschaft mitbringen, die für ein fruchtbares Zusammenleben und Zusammenarbeiten in einer betrieblichen Gemeinschaft erforderlich ist. Das ist die Bereitschaft zur Verantwortung, die zugleich auch immer die Bereitschaft zum die Gefahr nicht scheuenden Dienst am Nächsten ist. Daher zählt die deutsche Wirtschaft Kurt Hahn, den großen Erzieher, zu den Wegbereitern einer beispielhaften sozialen Ordnung in der heutigen industriellen Gesellschaft einer freiheitlichen Welt. (Hans-Helmut Kuhnke)

Sozialpolitische Informationen

Löhne stiegen zehnmal schneller als Produktivität

In wichtigen Bereichen der Wirtschaft - vor allem Metallindustrie, Baugewerbe, Bergbau und öffentlichem Dienst - stiegen die Löhne im Laufe des ersten Halbjahres 1962 zwischen 6 % und 8 %, während die Produktivität je Beschäftigten nach den bisher vorliegenden Ergebnissen (1. Vierteljahr 1962 gegenüber 1. Vierteljahr 1961) nur um 0,6 % zunahm. Die konjunkturellen Anspannungen, die Auswirkungen der DM-Aufwertung und die verschlechterte Wettbewerbslage der deutschen Betriebe auf dem Weltmarkt blieben auf die Lohnverhandlungen zwar nicht ohne Einfluß, es bestätigte sich jedoch erneut, daß die Lohnsteigerungssätze sehr schnell einem konjunkturellen Aufschwung folgen, aber nur langsam auf Schwierigkeiten reagieren. Häufig wurden Lohnforderungen erhoben, die die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig außer acht ließen. Überhöhte Lohnforderungen trafen zusammen mit Ansprüchen auf Arbeitszeitkürzungen und längeren Urlaub. Entscheidenden Einfluß auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften hatte offensichtlich auch der anhaltende Mangel an Arbeitskräften. Mehr als bisher fordert jedoch die Wettbewerbslage der deutschen Industrie in der EWG und auf den anderen internationalen Märkten eine vorsichtige Lohnpolitik. In anderen Ländern ist die Erkenntnis bereits weit verbreitet, daß sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik an volkswirtschaftlichen Daten orientieren muß. Wenn in der Bundesrepublik weiterhin überhöhte Forderungen gestellt werden, so wird sich das sehr bald auf die Konjunktur und dabei auch auf den lebenswichtigen Export auswirken.

*

Masseneinkommen wuchs um 10 Prozent

Das Masseneinkommen in der Bundesrepublik (Nettolöhne und -gehälter, Pensionen, Sozialrenten und Unterstützungen) war schon von 1960 bis 1961 um 11,1 % auf 149,0 Milliarden DM gestiegen. Im 1. Vierteljahr 1962 ist es nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank mit 38,5 Milliarden DM erneut, und zwar um 9,9 % höher gewesen als in der gleichen Vorjahreszeit. Besonders stark haben sich mit 11,0 % im 1. Vierteljahr 1962 die Sozialrenten und Unterstützungen erhöht. In dem Wachstum des Masseneinkommens zeigt sich eine erfreuliche weitere Steigerung des Wohlstandes; sie wird allerdings dadurch gemindert, daß ein zu schnell wachsendes Masseneinkommen als gesteigerte Nachfrage die Preise beeinflußt, wenn das Angebot - etwa wegen des zurückbleibenden Produktivitätswachstums - nicht mit der beschleunigten Zunahme der Nachfrage Schritt halten kann.

*

Soziallasten erschweren den Wettbewerb

Die Gesamtarbeitskosten, deren Anstieg die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zunehmend beeinträchtigt, werden nicht nur durch den anhaltenden Lohnauftrieb, sondern ebenso durch die fortwährende Erhöhung der Soziallasten verteuert. Trotz dieser zweifachen Belastung sollen die gesamten Arbeitskosten der deutschen Wirtschaft offenbar weiter erhöht werden. So ist damit zu rechnen, daß durch die geplanten sozialpolitischen Gesetze (Lohnfortzahlung, Unfallversicherung und Bundesurlaubsgesetz) der Wirtschaft Mehrbelastungen von 4,3 Milliarden DM im Jahr entstehen. Eine Entlastung würde nur dadurch eintreten, wenn der Bund die bisher von der Wirtschaft getragene Bürde für die Familienhilfe vom dritten Kind ab in Höhe von etwa 1 Milliarde DM übernimmt. Selbst nach Übernahme des Kindergeldes durch den Bund und nach einem Kostenausgleich zwischen Krankenversicherung und Unfallversicherung blieben noch 3,2 Milliarden DM echte Mehrbelastungen der Wirtschaft. Dieser Berechnung sind die Daten des Jahres 1960 zu Grunde gelegt worden. Die tatsächlichen Mehrbelastungen der Arbeitgeber werden deshalb ganz davon abhängen, zu welchem Zeitpunkt die geplanten Gesetze zur Verbesserung der Sozialleistungen in Kraft treten, sowie davon, ob es gelingt, durch den problematischen Plan des "Individualbeitrages" und durch eine Reorganisation des vertrauensärztlichen Dienstes die Beitragskosten zur Krankenversicherung und den Krankenstand zu senken. Es muß aber auch beachtet werden, daß zahlreiche der schon bestehenden Verpflichtungen "dynamisch" sind, so daß sich hieraus eine automatische Erhöhung der Kosten ergibt.

*

Beitragssätze der Krankenkassen steigen weiter

Steigende Anforderungen an die Krankenkassen spiegeln sich in der Entwicklung ihrer Beitragssätze wieder. Dabei ist zu erkennen: die letzten Leistungsverbesserungen von 1961 haben auch in diesem Jahr zu einer noch weiteren Inanspruchnahme von Kassenleistungen geführt. Der Beitragssatz sämtlicher Krankenkassen für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, der von 1951 bis 1956 nur von 6,1 auf 6,3 % des Grundlohns erhöht worden war, mußte bereits infolge des am 1.7.1957 in Kraft getretenen "Lohnfortzahlungsgesetzes" bis Ende 1957 auf 7,8 % und zum 1.4.1958 auf 8,34 % heraufgesetzt werden. Drei Jahre lang, bis zum 1.4.1961, zeigte er mit einer Erhöhung auf 8,55 % nur verhältnismäßig geringe Veränderungen. Auf Grund der neuen im Sommer 1961 in Kraft getretenen Leistungsverbesserungen stieg er aber erneut auf 9,36 % am 1.10.1961 und 9,62 % am 1.4.1962. Seit 1956 ergibt sich daraus eine Erhöhung um rund 50 %.

ooooOOOoooo

Anlage
======

zum Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts
Jg. 12, Nr. 29 vom 19. Juli 1962

Der Staat bildet mehr Vermögen als seine Bürger

Beschleunigte Privatisierung könnte Ausgleich schaffen

In der Diskussion um Vermögensverteilung und Eigentumsstreuung wird selten die ständig zunehmende Vermögensbildung der öffentlichen Hand erörtert. Es wird aber nicht zuletzt im Interesse unserer marktwirtschaftlichen Ordnung immer dringlicher, die staatlichen Vermögensreserven stärker als bisher für eine weitere Eigentumsstreuung zu nutzen. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über Umfang und Bedeutung des öffentlichen Vermögens und umreißt einige Beispiele für eine beschleunigte Privatisierung.

Das Schwergewicht der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung lag in den vergangenen Jahren eindeutig bei der öffentlichen Hand. Auf sie entfielen im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1960 allein 39 % der westdeutschen Nettovermögensbildung. Im Jahre 1961 stellte sich der entsprechende Anteil sogar auf 46 %. Rechnet man die Vermögensbildung bei den öffentlichen Unternehmen hinzu, dann ist die öffentliche Hand heute an der laufenden Vermögensbildung bereits mit 52 bis 53 % beteiligt. Demgegenüber nimmt sich der Anteil der privaten Unternehmen an der westdeutschen Vermögensbildung recht bescheiden aus. Er beläuft sich heute (1961) auf 21 bis 22 % und ist damit um beinahe das Zweieinhalbfache kleiner als der öffentliche Anteil. Während der Periode 1955 bis 1960 hatte der Anteil der privaten Unternehmen an der Neubildung von Vermögen noch 31 % betragen.

Höchste staatliche Vermögensbildung in der westlichen Welt

Im Zuge einer Entwicklung, die zu einer ständigen relativen Verringerung der unternehmerischen zugunsten der öffentlichen Vermögensbildung führte, hat es die Bundesrepublik inzwischen zu jenem zweifelhaften Ruhm gebracht, das Land der höchsten fiskalischen und der geringsten unternehmerischen Kapitalbildung der westlichen Welt zu sein. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt belief sich die Nettovermögensbildung der Unternehmen (einschließlich der öffentlichen Unternehmen) in der Bundesrepublik im Jahr 1961 auf 5,3 % und diejenige der öffentlichen Hand (ohne öffentliche Unternehmen) auf 8,8 %. Nach einer Studie des Sekretariats der Vereinten Nationen stellten sich die entsprechenden Prozentsätze im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1959 noch auf 10,5 % bei den Unternehmen und auf 7,7 % bei der öffentlichen Hand. Für den gleichen Zeitraum kommt die UN-Untersuchung in einzelnen westlichen Ländern zu folgenden Ergebnissen: In den Vereinigten Staaten betrug die unternehmerische Nettovermögensbildung 10,8 % und die öffentliche 2,5 % des Sozialprodukts, in Großbritannien 11,4 % bzw. 2,2 %, in Kanada 14,6 % bzw. 2,9 %, in Holland 14,6 % bzw. 6,9 %, in Schweden 12,2 % bzw. 4,9 %, in Norwegen 13,6 % bzw. 7,3 % und in Italien (Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1959) 19,1 % bzw. 2,3 %.

Privatisierung - wichtigstes Mittel zur breiten Eigentumsstreuung

Obwohl die öffentliche Vermögensbildung in der Bundesrepublik bereits eine Bedeutung erlangt hat, die in keinem der mit ihr vergleichbaren Länder erreicht wird, richtet sich Kritik überwiegend gegen die private unternehmerische Vermögensbildung. Sie soll zugunsten einer Ausweitung der Vermögensbildung bei den privaten Haushalten verringert werden. Es lassen sich zwar keine genauen Zahlen dafür nennen, inwieweit eine noch weitere Einengung der Vermögensbildung in den privaten Unternehmen ohne Schaden für die Gesamtwirtschaft verantwortet werden kann, aber ohne Zweifel muß das derzeitige Tempo der öffentlichen Vermögensmehrung, die schon heute den Anteil von 50 % bereits weit überschritten hat, alsbald eine Grenze erreichen, wo der private Leistungswille, eine unerläßliche Voraussetzung für eine weitere Steigerung von Produktion und Einkommen, schwindet. Eine Reform der Vermögensverteilung müßte daher in erster Linie im Bereich der öffentlichen Hand ansetzen; denn alle Bemühungen um die Neubildung oder Neuformierung von Eigentum - von welchen ethischen Motiven sie auch immer getragen werden - müssen auf die Dauer nutzlos sein, wenn es nicht gelingt, die zunehmende Überwucherung durch den Staat aufzuhalten.

Die öffentliche Vermögensbildung läßt sich theoretisch auf verschiedenen Wegen einengen. Denkbar wäre sowohl eine rapide Senkung der Steuersätze als auch eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben oder die unentgeltliche Ausgabe von Schuldverschreibungen (Obligationen usw.) an Steuerzahler für einen Teil der Steuereinnahmen - insbesondere für solche, die der Mehrung des öffentlichen Vermögens dienen. Aber abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die derartige Maßnahmen mehr als fraglich erscheinen lassen, könnte ihnen heute auch wohl kaum ein durchschlagender Erfolg beschieden sein. Überhaupt nicht erfaßt würden von solchen Reformen der Komplex des bereits gebildeten Vermögens und die von diesem ausgehenden Wachstumstendenzen. Das betrifft vor allem das Wirtschaftsvermögen der öffentlichen Hand. Gerade dieser Teil des öffentlichen Vermögens und der öffentlichen Vermögensbildung steht in besonders krassem Widerspruch zu unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, und er ließe sich im übrigen auch am leichtesten für eine weitere Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand nutzbar machen.

Wert des öffentlichen Wirtschaftsvermögens 45 bis 50 Milliarden

Welche Erfolge mit einer Privatisierung des Wirtschaftsvermögens im Hinblick auf eine Veränderung unserer Vermögensstruktur, insbesondere zugunsten der Arbeitnehmer zu erreichen wären, zeigen folgende Zahlen: Allein das Beteiligungsvermögen des Bundes, der Länder und Gemeinden hat heute bereits einen Wert in der Größenordnung von 30 Milliarden DM. Hinzu kommen aber noch die zahlreichen und kaum vollständig zu erfassenden wirtschaftlichen Vermögenswerte der rechtlich unselbständigen Wirtschafts- und Regiebetriebe der öffentlichen Hand (Rasthäuser, Hotels, Werkstätten, Druckereien, Salinen, Bäder usw.), die großen Domänen und Mustergüter, die umfangreichen sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen, die Theater und Badeanstalten usw., deren Wert mit insgesamt 10 Milliarden DM sicherlich noch viel zu niedrig geschätzt ist. Bezieht man auch die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Girozentralen mit in die Rechnung ein, so dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man den Gesamtwert des öffentlichen Wirtschaftsvermögens (ohne die Sondervermögen Bundespost, Bundesbahn usw.) auf 45 bis 50 Milliarden DM veranschlagt.

Selbstverständlich widerspräche es der wirtschaftlichen Vernunft, den gesamten Wirtschaftsbesitz der öffentlichen Hand im Wege einer breiten Streuung in die private Verfügungsgewalt zu überführen. Ein Teil des öffentlichen Vermögens dient der Erfüllung von solchen Gemeinschaftsauf-

gaben, die in jedem Falle von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden müssen, ein anderer Teil eignet sich nicht in jedem Falle für eine Privatisierung. Für den überwiegenden Teil des öffentlichen Wirtschaftsbesitzes dürfte sich jedoch weder ein "dringendes öffentliches Interesse", das nicht mindestens ebenso gut auch durch eine private Wirtschaftsführung gewahrt werden könnte, noch ein sonstiger zwingender Grund anführen lassen, der eine Privatisierung grundsätzlich verbieten würde. Diese Vermögensmasse müßte daher Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich, veräußert werden. Wenn die gewünschten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wirkungen eintreten sollen, müßte das Tempo der Privatisierungen im Vergleich zu den entsprechenden Bemühungen der vergangenen Jahre erheblich beschleunigt werden.

Jährlich 3 bis 3,5 Milliarden mehr

Die bisherigen Privatisierungsmaßnahmen konzentrierten sich, von einigen nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen, ausschließlich auf den Bund. Aber auch dort hielten sie das Wachstum des öffentlichen Wirtschaftsvermögens nicht auf. Das wirtschaftliche Vermögen des Bundes vermehrt sich nach wie vor in einer Größenordnung von 1,2 bis 1,4 Milliarden DM jährlich. Die größten prozentualen Wachstumsquoten haben zur Zeit die Länder. So konnte z.B. das Land Niedersachsen in den vergangenen zwei Jahren seinen Beteiligungsbesitz um das Zweieinhalbfache und das Land Nordrhein-Westfalen im Verlaufe der letzten drei Jahre um das Zweifache erhöhen. Insgesamt vermehrt sich der wirtschaftliche Besitz der öffentlichen Hand heute in einer Größenordnung von 3 bis 3,5 Milliarden DM im Jahr. Das entspricht einem Anteil an der westdeutschen Nettovermögensbildung von etwa 5 % und damit dem anteilmäßigen Anstieg der gesamten öffentlichen Vermögensbildung im vergangenen Jahr. Wenn es gelingen soll, die öffentliche Vermögensbildung wirkungsvoll zu beschneiden, müßte diese Zuwachsrate wenigstens ungefähr der Anhaltspunkt für die Bemessung des jährlichen Privatisierungsvolumens sein. Hierauf hinzuwirken, wird mit zunehmender Staatstätigkeit im Interesse der Funktionsfähigkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung immer dringender.

Eine von vielen Möglichkeiten der Privatisierung ...

Nach den Erfahrungen, die mit der Ausgabe von Volkswagenwerk-Aktien gemacht wurden, dürfte es sich empfehlen, mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen (anknüpfend an das Beispiel der Preußag-Privatisierung) zunächst einmal auf spekulationsfreiem Felde fortzufahren. An Objekten hierfür, die auch dem Umfange nach bisherigen Privatisierungsaktionen gleichkommen, fehlt es dabei keineswegs. Aus dem Komplex der Bundesunternehmen wäre hier z.B. an ein Unternehmen wie die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), eine Tochtergesellschaft des Superkonzerns der Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veba), zu denken. Als ein verhältnismäßig konjunktur-unabhängiges Unternehmen würde die Preußenelektra eine weitgehend risikolose Privatisierung ermöglichen. Ihre Ertragslage ist zudem so gut, daß sie ohne Mühe ein Aktienkapital von 350 bis 400 Millionen DM mit einer Dividende von 10 % bedienen könnte. Zwar ist im Falle der Preußenelektra von den Befürwortern einer öffentlichen Wirtschaftstätigkeit mit großer Wahrscheinlichkeit das Argument zu erwarten, daß es sich um ein Unternehmen der Elektrizitätserzeugung und -verteilung handle, das auf das Gemeinwohl Rücksicht zu nehmen habe und daher unbedingt im öffentlichen Besitz verbleiben müsse; dieser Einwand wäre aber wenig stichhaltig. Es soll nicht bestritten werden, daß die Preußenelektra Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl zu beachten hat, aber die Übereinstimmung der unternehmerischen Dispositionen mit dieser Zielsetzung kann ebenso gut auch ohne eine staatliche Beteiligung herbeigeführt werden - mit Hilfe des bereits bestehenden Energiewirtschaftsgesetzes

und der daraus resultierenden Energieaufsicht sowie mit Hilfe der ebenfalls bereits praktizierten Kartellaufsicht. Im übrigen empfiehlt sich eine Privatisierung der Preußenelektra auch aus haushaltspolitischen Gründen. Da im Bereich der energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Verlaufe der nächsten 10 Jahre mit einer Verdoppelung der Grundkapitalien zu rechnen ist, könnten durch eine Veräußerung erhebliche Haushaltsmittel eingespart werden. Für eine bevorzugte Privatisierung der Preußenelektra spricht schließlich die Tatsache, daß es sich hier um eine indirekte Bundesbeteiligung handelt; das würde der Bundesregierung erlauben, die Modalitäten und Zeichnungsbedingungen weitgehend selbständig, d.h. ohne großen Zeitverlust durch ein sonst notwendiges parlamentarisches Verfahren, festzulegen.

... und weitere Beispiele

Neben der Preußenelektra sei noch auf einige andere Bundesbeteiligungen hingewiesen, die relativ risikolos und ohne eine lange parlamentarische Vorbereitungszeit privatisiert werden könnten, nämlich einige Tochtergesellschaften der bundeseigenen Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag) - einer reinen Holdinggesellschaft des Bundes. An sich gibt es im Bereich des Viag-Konzerns keine Unternehmen, die nicht ebenso gut auch im privaten Eigentum betrieben werden könnten. In der derzeitigen Situation dürfte es jedoch zweckmäßig sein, von diesen Unternehmungen in erster Linie eine Privatisierung der indirekten reinen Finanzbeteiligungen des Bundes an der Bayernwerk AG und den Bayerischen Wasserkraftwerken anzustreben. Bei beiden Unternehmungen wäre die Ausgabe von Volksaktien mit einem geringen Risiko verbunden, und bei beiden Unternehmen wäre ebenso wie bei der Preußenelektra eine schnelle Veräußerung möglich. Zusammengenommen hatten die genannten Unternehmen Ende 1960 ein Grundkapital in Höhe von 180 Millionen DM. Sie dürften aber heute unschwer ein Aktienkapital von 200 Millionen DM mit einer Jahresdividende von mindestens 8 % bedienen können. Da der Bund jedoch an der Bayernwerk AG mit "nur" 40 % und an den Bayerischen Wasserkraftwerken mit "nur" 33 % beteiligt ist, wäre für eine Privatisierung ein Grundkapital von etwa 90 Millionen DM verfügbar.

Nicht ungeeignet für eine Privatisierung wäre auch der zum Viag-Bereich gehörende Aluminium-Kalkstickstoff-Komplex, der sich aus den Unternehmen "Vereinigte Aluminiumwerke AG" und "Süddeutsche Kalkstickstoffwerke AG" zusammensetzt. Wegen der organischen Verbindungen, die zwischen diesen beiden Unternehmungen bestehen, ist es jedoch notwendig, hier einen Weg zu finden, der auch nach der Privatisierung diese Einheit bestehen läßt. Dies könnte wahrscheinlich am leichtesten durch eine Fusionierung erreicht werden. Eine Fusionierung der beiden Unternehmen hätte zudem für eine soziale Privatisierung den Vorteil, daß die relativ starke Konjunkturabhängigkeit der Vereinigten Aluminiumwerke durch die weniger risikoempfindlichen Kalkstickstoffwerke gemildert würde. Dem Volumen nach könnte mit der Privatisierung des Aluminium-Kalkstickstoff-Komplexes ein Grundkapital von nominal etwa 180 bis 200 Millionen DM - bei einer Dividende von 10 bis 11 % - breit gestreut werden.

Allein durch die genannten Unternehmen aus dem Bereich der Bundesbeteiligungen stände ein Grundkapital von insgesamt etwa 650 Millionen DM mit einem realen Vermögenswert von mindestens 1,7 bis 1,8 Milliarden DM für die Privatisierung und damit für eine weitere Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zur Verfügung. Mit der Privatisierung dieser Unternehmen wäre zugleich ein erster, wirkungsvoller Schritt in Richtung eines Abbaus der staatlichen Vermögensbildung und zugunsten eines ausgeglicheneren Verhältnisses von öffentlichem und privatem Vermögen zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft getan.

ARCHITEKTUR
IN BEISPIELEN

Der fließende Raum

Verwaltungsbau von Helmut Rhode

Der große, ungebrochene fließende Raum wird in unserem Zeitalter der Rationalisierung nur sehr selten gebaut. Das Denken in Zellen und organisierter Gleichheit wird durch das Fachwerk der Stahlträger begünstigt, die den Käfig aus Beton oder Stahl mühelos vermehren und so gern in die Höhe stapeln, wie es heute der Fall ist. Um so mehr fällt ein neuer Flachbau auf, welcher auf seinen Geschossen nur einen großen, ungeteilten Raum umschließt. Der Verwaltungsbau der Kaufhaus-Gruppe am linken Rheinufer gegenüber von Düsseldorf ist, wie viele Glashäuser, zunächst eine Außenschönheit. Von der Ferne läßt sich Glas und helles Aluminiumband in der glatten, wie abgeschliffenen Fassade kaum unterscheiden. Dann nimmt man die sehr zarten Profile wahr, die die Fenster unterteilen, das Maßwerk der einzelnen Felder, das den lagernden ruhigen Rhythmus angibt, der über die ganze Front der 135 Meter läuft. Eine kleine Brücke führt von dem Hauptgebäude zu einem Nebenhaus, ein Kontrapunkt nicht nur in architektonischer Hinsicht, da hier die Direktoren und drüben die Angestellten sitzen. Die Überraschung aber liegt innen.

Es sind die Arbeitssäle mit einer endlosen Perspektive. Die Registraturkästen und Schreibtische bilden kleine Festungen, in denen die Angestellten so hintereinander und quer zueinander gestaffelt sitzen, als habe mehr Mondrianscher Raumsinn als das Arbeitsprinzip regiert. Ab und zu eine Brüstung aus grünem Blattwerk und Blumen. Frau Florence Knoll aus Amerika besaß eine gewichtige Stimme in der Innendekoration, in der Menschen und Stahlrohrmöbel ebenbürtig angeordnet sind. Der Velours glänzt matt. Die Schreibmaschine fehlt. Es ist vornehm und still. Auch die Stimmen sprechen nur gedämpft in das Telefon, das — für den Empfänger — mit einem Verstärker ausgerüstet ist, und nur der Abteilungsleiter sitzt in einer offenen Koje, die sich aber doch einsehen läßt und mehr jenem offenen Stall ähnelt, dem eine Trennwand weggenommen ist.

Das Prinzip des Sehens und Gesehenwerdens im volldemokratischen Arbeitssaal ist amerikanisch. Nicht überall, weder in den Vereinigten Staaten noch in Europa, wo er sich immer mehr durchsetzt, ist es so fein wie hier. Hier gibt es die großen Flächen, aber ein raffiniertes System, das die Monotonie unterbricht. Kleine Teilwände rücken von der Wand hervor. Das Auge berührt sie und springt darüber hinweg. Die Möbel sind hüfthoch, fast zierlich. Im Erdgeschoß, wo noch ein gewisser Publikumsverkehr herrscht und fremde Vertreter eintreffen, sind wohl noch einige größere Zimmer abgeteilt. In den beiden Etagen darüber aber breitet sich der Großraum völlig aus, er winkelt sich um die Ecke, zieht an der Schmalseite entlang und fließt hinter der ganzen Rückfront wieder an der gegenüberliegenden Schmalseite in den Haupttrakt zurück. Zwei Innenhöfe durchdringen von oben her die Raummasse. Das Tageslicht fällt auf Miniaturgärten, in denen Grün und Steinplatten wechseln. Doch sie sind nicht zu betreten.

Nun wird niemand, auch kein erfahrener Architekt oder Verwaltungsspezialist sagen können, daß er auf einem dieser Geschosse vierhundert Angestellten begegnet sei. Und doch beträgt die Grundfläche jeder Etage 5000 qm, so daß wir im Mittel auf ein imaginäres Zimmer von 12 qm für jeden Beschäftigten kommen. Da dieses Zimmer aber eben nur imaginär vorhanden ist, seine Wände fast überall fehlen oder sich als markierte Trennscheiben darbieten, als eine Art von spanischer Wand, die in Kopfhöhe abgeschnitten ist, so profitiert jeder von dem flutenden Allraum, von der Zwischenwelt der Korridore, die kaum als Gehsteige zu erkennen sind, von der Luftglocke über seinem Nachbarn, von einer Weite, die ihm nicht gehört — oder er leidet fürchterlich darunter.

Das amerikanische Vorbild ist leider bei uns nur unzureichend bekannt. Wenige wissen, welch Kollektivwesen der individualistische Amerikaner wirklich ist, wie er sich zusammendrängt, wie sechzig ergeben zeichnende Ingenieure in einem Raum vor ihrem Reißbrett sitzen; wieviel Reporter sich auf einer Einheitsetage drängen, von dem weiblichen Kollektivheer einer Reklameagentur oder eines Versicherungskonzerns ganz zu schweigen.

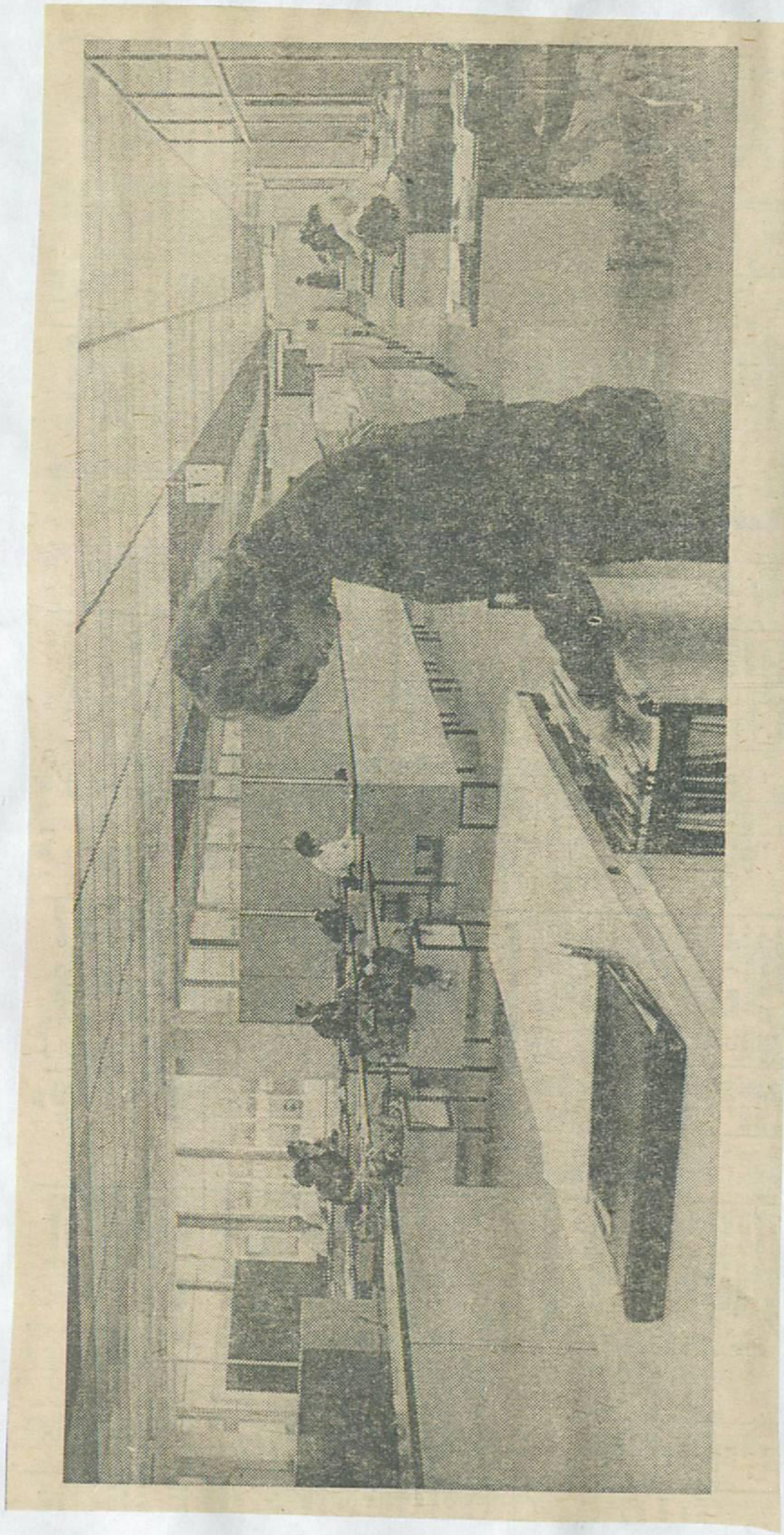
Unser neues Haus läßt jene Vorbilder weit hinter sich zurück. Und doch erzählt der Betriebsarzt von der „Kopfschmerzenbeschwerde", die in der ersten Zeit vorgebracht worden sei, weil die Klimaanlage zu ungewohnt war oder nicht funktionierte. Aber „unterschwellig" sei die andere Beschwerde durchgedrungen, zu sehr und zu intensiv beobachtet zu werden. Heute sollen diese Einwände abgeklungen sein. Gewiß spüren jetzt wir die sauber gereinigte Atmosphäre, die Heiterkeit des Kollektivs, das beinahe erreichte Nirwana. Man nimmt allerdings auch die vornehme Aufsicht wahr, eine Disziplin von oben her, die den Kleiderstil, die Haltung und das Benehmen hebt und das ewige Wachsein verlangt. Anders als in manchen amerikanischen Betrieben hat man auf ein Rot oder Blau an den Seitenwänden verzichtet; doch kommt hinzu, daß der reine Verwaltungsbetrieb sich hier mildert. Hier sitzen auch die Einkäufer, in deren Kojen die Röcke und Kleider der Mustergarderobe hängen, und die stumme, nur von Zahlen und Rechnungen erfüllte Atmosphäre eines Angestelltensaales unterbrechen.

Der Unternehmer gibt sich Mühe, den Bau funktional zu begründen. Der Bau — so heißt es — sei über einem Warenlager im Kellergeschoß errichtet und sei daher notwendig horizontal. Daher also die flache Struktur des Gesamtbaues, der sich angleichen müsse. Das mag so sein, wie es will. Tatsächlich haben in einem ersten Wettbewerb vier deutsche Architekten hier zuerst eine flache Lagerhalle mit einem Verwaltungsturm kombiniert, erst der Entwurf Helmut Rhodes hat die Hochhausplatte gleichsam umgekippt und über die Lagerhalle gelegt. Wir nehmen diesem schönen Werk nichts, wenn wir sagen, daß es von einem ebenso liegenden Bau, den Gordon Bunshaft für die Connecticut Life Insurance entworfen hat, inspiriert ist. Dort gibt es vier Innenhöfe, hier zwei. Dort ein Volumen für zweitausend Angestellte, hier für zwölfhundert. Dort wurde ebenfalls der Kanon der Verwaltungsarchitektur widerrufen, daß sie im Zentrum der Stadt und als Hochbau dastehen müsse.

Dort gegenüber in Düsseldorf erhebt sich die ungeheure Gestalt des Drei-Scheiben-Hauses mit ihrer steilen Glasfassade. Wer würde denken, daß sie ein Fünftel weniger Raum umschließt als dieser lagernde Glaskörper hier draußen, der es auf andere Weise erreicht, allein und ohne Rivalen in der Landschaft zu liegen. Wenn sein innerer Raum die Verkammerung löst, welche so böse den Organisationsstil unserer Epoche in der Architektur widergibt, so ist dies nicht die geringste Leistung gewesen.

Ob das Bauwerk, so schön und ausgeglichen, die Imperative des vornehmen Stils „dem kleinen Angestellten" mitteilen kann, ob es ihn moralisch hebt, oder eher bedrängt, das wissen wir nicht. Ein gewisser Aufwand an sozialer Architektur muß für die abgelegene Lage hinzukommen. Das hat sich auch an dem amerikanischen Vergleichswerk gezeigt. Hier Schwimmbad, Kegelbahn, Sporthalle, Arzt, Röntgen- und Massageabteilung und ein kleines Verkaufszentrum; in Amerika sind es Klubräume, ein kleines Theater, Tanz- und Versammlungsräume nach dem Betrieb. Das kleine Direktorenhaus, nicht minder edel, setzt die Ent-Individualisierung, die im Hauptquartier geübt wurde, nicht fort. Die Chefs regieren aus abgeschlossenen Zimmern und blicken hinüber auf die doppelt, in Licht und Glas gebrochenen Silhouetten, die sich drüben in dem großen Behälter bewegen.

EBERHARD SCHULZ

Das Foto wurde von Lieselotte Strelow aufgenommen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung